

# Landesinfo Baden-Württemberg



**Nach der Landtagswahl**

**Diskussions-  
beiträge**

Seite 2

**Grün-rote Regierung II**

**Was erwartet die  
Kommunen?**

S. 18

**Stuttgart**

**Warum Elite-Kita  
fördern?**

Seite 25

**Grün-rote Regierung I**

**Politikwechsel  
bleibt aus**

Seite 17

**Grün-rote Regierung III**

**Schulen: Weniger  
für öffentliche, mehr  
für private?**

Seite 20

**LINKE beim Städtetag**

**Lötzsch: Herzstück  
der Partei**

Seite 27

## Inhalt

■■■  
Bernd Riexinger: Die Linke braucht Bilder einer anderen Gesellschaft 4

■■■  
Christoph Cornides: Niederlage der Linken und Konsequenzen daraus 6

■■■  
Erhard Korn: Wutbürger wählen grün 9

■■■  
Emanuel Peter: In welcher gesellschaftlichen Situation fand die Landtagswahl statt? 10

■■■  
Roland Schuster: Politikwechsel ja Soziale Themen mobilisieren wenig 13

■■■  
Partei Vorstand: Lasst uns streiten! Für Gerechtigkeit und Frieden! 14

■■■  
Michael Schlecht: Zur strategischen Aufstellung der Linken 15

■■■

# Landesparteitag am 16. und 17. Juli in Stuttgart

Gewerkschaftshaus, Willi-Bleicher-Straße 20. Einlass am 16.7. ab 10 Uhr, Beginn 10.30 Uhr

Die 200 Delegierten der Kreisverbände werden nach dem im Landesausschuss beschlossenen Schlüssel auf Kreismitgliederversammlungen für zwei Jahre neu gewählt. Der Jugendverband verfügt zusätzlich über zehn Delegiertenmandate. Die Delegierten sind entsprechend Landessatzung geschlechterquotiert zu wählen. Die Wahlprotokolle der Kreismitgliederversammlungen bitte an das

Landesbüro schicken, damit sie der Mandatsprüfungskommission des Parteitagges vorliegen. Auf dem Landesparteitag sollen Anträge zur weiteren politischen Arbeit des Landesverbandes diskutiert und verabschiedet werden. Zudem werden die Gremien der Landespartei (Landesvorstand, Landesschiedskommission und Revision) für zwei Jahre neu gewählt. Antragschluss ist der 22. Juni.

## linksjugend Landesmitgliederversammlung 2011

**['solid]** 

Liebe Genossin, lieber Genosse,

ereignisreiche Monate in diesem Jahr haben wir bereits erlebt und ein ereignisreiches Jahr steht uns noch bevor. Um über unseren Kurs im verbleibenden Jahr zu diskutieren und zu entscheiden, laden wir Euch herzlich ein zu unserer nächsten Landesmitgliederversammlung am

Auf der Tagesordnung stehen: Auswertung der Landtagswahl, Kampagnenvorstellung, Nachwahl LSPR, Wahl der Delegierten zum Landesparteitag der Partei DIE LINKE, Pfingstcamp, Geschäftsführung, Seminarangebote.

Anträge können bis zum 26. Mai 2011, 24:00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle (info@linksjugend-solid-bw.de) oder beim LandessprecherInnenrat (lspr@solid-bw.de) eingereicht werden. Die Fahrtkosten (BaWü-Ticket oder Auto) werden auf Antrag erstattet, bitte immer die Originalbelege mitschicken.

Euer LandessprecherInnenrat

29. Mai 2011, ab 9.30 Uhr bis voraussichtlich 18 Uhr,

Linkes Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart

## Parteidiskussion zum Wahlausgang und zur weiteren Arbeit

*„Wir alle sind noch geschockt über das Wahlergebnis, das wir so nicht erwartet haben. Vor allem nicht vor dem Hintergrund eines sehr engagierten Wahlkampfes. Alle Kreisverbände, Kandidatinnen und Kandidaten und viele Unterstützer/innen haben sich reingehängt und einen sehr guten Wahlkampf geführt. Alle, die uns im Wahlkampf unterstützt haben, Prominente aus der Bundespartei oder Unterstützer/innen außerhalb Baden-Württembergs lobten das Engagement und die Geschlossenheit der Partei“.*

So beginnt ein Mitgliederrundbrief des geschäftsführenden Landesvorstandes unmittelbar nach der Landtagswahl am 27. März. Inzwischen haben der Landesvorstand, der Landesausschuss und die meisten Kreisverbände über die Gründe beraten, warum DIE LINKE ihr Ziel, in den baden-württembergischen Landtag einzuziehen, so deutlich verfehlt hat. Grüner „Sog“ nach dem Atom-GAU in Japan und strukturelle eigene Schwächen – das sind die meistgenannten Gründe.

Alle bisherigen Diskussionen im Landesverband liefen sehr solidarisch und konstruktiv. Trotz des unerwartet schlechten Ergebnisses gibt es kei-

ne Untergangsstimmung. Im Gegenteil, die Debatte über den weiteren Parteaufbau, die Gewinnung neuer und die Aktivierung bestehender Mitglieder sowie die Frage der weiteren Positionierung steht eindeutig im Vordergrund. Die dringend notwendige Diskussion über Ursachen des Wahlergebnisses wird verbunden mit dem Blick nach vorne.

Auf dem Landesparteitag am 16. und 17. Juli sollen die Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit des Landesverbandes gezogen werden. Außerdem steht die Neuwahl des Landesvorstandes an.

Das Landesinfo hat diesmal mehr den Charakter eines Diskussionsheftes. Der folgende Beitrag von Bernd Riexinger basiert auf Thesen, die im Landesvorstand und im Landesausschuss beraten wurden. Auch die weiteren Beiträge in dieser Ausgabe sind Teil dieser Debatte. Eine Sammlung von Texten, unter anderem die Wahlanalyse von Benjamin Hoff und Horst Kahrs, findet Ihr auf [www.die-linke-bw.de](http://www.die-linke-bw.de)

Bernhard Strasdeit (für den geschäftsführenden Landesvorstand)

Das nächste Landesinfo erscheint Juli.

**Redaktionsschluss** für das Landesinfo 3/2011 ist der 18. Juli

**Beilagenhinweis:** „Klar“, Zeitung der Bundestagsfraktion Die LINKE

**Bezug:** Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Herausgeber und Verlag:** DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

**Redaktion:** Ute Gsöls-Puhl, Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantw.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

**Herstellung und Druck:** GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

# DIE LINKE braucht Bilder einer anderen Gesellschaft

Schlussfolgerungen aus dem Landtagswahlergebnis in Baden-Württemberg

von Bernd Rixinger

58 Jahre ununterbrochene Regierungsbeteiligung der CDU wurden mit der Landtagswahl am 27.3.2011 beendet. Eine Zäsur für das wirtschaftlich starke Baden-Württemberg – ein Land, in dem die CDU Staatspartei genannt wurde. Nahezu alle Landräte, alle Regierungspräsidenten, zahlreiche Gemeinderäte und Bürgermeister, Manager wichtiger Konzerne, Vorstände großer Verbände und Vereine gehören dieser Partei an. Ein politisch-wirtschaftliches Netzwerk, das nicht zufällig mit den Worten Maultaschen- oder Spätzle-Connection umschrieben wurde.

Es gibt sicherlich eine Vielzahl von Ursachen, die zur Abwahl von Schwarz/Gelb geführt haben, wie die Unzufriedenheit mit der Bildungspolitik, die Einführung von Studiengebühren, die Arroganz der Macht, die der stiernackige Ministerpräsident Stefan Mappus geradezu körperlich symbolisiert hat. Letzten Endes waren es jedoch zwei Bewegungen, die das Wahlergebnis entscheidend beeinflusst haben: die Bürgerbewegung gegen Stuttgart 21 und die Anti-AKW-Bewegung. Seit Monaten protestieren Zehntausende von Stuttgarter Bürgerinnen und Bürgern gegen das Milliardenprojekt Stuttgart 21. „Mappus weg“ war der am häufigsten gehörte Ruf auf den zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen. Davon profitierten am meisten die Grünen. Allein in Stuttgart konnten sie drei von vier Direktmandaten erringen. Tausende feierten auf der Mappus-Abschiedsparty auf dem Stuttgarter Schlossplatz.

Verstärkt wurde dieser Trend durch das tragische Atomunglück in Japan. Die baden-württembergische Landesregierung gehörte zu den entschiedensten Verfechtern einer Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke. Mappus hatte Bundesumweltminister Röttgers deshalb

sogar zum Rücktritt aufgefordert. Neckarwestheim II gehört zu den ältesten Atomkraftwerken in Deutschland. Die Atomkraftgegner hatten eine Woche vor den Landtagswahlen zu einer Menschenkette von Stuttgart bis Neckarwestheim aufgerufen. Aufgeschreckt durch das Atomunglück in Fukushima folgten 50.000 Atomkraftgegner/innen dem Aufruf.

Soziale Fragen spielten in der Endphase des Wahlkampfes nur noch eine untergeordnete Rolle. Zwar hatten die Gewerkschaften im Vorfeld ihre landespolitischen Vorstellungen eingebracht und Verdi und die Betriebs-Personalräte der Kliniken noch eine Demonstration mit 4.000 Teilnehmer/innen zur Krankenhausfinanzierung auf die Beine gestellt, aber insgesamt waren sie kein aktiver Faktor zum Sturz von Schwarz-Gelb. Die beiden Parteien, die insbesondere die sozialen Themen in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt haben, SPD und LINKE, gehören nicht zu den Wahlgewinnern. Die SPD fuhr ihr schlechtestes Ergebnis der Nachkriegsgeschichte ein und DIE LINKE blieb deutlich unter ihren Erwartungen.

## Bewertung des Wahlergebnisses im Landesverband Baden-Württemberg

Das Wahlergebnis blieb weitgehend unter den Erwartungen. Noch wenige Wochen vor den Wahlen waren nahezu alle Kreisverbände davon überzeugt, dass wir die Fünf-Prozent-Hürde knacken können. Die näheren Wahlanalysen zeigen, dass wir einerseits 33.000 Stimmen an die Grünen verloren haben, andererseits unsere Wähler/innen, die uns noch bei den Bundestagswahlen und letzten Landtagswahlen gewählt hatten, bei Weitem nicht mobilisieren konnten. DIE LINKE hat 25.000 Stimmen aus dem Nichtwählerlager erhalten, wäh-

rend die Grünen fast 270.000 Stimmen gewinnen konnten. Die Wählerwanderung zwischen SPD und Linken blieb im Saldo fast ausgeglichen, während wir von CDU und FDP sogar Stimmen dazugewinnen konnten. Unter dem Strich gewann DIE LINKE 18.000 Stimmen dazu, aufgrund der höheren Wahlbeteiligung fiel das Wahlergebnis prozentual jedoch schlechter aus als vor fünf Jahren (WASG). Bei den Erstwähler/innen blieb das Ergebnis ernüchternd.

Die Zahlen und die gemachten Erfahrungen belegen, dass die Stimmung ca. zwei Wochen vor den Wahlen zu Gunsten der Grünen gekippt ist. Sowohl in Rheinland Pfalz als auch in Baden Württemberg hat DIE LINKE ähnlich abgeschnitten, was sicherlich etwas mit einem Gesamttrend zu tun hat. In Baden-Württemberg gab es jedoch eine landespolitische Besonderheit, die uns im Vorfeld der Wahlen eher optimistisch stimmte. Es gab eine deutliche Wechselstimmung gegen Schwarz-Gelb. Dazu kam mit S 21 eine starke außerparlamentarische Bewegung, die über Monate hinweg die politische Stimmung beeinflusst hat. In dieser Bewegung hatten wir durchaus an Ansehen gewonnen.

DIE LINKE war Teil dieser Wechselstimmung, zumal es bis zwei Wochen vor den Wahlen wahlentscheidend war, ob wir reinkommen oder nicht. „Mappus weg mit links“ war ein treffender Slogan. Als jedoch in der Folge des tragischen Atomunfalls in Japan die Grünen um fünf Prozentpunkte in den Umfragen nach oben schnellten, während die Linke bei vier bis fünf Prozent verharrte, haben sich mehr und mehr Wähler/innen entschieden Grüne zu wählen – aus Angst ihre Stimme zu verlieren, wenn die Linke keine fünf Prozent bekäme. Diese Rechnung ist unter dem Strich ja auch aufgegangen. Die Bedenken,

## Die Wahlergebnisse: Landtagswahlen 2011 und 2006, Bundestagswahl 2009

| Gegenstand der Nachweisung      | 2011      |      | 2006      |      | Veränderung |          | 2009      |      |
|---------------------------------|-----------|------|-----------|------|-------------|----------|-----------|------|
|                                 | Anzahl    | %    | Anzahl    | %    | Anzahl      | %-Punkte | Anzahl    | %    |
| Wahlberechtigte                 | 7.622.873 |      | 7.516.919 |      | +105.954    |          | 7.633.818 |      |
| Wähler(innen) / Wahlbeteiligung | 5.051.941 | 66,3 | 4.012.441 | 53,4 | +1.039.500  | +12,9    | 5.530.242 | 72,4 |
| Ungültige Stimmen               | 68.222    | 1,4  | 51.826    | 1,3  | +16.396     | +0,1     | 88.153    | 1,6  |
| Gültige Stimmen                 | 4.983.719 | 98,6 | 3.960.615 | 98,7 | +1.023.104  | -0,1     | 5.442.089 | 98,4 |
| davon für                       |           |      |           |      |             |          |           |      |
| CDU                             | 1.943.912 | 39,0 | 1.748.766 | 44,2 | +195.146    | -5,2     | 1.874.481 | 34,4 |
| SPD                             | 1.152.594 | 23,1 | 996.207   | 25,2 | +156.387    | -2,1     | 1.051.198 | 19,3 |
| GRÜNE                           | 1.206.182 | 24,2 | 462.889   | 11,7 | +743.293    | +12,5    | 755.648   | 13,9 |
| FDP                             | 262.784   | 5,3  | 421.994   | 10,7 | -159.210    | -5,4     | 1.022.958 | 18,8 |
| DIE LINKE (2006: WASG)          | 139.700   | 2,8  | 121.753   | 3,1  | +17.947     | -0,3     | 389.637   | 7,2  |

Quelle: Statistisches Landesamt, www..statistik-bw.de

Bei der Bundestagswahl 2009 in der letzten Spalte sind die Zweitstimmenergebnisse angegeben. Die Ergebnisse der Landtagswahl in den einzelnen Wahlkreisen haben wir auf Seite 9 abgedruckt.

dass die Linke scheitern könnte und damit Mappus bliebe, wogen schwerer als der erstmalige Einzug der Linken in den Landtag. Dieser Trend wurde durch das Atomunglück erheblich verstärkt. Die sozialen Fragen sind für die Wahlentscheidung nach unten gerutscht, Atomkraft und Energie ganz nach oben. Die SPD verzeichnete das schlechteste Wahlergebnis der Nachkriegsgeschichte.

### Guter Wahlkampf

Alles in Allem haben wir einen sehr guten Wahlkampf gemacht. Die Partei war sehr gut motiviert. Die Aktiven identifizierten sich weitgehend mit den Wahlkampfmaterialien. Es wurden eine Million Wahlkampfzeitungen verteilt. Die Wahlkampfveranstaltungen waren überwiegend gut besucht, die Z-Veranstaltungen sogar sehr gut. Die Medien haben keine Hetze und (von Ausnahmen abgesehen) keine Ausgrenzung betrie-



Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN.

ben. Vielfach wurden wir behandelt, wie die fünfte Partei im Landtag. Unsere Spitzenkandidaten machten eine gute Figur. Das Landeswahlbüro hat einen sehr guten Job gemacht. Die Partei ist sehr geschlossen aufgetreten. Natürlich gab es auch kritische Phasen, z.B. bei der Unterschriftensammelei. Wir müssen jedoch auch berücksichtigen, dass wir nach wie vor zu wenig Mitglieder und zu wenig Aktive sind, um in einem so großen Flächenland wie Baden-Württemberg dauernde Präsenz zu zeigen.

Die Kritik, z.B. im „Neuen Deutschland“ geäußert, wir hätten kein eigenes Profil entwickelt, sondern allein auf die Zünglein-an-der-Waage-Rolle gesetzt, geht an der Realität vorbei, ebenso, wie die Behauptung, dass wir uns auf die sozialen Fragen verengt hätten. Beides trifft nicht zu. Unser Landeswahlprogramm, das in einem offenen Arbeits- und Diskussionsprozess erarbeitet wurde, zeigt, dass wir landespolitisch sehr gut aufgestellt waren. Drei von sechs Plakaten waren zu den Themen: Demokratie, Atomkraft/Energie und S21. Wir selbst hatten einen themenorientierten und inhaltlich zugespitzten Wahlkampf

entworfen und durchgeführt. Die Rolle der Linken als vielleicht wahlentscheidende Kraft für die Ablösung von Mappus hatte sich erst im Laufe des Wahlkampfes ergeben und wurde von uns dementsprechend medial genutzt.

In der bisherigen Debatte gab es davon drei abweichende Thesen:

- Wir hätten uns stärker von den Grünen und der SPD abgrenzen müssen und einen stärker antikapitalistischen Kurs fahren sollen. Gegenüber SPD und Grünen wären wir zu weichgespült gewesen.
- Die Kommunismusdebatte hätte uns geschadet, und wir hätten uns hier stärker abgrenzen und einen Kurs der sozialen Marktwirtschaft einschlagen sollen.
- Wir hätten unsere sozialen Themen stärker betonen müssen. Die Aussagen zu S21 und Atomkraft hätten uns nichts genutzt.

Alle drei Positionen müssen natürlich in die Betrachtung einbezogen werden, fanden jedoch keine allgemeine Zustimmung. Die erhöhte Wahlbeteiligung kam fast ausschließlich den Grünen zu Gute, die jedoch kaum von Leuten gewählt wurden, die eine stärker antikapitalistische Haltung haben. Wir haben uns zwar von SPD und Grünen abgegrenzt, aber gleichzeitig betont, dass an der Linken der notwendige Politikwechsel nicht scheitern würde. Alles andere hätte uns vermutlich völlig ins Abseits gestellt. Für die Zukunft wird jedoch eine schärfere Kritik an SPD und Grünen notwendig und unvermeidlich sein.

Die Kommunismusdebatte hat uns nicht genutzt, war aber eher nicht wahlentscheidend. Eine Politik der sozialen Marktwirtschaft entspricht nicht unserem politischen Selbstverständnis. Wir wollen auch keine bessere SPD sein.

Eine Verengung auf die sozialen Fragen hätte kaum verhindern können, dass diese nach dem Atomunglück nach hinten gedrückt wurden. Außerdem gibt es die gegenteilige Kritik, dass wir inhaltlich und personell zu wenig glaubwürdig in ökologischen Fragen seien. Trotzdem stellt sich die Frage, ob wir mit einer stärkeren Polarisierung in sozialen Fragen nicht mehr Menschen in den „sozialen Brennpunkten“ hätten mobilisieren können. Es muss uns schon zu denken geben, dass doppelt so viele Erwerbslose die Hartz IV-Partei Grüne gewählt haben als DIE LINKE.

### Erste Schlussfolgerungen

Die Landespartei muss ihr Selbstverständnis als Partei der sozialen Gerechtigkeit schärfen. Eine Aufweichung unserer Kernpunkte, um eine größere Anschlussfähigkeit an Grüne und SPD herzustellen, wie es zum Teil bundespo-

litisch gefordert wird, wäre völlig falsch. Im Gegenteil: Wir sind jetzt linke außerparlamentarische Opposition zu einer von SPD und Grünen gestellten Landesregierung. Beide sind Agenda-2010-Parteien und stehen für Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Die im Landeswahlprogramm ausformulierte und im Landtagswahlkampf dazu gewonnene landespolitische Kompetenz müssen wir ausbauen und vor allem in praktische Politik umsetzen. Schon jetzt zeigt sich, dass SPD und Grüne die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen werden (Abbau von Lehrstellen, Stuttgart 21). Die wiederholten Äußerungen, dass gespart werden müsse und alle Reformprojekte unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden, zeigt wohin der Weg gehen wird. Es wäre jedoch verkürzt, einfach auf das Scheitern von SPD und Grünen zu setzen. Der Reformstau in Baden-Württemberg ist so groß, dass es ohne größeren finanziellen Aufwand einige Verbesserungen geben wird. Unsere Aufgabe wird darin bestehen, die neue Landesregierung mit unseren weitergehenden Positionen zu konfrontieren und die absehbaren Angriffe von Schwarz-Gelb auf jeden noch so kleinen Reformschritt zurück zu weisen. Wichtig wird sein, dass wir zu zentralen Themen der Landespolitik eigene Vorstellungen entwickeln und diese politikfähig machen. Dazu könnte ein landespolitischer Arbeitskreis gebildet werden, in dem das Landeswahlbüro einen wichtigen Kern bilden könnte, aber auch die Kandidaten/innen bei den Landtagswahlen.

Das bereits im Landesprogramm enthaltene inhaltliche Spektrum der Partei soll durchaus erweitert werden. Es wird jedoch wenig bringen, in der Ökologie- oder Demokratiefrage einfach den Grünen hinter herzurennen. Die Grünen entwickeln sich zur neuen bürgerlichen Volkspartei, weil sie ein Reformprojekt für einen ökologischeren Kapitalismus besitzen. Sie werden dabei von den modernen Kapitalfraktionen unterstützt. Sie erwecken den Anschein, dass die ökologischen Fragen gelöst werden können, ohne den Kapitalismus in Frage zu stellen, ja sogar Konkurrenzvorteile für die deutsche Wirtschaft entstehen können. Dieses Modell ist insbesondere für die Mittelschichten attraktiv. Die Grünen werden damit jedoch in Wirklichkeit weder die sozialen noch die ökologischen Fragen lösen. Die Linke muss ihre Themen im Rahmen ihrer Identität als soziale und sozialistische Partei weiterentwickeln. Also, die Ökologiefrage mit der sozialen Frage verbinden. Unter ökologischer Zerstörung, Umweltbelastung und schlechter Ernährung leiden die ärmeren Bevölkerungsschichten am stärksten. In der Demokratiefrage geht es darum, deren materielle Grundlage

anzugehen. Dazu gehört auch die Eigentumsfrage.

Die Rolle der Partei als wichtiger Bestandteil der außerparlamentarischen Bewegungen und Initiativen muss gestärkt werden. Wir haben durchaus in der Bewegung gegen S21, der Anti-AKW-Bewegung und den gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahren an Ansehen gewonnen, auch wenn erstere uns nicht unbedingt gewählt haben. Daran gilt es anzusetzen. Gerade jetzt sollten wir uns nicht zurückziehen, sondern dafür sorgen, dass der Druck auf die neue Landesregierung draufbleibt. Bei unseren eigenen Politikfeldern sollten wir daran arbeiten, die Kampagnenfähigkeit der Partei zu verbessern. Insbesondere im Bereich der Bildung, Kindertagesstätten, dem ganzen Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und gewerkschaftlichen Kämpfen gegen Sozialabbau, für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen können wir regionale und überregionale Initiativen stärken oder sogar an der einen oder anderen Stelle Bündnisse ins Leben rufen.

Das gilt auch für die Kommunalpolitik. Unsere Vertretung in den Kommunalparlamenten können wir nutzen und ebenfalls mit außerparlamentarischen Kampagnen und Initiativen verknüpfen. Unserer kommunalpolitischen Verankerung und Politikfähigkeit sollten wir mehr Aufmerksamkeit widmen. Daraus ergeben sich auch inhaltlich viele Verknüpfungen zur Landespolitik.

Die Wahlanalysen zeigen, dass wir nur eine geringe Mobilisierung derjenigen Wähler/innen hatten, die uns noch bei den letzten Landtags- oder Bundestagswahlen gewählt haben. Obwohl wir nach wie vor die höchsten Wahlergebnisse in den „sozialen Brennpunkten“ erzielten, ist die Bindung unserer „Stammwähler/innen“ gering. Offensichtlich hängt das damit zusammen, dass die Wahl der Linken zu keiner schnellen Verbesserung ihrer Lebenslage geführt hat. Wir müssen uns also einerseits überlegen, wie wir unsere Präsenz in diesen Bereichen festigen, auch außerhalb von Wahlzeiten, und wie wir andererseits unsere Positionen und Forderungen zumindest teilweise durchsetzen können, auch wenn wir nicht an der Regierung sind.

Jugend: Hier wäre zusammen mit Solid eine gesonderte Diskussion zu führen, welche Ursachen für unsere relativ bescheidene Resonanz bei den Jugendlichen gesehen werden und welche Konsequenzen wir daraus ziehen können.

#### **Parteiaufbau weiter entwickeln**

Trotz insgesamt guter Wahlkampforganisation können wir nicht darüber hinweg sehen, dass unsere Partei immer

noch viel zu schwach entwickelt ist, um in einem Flächenland wie Baden-Württemberg spürbare Politikfähigkeit zu entwickeln. Zu übersehen ist ebenfalls nicht, dass die Mitgliederzahlen stagnieren. Außerdem gelingt es uns nicht ausreichend, die Mitglieder in die aktive Arbeit einzubeziehen und neue Mitglieder zu integrieren. Viele Mitglieder hatten sich über ihre Kräfte hinaus engagiert, was kein Dauerzustand sein kann.

Nahezu alle Kreisverbände berichteten, dass die Resonanz bei den Infoständen und den Gesprächen positiv waren, teilweise positiver als bei den Bundestagswahlen. Es gibt also eine offensichtlich Diskrepanz zwischen der Sympathie, die der Linken vielfach entgegengebracht wird, und dem Wahlverhalten. Die Existenz der Linkspartei wird weit über unser Wahlergebnis hinaus als notwendig angesehen. Das schafft Möglichkeiten, neue Mitglieder zu gewinnen und/oder zumindest unser aktives Umfeld zu vergrößern.

Es ist deshalb kein Aktionismus, wenn wir vorschlagen, eine Mitgliederwerbeaktion zu starten. Arbeitstitel: „Wer eine linke Partei will, sollte auch etwas dazu beitragen“. Gleichzeitig brauchen wir vielfältige Formen die Mitglieder und auch Interessierte stärker in unsere Arbeit einzubeziehen (Arbeitskreise, Projekte, vielfältige Formen, des Mitmachens, usw.). Die politische Bildungsarbeit zur Qualifizierung interessierter Mitglieder sollte diesen Prozess befördern. In diesem Zusammenhang sollte auch diskutiert werden, welche Rolle die LAGs bei der skizzierten Landespolitik und bei der Aktivierung von Mitgliedern spielen können.

#### **Was heißt das für die Bundespartei?**

Auch für die Bundespartei gilt, dass sie bei den nächsten Wahlen in die gleiche Konstellation wie in Baden-Württemberg kommen kann. Deshalb muss die Partei unterscheidbar zu Grünen und SPD sein. Unser Profil als Partei der sozialen Gerechtigkeit müssen wir weiterentwickeln und schärfen. Dabei wird es von besonderer Bedeutung sein, dass wir auch analytisch auf die Höhe der Zeit kommen. Die Zunahme prekärer Arbeit und damit auch im Aufschwung die Herausbildung eines gespaltenen Arbeitsmarktes wird ein wichtiges Politikfeld für die Linke sein müssen.

Zu beachten ist, dass diese Entwicklung sowohl die prekär Beschäftigten als auch die betrifft, die in sogenannten Normalarbeitsverhältnissen arbeiten. Die Forderung nach Regulierung der Arbeitsverhältnisse und der Kampf gegen Niedriglöhne werden einen wichtigen Schwerpunkt der Bundespartei bilden müssen.

Die wachsende öffentliche Verschul-

dung und die Eurokrise machen deutlich, dass die Art und Weise wie die größte Finanzkrise der Nachkriegszeit „gelöst“ wurde, die nächste Krise geradezu vorprogrammiert. Die wachsende Verschuldung der öffentlichen Haushalte birgt nicht nur die Gefahr der nächsten Finanzkrise in sich, sondern verläuft nach dem bekannten Schema wachsender öffentlicher Armut bei steigendem privatem Reichtum. Die Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen wir in diesen Zusammenhang stellen. Ebenso wird die Verteilungsfrage in vielfältiger Form ins Zentrum der Auseinandersetzungen rücken. Die Anforderungen wachsender Teile der Bevölkerung an Bildung, Ausbau der Kindertagesstätten und Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur geraten in Gegensatz zu der Ausstattung der öffentlichen Haushalte. Das wird ein wichtiges Politikfeld für die Linke.

Die sozialen Ungleichgewichte in Europa und die Schuldenkrise sind ein ständiger Nährboden für nationalpopulistische Parteien und Gruppen. Bisher haben wir in Deutschland keine rechtspopulistische Bewegung, was mit Sicherheit mit der Existenz der Linken zusammenhängt. Die Bindung der Wähler/innen insbesondere in den sozialen Brennpunkten ist jedoch auch bundesweit nicht stabil. Die Empfänglichkeit für rechte Positionen ist dort durchaus vorhanden. DIE LINKE muss überlegen, wie sie eine stabilere Bindung herstellen und die „Selbst“-Organisierung vorantreiben kann.

Ökologie und Demokratisierung sind Politikfelder, die DIE LINKE nicht den Grünen überlassen darf. Sie muss jedoch über deren Politikansatz hinausgehen, d.h. bei der Ökologiefrage muss bereits der Produktionsprozess und die im Kapitalismus angelegte Externalisierung der ökologischen Kosten ins Zentrum gerückt werden. Bei der Demokratisierung geht es auch um die Demokratisierung der Wirtschaft und die Verbesserung der Rechte von Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaften.

Mittelfristig wird der Begriff demokratischer Sozialismus inhaltlich ausgefüllt werden müssen. DIE LINKE kann sich nicht damit begnügen, ihre Alltagsforderungen und Positionen zu vertreten. Sie muss diese auch mit dem Bild einer anderen Gesellschaft verknüpfen.

*Bernd Riexinger ist Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg.. (Der Artikel von Bernd Riexinger erschien in der Zeitschrift SOZIALISMUS, Heft 5/2011. In diesem Heft setzen sich noch weitere Artikel mit den Themen linker Strategie unter den Bedingungen neuer grüner „Hegemonie“ auseinander. [www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de))*

# Mehr Nutzen für Wählerinnen und Wähler durch mehr und bessere linke Kommunal- und Landespolitik

„Im Prinzip weiter so“ reicht nicht

Das Wahlergebnis für die Linke bei den Landtagswahlen 2011 in Baden-Württemberg ist eine Niederlage, nach der es kein einfaches „Weiter so“ geben kann.

Weder die besonderen politischen Bedingungen dieser Landtagswahl (AKW-Unfälle Japan, Wählerzuwachs für die Grünen bundesweit und in Baden-Württemberg), noch Fehler im Wahlkampf der Linken erklären das Ausmaß der Niederlage. Eine Analyse der Wahlergebnisse, die die Ursachen im Wesentlichen in „äußeren“, nicht durch die Linke zu beeinflussenden und zu verantwortenden Ursachen sieht, greift zu kurz und verstellt den Weg zur Änderung. Die Wahlen haben gezeigt, dass die relativ stabile Wählerschaft der Linken in Baden-Württemberg deutlich unter drei Prozent liegt. Dafür liegen die Ursachen schon vor dem Wahlkampf. Tatsache ist: die Linke konnte seit Vereinigung von WASG und PDS ihren festen bzw. relativ festen Wählerkreis nicht wirklich entscheidend erhöhen. Und zu den Landtagswahlen haben sich keine fünf Prozent der Bevölkerung gefunden, die der Meinung waren, dass die Linke in den Landtag gewählt werden muss. Das sind die Fakten, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen.

Die Linke kann in Zukunft den Kreis ihrer festen bzw. relativ festen Wählerschaft nur erhöhen, wenn sie den parlamentarischen Nutzen bzw. den begründet erwarteten parlamentarischen Nutzen für Ihre Wählerinnen und Wähler erhöht. Das kann nur durch die Weiterentwicklung der Arbeit in den Kommunal- und Regionalparlamenten und durch die Fortsetzung und Weiterentwicklung der Ansätze von Landespolitik, wie sie zu den Landtagswahlen entstanden sind, geschehen. Warum sonst sollte man uns wählen. Hier muss die Klärung echter Veränderung und qualitativer zukünftiger Verbesserung stattfinden.

In der Diskussion um die Wahlergebnisse fällt des Öfteren das Stichwort, die Linke müsse ihr „Profil schärfen“. Schön und gut, Profil als was, wäre zu fragen. Die Linke muss in der Tat ein eigenes Profil gewinnen und zwar eines als sozialistische Reformpartei, und sie muss dazu eine Politik der bündnisfähigen, strukturändernden sozialen, politischen, wirtschaftlichen Reformen auf kommunaler, regionaler und Landesebene entwickeln. Wenn nach Umfragen 80 Prozent der Bevölkerung der Linken in Baden-Württemberg in Wirtschaftsfrä-

gen keinerlei Kompetenz zuschreiben, dann zeigt das, dass auf dem Weg von der Wahrnehmung als Protestpartei zur Partei strukturändernder, bündnisfähiger Reformen noch eine Menge Arbeit vor uns liegt.

Auch bessere Politik und Verankerung in außerparlamentarischen Bewegungen wird die Probleme der Linken nicht lösen. In Parlamente wird man – auch von Teilen der außerparlamentarischen Bewegungen – gewählt wegen praktischer Politik in Parlamenten, warum sonst.

Bei diesen Landtagswahlen konnte die Linke in Baden-Württemberg außerdem nicht im Rückenwind der Politik der Bundespartei segeln wie bei anderen Wahlen. Sie hatte sich eher mit „Seitenwind“ auseinanderzusetzen. Aber auch hier nützt es wenig, die nach innen gewendete Führungsdiskussion in und um die Linke als Ursache für eine aktuell sinkende Attraktivität der Linken zu sehen. Sie ist eher selbst Ausdruck und Folge der Situation der Partei.

Die Linke in Baden-Württemberg kann sich der Konfrontation mit dieser Niederlage und der Aufgabe der praktischen Entwicklung von eigenständigem parlamentarischen Nutzen in Baden-Württemberg weder durch den Rückzug ins Prinzipielle, Ideologische noch durch reine Konkurrenzpolitik mit SPD und nun mit Grünen entziehen („... die bessere SPD, die besseren Grünen“). Würde sie jetzt, wo die Herausforderungen auf der Hand liegen, in einen solchen Rückzug in prinzipielle Bekenntnispolitik oder Konkurrenzpolitik zu Rot bzw. Rot/Grün ausweichen – es wäre der Rückzug in eine Bedeutungslosigkeit auf längere Zeit.

Denn auch die Entwicklung und Vertretung weitergehender sozialistischer

von Christoph Cornides

Ziele muss eine Rückkoppelung auf die Interessen der Wählerinnen und Wähler haben. Dazu hatte sich der letzte Landesparteitag im Landtagswahlprogramm auf eine ausbaufähige praktische Position festgelegt:

„DIE LINKE in Baden Württemberg weiß, dass zur Verwirklichung dieser Ziele kapitalistisch bestimmte gesellschaftliche Strukturen und Verhältnisse überwunden werden müssen. Umso entschiedener kann sie aktuell für notwendige strukturverändernde Reformen eintreten und nicht nur für Maßnahmen, die die gegenwärtigen Verhältnisse zementieren. DIE LINKE ist eben nicht der Absicherung und Mehrung persönlichen Reichtums verpflichtet. Deshalb ist sie für eine grundsätzliche Änderung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben, für eine stärkere Besteuerung von hohem Einkommen und Reichtum und für eine Umverteilung von oben nach unten. Das ist notwendig für diejenigen, die heute benachteiligt und ausgegrenzt sind und in Abhängigkeit leben und arbeiten müssen. Und es ist vernünftig – auch für diejenigen, denen es besser geht.“

Die Entwicklung der Partei die Linke nicht nur in Baden-Württemberg, sondern wahrscheinlich generell in den Westbundesländern befindet sich in einer krisenhaften Entwicklung. Mit der Änderung der politischen Situation und der Parteienlandschaft und mit den neuerlichen realen Möglichkeiten (Baden-Württemberg) und Hoffnungen (Bund) von und auf Rot/Grün, ist die in der Vergangenheit relativ erfolgreiche Politik der Linken im Westen als Partei des sozialen Protestes ausgebremst worden. Die Linke hat als Protestpartei und als Fahnenträgerin der von der SPD enttäuschten Hoffnungen keine Zukunft und als Sammlerin zukünftig enttäusch-



ter grüner Hoffnungen (z.B. in Baden-Württemberg) erst recht nicht. Solche Hoffnungen auf Änderung ziehen derzeit Grüne und SPD selbst auf sich. Die Linke kann also auf Bundesebene bei den nächsten Bundestagswahlen in eine durchaus vergleichbare Lage zu der in Baden-Württemberg bei den Landtagswahlen kommen.

Die Mitgliederentwicklung stagniert in Baden-Württemberg und in der Gesamtpartei. Mitgliederwachstum wird sich nur als Ergebnis von Politik- und Einflussentwicklung realisieren, aber nicht als eigenständiger „Hebel“ zur politischen Stabilisierung im Status quo „herbeiorganisieren“ lassen. Was für die Stimmabgabe gilt, gilt für einen Parteibeitritt umso mehr: jeder und jede fragt vernünftigerweise danach, wo der politische Nutzen dabei und dafür liegt.

Debatten über und um Personen in Parteivorständen, wie sie jetzt auch in der Presse nach den Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg neu aufgemischt werden, sind nicht etwa deshalb unangebracht, weil sie „Unruhe bringen“, wo sowieso schon viel „Unruhe“ wäre. Aber es hilft in der Regel wenig, Konflikte auf die Person zu bringen, wenn sie noch kaum auf den für alle nachvollziehbaren sachlichen Punkt gebracht sind.

Der Landesverband hat die zentrale Programmdebatte der Partei bisher eher links oder wo auch immer genau liegen lassen. Es ist Konsens, dass wir uns daran stärker beteiligen müssen. Die Schwierigkeit ist, dass in der Menge der Details der Programmdebatte im Kern eigentlich die Diskussion über die aktuelle, generelle Aufgabendefinition der Partei und ihrer Politik geführt wird. Das ist ein ziemlich kompliziertes und indirektes Verfahren. Deshalb entwickelt die Programmdiskussion auch kaum Zugkraft, denn niemand erwartet, dass aus dem schlussendlichen Programm nach vielen mühsamen und anstrengenden Auseinandersetzungen dann deduktiv die akuten Probleme der Politik z.B. in den Westbundesländern gelöst werden können. Aber es bleibt dabei: die Programmdebatte ist wichtig

und der Landesverband muss Wege finden, sich stärker daran zu beteiligen und seine Erfahrungen dabei einzubringen.

**Die Analyse der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes ist noch nicht abgeschlossen**

Eine Analyse des Landtagswahlergebnisses muss folgende Eckpunkte ins Blickfeld nehmen (in ungeordneter Reihenfolge):

- Was sagt das Wahlergebnis über den Stand unserer (relativ) stabilen Unterstützung unter den Wählerinnen und Wählern? Wie groß ist der Anteil unserer relativ gefestigten, „loyalen“ Wählerschaft an der in verschiedenen Wahlen bisher mobilisierbaren Wählerschaft? Wer wählt uns „trotz alledem“ und aus welchen Gründen, und wer eben nicht, wenn der „Druck der aktuellen Ereignisse“ (Kernkraftwerke, angenommene Mehrheitsverhältnisse und „taktisches“ Wählen) groß ist?
- Was geht auf das Konto der Wahlsituation?
  - Erst Stuttgart 21, dann Kernkraftwerke in Japan
  - Die von den Wählerinnen und Wählern angenommenen Mehrheitsverhältnisse und die Chance Mappus abzuwählen.
- Unsere Wahlkampfführung – wie hat sie zum Ergebnis beigetragen? War sie mehr oder weniger „alternativlos“. Vielleicht war sie das, aber man muss sehen, dass wir uns mit „Mappus weg“ etc. in der Endphase deutlich weg vom „Programmwahlkampf“ gestellt haben, weil wir wohl auch keine andere Möglichkeit sahen.
- Unsere programmatischen Kernpunkte zu den Wahlen: a) waren es die richtigen b) wie haben wir sie vermittelt?
- Was ist den Besonderheiten von Landtagswahlen geschuldet?
- Was ist den Besonderheiten der aktuellen wirtschaftlichen Lage („Exportaufschwung“) geschuldet?
- Was war und was ist die Zielgruppe unserer Politik? Welche Erkenntnisse gewinnen wir dafür aus dem Wahlergebnis?

**Zum Wahlkampf:** Im Wahlprogramm – beschlossen auf dem Landesparteitag – hatten wir die Linie ausgegeben: a) einen wirklichen Wechsel für soziale Gerechtigkeit und direkte Demokratie kann es nur mit der Linken geben, falls Rot-Grün an die Regierung kommt und b) eine wirkliche soziale Opposition – falls Schwarz-Gelb dran bleibt – kann es auch nur mit der Linken geben. Diese Linie haben wir im Wahlkampf nicht durchgehalten bzw. nicht weiterentwickelt und konkretisiert. Weil wir mit unseren Themen der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie nicht durch- oder ankamen – oder auch: weil wir nicht in der Lage waren, sie angemessen öffentlich zu vertreten – wurde die zwischenzeitliche Pressepolitik „die Linke das Zünglein an der Waage?“ aufgegriffen und daraus der Slogan „Mappus weg mit Links“ kreierte. Diese „taktische“ Wahlkampfformulation war extrem riskant, das musste uns klar sein und war ja auch mehr oder weniger klar. Taktische Wahlkampfführung und Argumentation ist sowieso schon ein Ausdruck äußerster Defensive. Man argumentiert nicht mehr positiv mit den eigenen Zielen, sondern damit, dass andere – z.B. SPD- und Grünen-Wählerinnen und -Wähler die Linke wählen sollten (obwohl sie die Linke ja nicht unterstützen), weil sie damit in einer bestimmten taktischen Situation ihren eigenen Zielen („Mappus weg“) am meisten nutzen. Das ist nicht nur argumentativ reichlich kompliziert, sondern wahrscheinlich auch generell nicht erfolgreich. (Würden wir, also jede und jeder von uns, aus „taktischen“ Gründen die CDU wählen, um ein eigenes „taktisches“ Ziel zu erreichen – wohl kaum.) Je besser die Chancen für Rot/Grün wurden, umso mehr wurde „Mappus weg mit Links“ obsolet, aber wir kamen aus dieser Nummer nicht mehr raus. Schließlich war Mappus weg – aber eben ohne Links und viele werden sich jetzt denken: „wie gut, dass ich Grüne oder SPD und nicht die Linke gewählt habe, so habe ich zum Erfolg („Mappus weg“) beigetragen.“ (Manche rufen uns dann auch noch an und sagen freundlich: „ey, musst‘ verstehen, dass ich die

Grünen gewählt habe, um Mappus abzuwählen, aber ihr seid schon auch ok.)

In diesem Zusammenhang sollte uns auch zu denken geben, dass es bereits vor und im Wahlkampf nicht



im entferntesten gelungen ist, namhafte Unterstützerinnen und Unterstützer aus gesellschaftlichen Bereichen und insbesondere nicht aus den Gewerkschaften für einen Aufruf zur Wahl der Linken zu gewinnen.

Eine Quintessenz zum Thema Wahlkampf ist: Die loyale Wählerbasis der Linken in Baden-Württemberg ist durch unsere Politik bis zu den Wahlen nicht maßgeblich in den letzten Jahren gestiegen, und die Protestwählerschaft, die z.B. in den Bundestagswahlen die Linke gewählt hat, hat diesmal Grün, SPD oder nicht gewählt. Rückblickend mag man bezweifeln, ob wir durch eine andere Wahlkampfführung daran viel geändert hätten, aber diese Frage bringt uns angesichts des Wahlergebnisses auch nicht weiter. Die Gründe für das Ausmaß der Niederlage liegen vor dem Wahlkampf.

Wenn wir uns aber mit der Wahlkampfführung beschäftigen, dann müssen wir uns auch mit der Frage befassen, wie wir die im Landtagswahlprogramm verabschiedete Linie umsetzen konnte und was das Landtagswahlprogramm über den Stand unserer Auseinandersetzung mit der Landespolitik aussagt. Hierbei fällt u.a. folgendes auf:

- Der Teil Demokratie, Bürgerrechte, Vielfalt der Lebensverhältnisse spielte so gut wie keine Rolle im Wahlkampf, obwohl es einer der eher konkreteren Teile des Programms ist.
- Soziale Gerechtigkeit mit den verschiedenen Konkretisierungen konnten wir gegen den Meinungs- und Stimmungstrend als Landesthemen nicht wirklich öffentlich positionieren, obwohl unsere Plakatserie diese Themen gut auf den Punkt brachte.
- Bildung, Jugend, Erziehung spielte – anders als erwartet – insgesamt eine eher geringere Rolle.
- Die weiteren klassischen Aufgaben der Landespolitik neben Bildung – Gesundheitswesen, öffentliche Verwaltung, Justiz, Rechts- und Innenpolitik – spielten in der Wahlauseinandersetzung ebenso wenig eine Rolle.
- In den beiden Fragen Kernkraft/Energie und Verkehr (Stuttgart 21) hatten wir schon in der vorhergegangenen Programmearbeit noch keine besonderen Beiträge linker Politik entwickeln können, weder unter dem Aspekt sozial noch unter dem Aspekt Demokratie. Diese Aufgabe bleibt. Mit dem Teil Umwelt/Energie hatten wir bekanntlich die größten Mühen in der Erstellung des Landtagswahlprogrammes. Wir hatten uns schon in der Programmatik weitgehend reduziert auf die Frage, wie schnell muss der Ausstieg sein. In Sachen Verkehr/Stuttgart 21 gilt vergleichbares.
- Die Fragen zu Haushalt und Finanzierung waren im Programm nur sehr allgemein und grundsätzlich angesprochen.

### Nächste praktische Schritte:

1. Basierend auf den guten Erfahrungen mit dem Wahlbüro sollten wir ein „**Büro Landespolitik**“ des Landesvorstandes einrichten, das unsere praktische, auf den Landtag und die Landespolitik bezogene und mit der Arbeit der Kreisverbände in den Kommunen vernetzte zukünftige Politik koordiniert. Hierzu wurden bereits verschiedene Vorschläge entwickelt worden, was die Fortsetzung unserer Arbeit mit Verbänden und Organisationen auf Landesebene betrifft, die unbedingt aufgegriffen werden müssen.
2. Als nächster Schritt dazu: Entwicklung eines **Aktionsplanes mit Schwerpunkten**: welche Themen der Landespolitik sollen von wem bearbeitet und in welchen Maßnahmen und Aktionen umgesetzt werden. Die wichtigsten:
  - Wie muss ein Ausstieg aus der Atomenergie in Baden-Württemberg aussehen, welche Schritte auf Landes- und kommunaler Ebene. Was ist unser Beitrag dazu unter der Fragestellung sozial und demokratisch?
  - Konkret: EnBW AG und die Energiepolitik in Baden-Württemberg – wie geht es jetzt weiter, nachdem ja die Mehrheitsbeteiligung in öffentlichem Besitz ist?
  - Verkehrspolitik und Stuttgart 21 – wie weiter?
  - Bildungspolitik – wie greifen wir auf Landes- und kommunaler Ebene in die Auseinandersetzungen ein?
  - Hartz IV, Mindestlohn, Soziale Sicherheit, Armutsbekämpfung – unsere praktische Politik im Land und kommunal.
  - Rekommunalisierung, öffentliche Einrichtungen, kommunales Wirtschaften in Baden-Württemberg.
3. In Verbindung mit Landesvorstand und „Büro Landespolitik“ können wir an der Arbeit der Landsarbeitsgruppe zum Landtagswahlprogramm – mit über 50 Beteiligten – ansetzen und aus den fünf Unterarbeitsgruppen Fachausschüsse des Landesvorstandes bilden.
4. Eine nochmalige **kritische Befassung mit dem Landtagswahlprogramm** unter der Fragestellung, wo sind unsere Positionen schwach, unentwickelt und unpraktisch, wo fehlen sie ganz (wie steht es um unsere fachlich-politisches „Profil“), wird bestimmt nützlich sein.
5. So wie die Kreisvorstände zukünftig noch mehr Impulsgeber für die kommunale und regionale Politik sein müssen, so muss der **Landesvorstand zu einer operativen und handelnden Einheit der Landespolitik** bzw. der Politik im Lande werden. Ein wesentlicher praktischer Nutzen des Landtagswahlkampfes war immerhin der Einstieg in die Landespolitik. Die

Aufgabe Landespolitik dürfen wir jetzt nicht mehr fallen lassen. Wenn diese Aufgabenstellung aber richtig ist, dann wird auch die Arbeitsweise des nächsten Landesvorstandes erheblich anders aussehen. Derzeit konzentriert sich der Landesvorstand darauf, konzeptionelle und organisatorische Rahmenbedingungen für die Politik der Kreisverbände zu schaffen. Der nächste Schritt aber muss die Entwicklung „operativer“ Landespolitik sein, die sich je nach Thema in den verschiedensten Formen umsetzen wird. (Kampagnen, Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit, Konzepte für praktische Politik, „linke Lobby-Arbeit“ ohne im Landtag zu sein usw.)

6. Wir müssen gemeinsam Wege finden, wie die **Gruppe der Bundestagsabgeordneten** ihre Möglichkeiten als Bindeglied zwischen Landes- und Bundespolitik besser entwickeln kann.
  7. Wir sollten Mittel und Wege finden, um eine professionell unterstützte Pressearbeit auch in nicht-Wahlkampfzeiten fortzusetzen.
  8. Wir sollten für den Rest des Jahres eine Reihe von gut vorbereiteten **Fachkongressen auf Landesebene** zu den Schwerpunkten linker Politik in Baden-Württemberg vorbereiten und dazu Fachkundige aus der Partei, von anderen Organisationen oder eben Einzelpersonen einladen. Die Beiträge und Ergebnisse müssten das Niveau haben, dass sie mit Gewinn für die praktische Politik der Partei veröffentlicht werden können.
  9. Praktischer Sofortvorschlag: eine **Fachkonferenz mit Ergebnisveröffentlichung zur EnBW AG** und ihrer Energiepolitik in Baden-Württemberg. Wie weiter mit, in, um die EnBW? Hier haben wir ja jetzt die äußerst interessante Situation, dass die rot/grüne Landesregierung mit ihrem grünen Ministerpräsidenten, dem Atomausstieg verpflichtet, eine „Alleingang-Akquise“ von CDU-Mappus übernimmt, die dieser zur Atomabsicherung betrieben hatte. Was soll jetzt passieren? An die Börse, wie von Mappus geplant? Aber wie denn bei einem Wertverfall durch einen Atomausstieg. Als öffentliches Unternehmen führen, aber wie? Was sind die kommunalen und landespolitischen Vorgaben für die Unternehmenspolitik? Es kommt alles vor, was uns interessiert und linke Politik betrifft: Bezahlbare Energie für die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg, Kernkraft, erneuerbare Energien, Öffentliches Unternehmen, Landes- und Kommunalbesitz, Haushalt, Grün/Rot usw.
- Alles doch sehr spannend, wie man so schön sagt.

*Christoph Cornides ist Landesschatzmeister*



# Wutbürger wählen Grün

## Ernüchterndes Wahlergebnis der Linken in Baden-Württemberg

von Erhard Korn

Enttäuschung bei der Linken im Südwesten: sie hat den erhofften Einzug in den Stuttgarter Landtag verpasst, der nach den Ergebnissen der Umfragen und der Bundestagswahl im Bereich des Möglichen lag. Kaum noch registriert wird: Die Linke hat gegenüber der letzten Landtagswahl fast überall zugelegt. Sie hat 16.000 Stimmen, das sind 12%, dazugewonnen. Das Wahlergebnis belegt also zunächst einen kontinuierlichen (wenn auch verlangsamten) Wachstumsprozess, der in etwa der personellen Entwicklung der Landespartei entspricht. Es liegt zudem im Trend dem ebenfalls positiven, verglichen mit dem Bundesergebnis aber ernüchternden Abschneiden bei den Kommunalwahlen 2009.

Allein die Steigerung der Wahlbeteiligung von vier auf fünf Millionen Wähler (von 53,4 auf 66,2%) führte zu einem prozentualen Negativsaldo. Die höhere Wahlbeteiligung wurde bewirkt vor allem von akademisch gebildeten Bevölkerungsgruppen, solchen aus dem Dienstleistungsbereich und den höheren Einkommensgruppen. Dagegen stieg die Wahlbeteiligung dort kaum, wo in den sozialen Brennpunkten die „Kernwäh-

lerschaft“ der Linken wohnt.

Ganz ähnliche Probleme hatte die SPD, die zwar 150.000 Stimmen dazugewann, trotzdem aber ihr historisch schlechtestes Ergebnis erzielte. Ihr Wähleranteil sank von 37% 1972 auf nun 23,1%. Mit sozialen Themen konnte sie zwar ihren Rückgang bremsen, verlor aber im Raum Stuttgart gerade wegen ihrer Stellung zu Stuttgart 21 massiv.

Die Grünen dagegen konnten ihre Stimmen von 360.000 auf 1,2 Millionen steigern und somit fast verdreifachen. Die erreichten 24,2% sind das beste Landtagswahlergebnis bundesweit.

Es gelang ihnen auch am besten, jüngere Wähler anzusprechen, die sonst bei Landtagswahlen wenig zur Wahl gehen. Diese Gruppe wurde durch die Atomkatastrophe in Japan mobilisiert, andere Themen lagen für sie weit hinten. Gerade diese Wählergruppe wird aber als sehr sprunghaft angesehen, sie bindet sich weniger an Parteien. Bei den Erstwählern hat die Linke mit 2% am schlechtesten, die Piraten haben hier mit 9% dagegen am besten abgeschnitten. Zum Vergleich: bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg hat die Linke mit

8% besonders viele Erstwähler gewonnen.

Besonders stark zugelegt haben die Grünen bei jenen Gruppen, die die Steigerung der Wahlbeteiligung bewirkten; bei den Wählern mit Hochschulabschluss erreichten sie 36%. Menschen mit Hauptschulabschluss stellen dagegen mit 13% nur einen sehr kleinen Teil der Grünen-Wähler. Bei dieser Bevölkerungsgruppe ist die CDU mit 47% weiterhin am stärksten. Auch Die Linke schneidet hier – wie bei den Hochschulabsolventen – unterdurchschnittlich ab. Dagegen erreichten die Grünen einen erheblichen Zuwachs (+16% auf 27%) bei den Selbstständigen, wo die FDP von 19% auf 9% einsackte.

Mit 5% bei den Arbeitern und 12% bei den Arbeitslosen hat die Linke zwar weit überdurchschnittlich punkten können, doch selbst die Grünen erreichten hier erheblich bessere Werte (Arbeitslose 26%!). Trotz Rente mit 67 wählten nur 2% der Rentner links, 48% dagegen CDU.

## Höhere Akzeptanz für Linke – doch kein Zutrauen

Nicht verfangen hat der taktische Ansatz von Mappus, die oppositionelle Bürgerbewegung gegen Stuttgart 21 und die Atomkraftwerke zunächst über die Polizeiaktionen am „Schwarzen September“ und dann durch Angriffe auf die „grünlackierten Kommunisten“ (Kretschmann war in seiner Studentenzeit Mitglied des stalinistischen KBW) zu delegalisieren. In den wahlentscheidenden Politikfeldern erreichten die Grünen mit 53% einen Spitzenplatz, vergleichbar mit den Werten der CDU im Bereich Wirtschaft. Die Kompetenzwerte der Linken liegen dagegen selbst im Kernbereich soziale Gerechtigkeit mit 4% (immerhin +1%) weit hinter denen der Grünen (11%, +6%) oder gar der SPD (49%). In allen anderen Feldern trauen die Menschen der Linken noch weniger zu, als ihrem Wähleranteil entspricht, mit knapp 2% liegt die bildungspolitische Kompetenz dabei noch oben. Von 83% der Bevölkerung werden ihre Vorstellungen dagegen als „unrealistisch“ angesehen. Sie gilt aber bei 74% als Partei, die die Dinge beim Namen nennt – auch wenn sie keine Lösung hat. Dieses Protestparteiimage konnte bei den Landtagswahlen aber kaum wirken, weil die Linke in den wahlentscheidenden Bereichen wie Energiepolitik/Atomkraft oder Bildung sehr wenig oder –wie bei S21 – überhaupt nicht wahrgenommen wurde. So zumindest die Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim. Die Kenntnis ihrer Vorstellungen ist bei den Wählern am

## Landtagswahlergebnisse in den 70 Wahlkreisen

| Wahlkreis               | 2009  |           |      |      |       |      |        | 2011  |                        |      |      |       |      |        |      |      |      |
|-------------------------|-------|-----------|------|------|-------|------|--------|-------|------------------------|------|------|-------|------|--------|------|------|------|
|                         | Linke | Wahlteil. | CDU  | SPD  | GR+NE | FDP  | Sonst. | Linke | Wahlteil.              | CDU  | SPD  | GR+NE | FDP  | Sonst. |      |      |      |
| <b>01 Stuttgart I</b>   | 3,4   | 2011      | 75,6 | 26,9 | 17,5  | 42,5 | 6,1    | 3,6   | 3,6                    | 2011 | 66,2 | 39,0  | 23,1 | 24,2   | 5,3  | 5,6  |      |
| Ozasek                  | 3,7   | 2006      | 57,1 | 31,8 | 24,9  | 23,9 | 11,9   | 3,8   | 3,1                    | 2006 | 53,4 | 44,2  | 25,2 | 11,7   | 10,7 | 5,3  |      |
| <b>02 Stuttgart II</b>  | 2,4   | 2011      | 77,7 | 33,8 | 19,1  | 34,2 | 7,1    | 3,5   | 36 Mannheim II         | 3,8  | 2011 | 61,7  | 28,4 | 27,9   | 29,6 | 5,2  | 5,1  |
| Tilgner                 | 2,6   | 2006      | 63,0 | 38,0 | 23,5  | 16,8 | 14,6   | 4,5   | Graf-Baier             | 4,8  | 2006 | 48,2  | 38,6 | 29,4   | 14,6 | 8,2  | 4,4  |
| <b>03 Stuttgart III</b> | 3,7   | 2011      | 70,2 | 34,2 | 23,1  | 28,0 | 6,0    | 4,9   | 37 Wiesloch            | 3,0  | 2011 | 64,3  | 39,7 | 21,2   | 24,6 | 5,4  | 5,9  |
| Höfmann                 | 3,5   | 2006      | 55,4 | 39,1 | 26,6  | 11,4 | 10,8   | 6,6   | Wunder                 | 3,4  | 2006 | 52,2  | 49,1 | 25,1   | 9,6  | 9,8  | 3,0  |
| <b>04 Stuttgart IV</b>  | 4,0   | 2011      | 68,8 | 31,4 | 22,4  | 32,3 | 5,1    | 4,8   | <b>38 N.-Odenwald</b>  | 2,4  | 2011 | 62,0  | 48,4 | 25,9   | 14,6 | 3,3  | 5,3  |
| Aparticio               | 3,5   | 2006      | 52,6 | 37,2 | 29,2  | 14,4 | 9,8    | 6,0   | Melchior               | 2,7  | 2006 | 55,7  | 43,7 | 27,3   | 5,4  | 6,0  | 3,8  |
| <b>05 Bblingen</b>      | 2,7   | 2011      | 68,3 | 41,1 | 23,5  | 21,7 | 5,2    | 5,9   | <b>39 Weinheim</b>     | 2,9  | 2011 | 68,4  | 35,0 | 25,5   | 26,4 | 5,6  | 4,7  |
| Dreher                  | 3,1   | 2006      | 56,2 | 43,5 | 25,1  | 11,1 | 11,7   | 5,6   | Hsrdt                  | 3,8  | 2006 | 57,5  | 42,6 | 27,2   | 12,6 | 10,2 | 3,6  |
| <b>06 Leonberg</b>      | 2,2   | 2011      | 73,2 | 39,1 | 21,9  | 24,5 | 6,7    | 5,6   | <b>40 Schwetzingen</b> | 3,5  | 2011 | 63,5  | 34,4 | 28,2   | 23,5 | 4,8  | 5,6  |
| Roth                    | 2,9   | 2006      | 59,8 | 42,7 | 22,7  | 12,7 | 13,6   | 5,3   | Styrz                  | 4,3  | 2006 | 52,7  | 43,9 | 31,2   | 8,0  | 8,6  | 4,0  |
| <b>07 Esslingen</b>     | 2,4   | 2011      | 72,5 | 36,5 | 25,4  | 26,7 | 4,4    | 4,6   | <b>41 Sinsheim</b>     | 3,4  | 2011 | 65,4  | 38,3 | 25,3   | 23,0 | 4,2  | 5,7  |
| Hardt                   | 2,4   | 2006      | 59,6 | 40,1 | 30,9  | 11,7 | 10,2   | 4,7   | Rhein                  | 3,2  | 2006 | 52,9  | 43,6 | 27,3   | 10,5 | 10,9 | 4,5  |
| <b>08 Kirchheim</b>     | 1,8   | 2011      | 72,2 | 38,6 | 23,5  | 23,3 | 6,0    | 6,8   | <b>42 Pforzheim</b>    | 3,5  | 2011 | 59,1  | 44,5 | 22,8   | 19,0 | 4,7  | 6,6  |
| Luplow                  | 2,4   | 2006      | 59,8 | 41,6 | 25,2  | 12,2 | 11,4   | 7,2   | Spohn                  | 5,3  | 2006 | 46,1  | 45,9 | 24,4   | 8,8  | 11,2 | 4,3  |
| <b>09 Nyrtingen</b>     | 2,0   | 2011      | 72,6 | 39,7 | 22,1  | 25,6 | 4,6    | 5,8   | <b>43 Calw</b>         | 2,3  | 2011 | 66,5  | 44,0 | 22,2   | 18,0 | 6,5  | 6,9  |
| Rausche                 | 2,2   | 2006      | 59,5 | 42,1 | 22,7  | 12,7 | 13,9   | 5,7   | Schmidt                | 3,1  | 2006 | 54,2  | 44,2 | 24,4   | 8,0  | 12,6 | 7,7  |
| <b>10 Ggppingen</b>     | 3,2   | 2011      | 65,7 | 38,0 | 26,4  | 22,0 | 4,7    | 5,6   | <b>44 Enz</b>          | 2,4  | 2011 | 70,2  | 40,7 | 23,8   | 19,6 | 6,9  | 6,5  |
| StHse                   | 3,6   | 2006      | 52,4 | 43,9 | 29,3  | 9,1  | 9,2    | 4,9   | Riehl                  | 3,2  | 2006 | 52,9  | 43,6 | 26,9   | 8,8  | 13,8 | 6,3  |
| <b>11 Geislingen</b>    | 2,8   | 2011      | 68,4 | 41,4 | 24,2  | 21,3 | 4,8    | 5,4   | <b>45 Freudenstadt</b> | 2,4  | 2011 | 64,4  | 45,8 | 20,5   | 16,5 | 7,6  | 7,3  |
| Rsch-D.                 | 3,3   | 2006      | 53,8 | 46,2 | 27,9  | 7,0  | 10,5   | 5,2   | Eberhard               | 1,8  | 2006 | 53,2  | 44,6 | 18,5   | 7,1  | 19,8 | 8,2  |
| <b>12 Ludwigsburg</b>   | 3,0   | 2011      | 69,7 | 35,1 | 24,0  | 26,9 | 5,6    | 5,3   | <b>46 Freiburg I</b>   | 2,6  | 2011 | 70,2  | 32,6 | 21,9   | 34,5 | 4,9  | 3,5  |
| Kemmerle                | 3,1   | 2006      | 55,4 | 38,8 | 25,9  | 15,1 | 11,2   | 5,8   | Wolff                  | 3,1  | 2006 | 55,9  | 40,9 | 21,8   | 21,9 | 9,1  | 3,1  |
| <b>13 Vaihingen</b>     | 2,8   | 2011      | 74,8 | 39,2 | 22,3  | 22,5 | 8,1    | 5,4   | <b>47 Freiburg II</b>  | 4,9  | 2011 | 64,4  | 22,8 | 24,6   | 39,9 | 3,3  | 4,5  |
| Schmike                 | 2,6   | 2006      | 61,7 | 45,0 | 24,0  | 11,7 | 11,7   | 5,0   | Schuchmann             | 6,3  | 2006 | 49,9  | 31,5 | 28,3   | 22,9 | 7,2  | 3,8  |
| <b>14 Bibis</b>         | 2,3   | 2011      | 72,9 | 38,2 | 24,1  | 25,0 | 5,2    | 5,2   | <b>48 Breisgau</b>     | 2,7  | 2011 | 69,0  | 33,5 | 24,0   | 30,2 | 5,5  | 5,5  |
| Kubach                  | 2,6   | 2006      | 58,7 | 41,5 | 26,3  | 11,4 | 11,4   | 6,9   | Eggel-Fischer          | 2,5  | 2006 | 54,6  | 44,7 | 25,7   | 13,8 | 9,6  | 3,6  |
| <b>15 Waiblingen</b>    | 2,5   | 2011      | 71,5 | 36,8 | 24,2  | 23,5 | 8,0    | 5,0   | <b>49 Emmendingen</b>  | 2,3  | 2011 | 66,1  | 32,4 | 24,9   | 30,4 | 4,3  | 5,9  |
| Neudorfer               | 2,2   | 2006      | 57,5 | 42,2 | 27,2  | 8,6  | 14,1   | 5,7   | Strub                  | 2,9  | 2006 | 51,3  | 39,4 | 28,8   | 13,2 | 11,7 | 4,0  |
| <b>16 Schorndorf</b>    | 2,2   | 2011      | 72,4 | 39,2 | 22,3  | 22,5 | 8,4    | 5,3   | <b>50 Lahr</b>         | 3,1  | 2011 | 60,0  | 41,4 | 22,9   | 24,0 | 4,1  | 4,5  |
| Drechsel                | 2,2   | 2006      | 58,8 | 44,8 | 24,4  | 10,3 | 11,5   | 6,8   | Oßwald                 | 2,9  | 2006 | 46,8  | 50,3 | 25,5   | 9,2  | 8,6  | 3,6  |
| <b>17 Backnang</b>      | 3,3   | 2011      | 68,2 | 40,8 | 23,8  | 20,0 | 5,4    | 6,5   | <b>51 Offenburg</b>    | 3,0  | 2011 | 60,7  | 40,1 | 23,4   | 22,6 | 6,0  | 4,9  |
| Simon                   | 2,1   | 2006      | 54,7 | 44,7 | 26,0  | 9,9  | 9,3    | 8,1   | Reinhard-Bross         | 2,6  | 2006 | 49,0  | 50,5 | 23,2   | 11,3 | 9,1  | 3,3  |
| <b>18 Heilbronn</b>     | 3,1   | 2011      | 62,3 | 37,0 | 26,4  | 21,5 | 6,1    | 6,0   | <b>52 Kehl</b>         | 3,1  | 2011 | 61,0  | 45,3 | 19,8   | 22,8 | 4,8  | 4,1  |
| Ehinger                 | 3,1   | 2006      | 51,5 | 41,9 | 31,0  | 8,0  | 10,3   | 5,6   | Esther-Bross           | 2,8  | 2006 | 47,1  | 48,6 | 19,5   | 11,6 | 13,4 | 4,1  |
| <b>19 Eppingen</b>      | 2,4   | 2011      | 67,3 | 40,9 | 24,3  | 19,4 | 5,8    | 7,5   | <b>53 Rottweil</b>     | 2,4  | 2011 | 65,7  | 45,9 | 19,5   | 17,3 | 5,8  | 9,2  |
| Ständer                 | 2,6   | 2006      | 54,5 | 44,6 | 25,9  | 8,0  | 11,8   | 7,2   | Senge-Kob              | 1,8  | 2006 | 53,7  | 48,4 | 19,5   | 7,3  | 14,0 | 8,9  |
| <b>20 Neckarsulm</b>    | 2,6   | 2011      | 65,6 | 40,7 | 25,9  | 19,1 | 4,7    | 7,0   | <b>54 Vill.-Schw.</b>  | 2,3  | 2011 | 62,1  | 42,6 | 22,2   | 22,4 | 5,1  | 5,4  |
| Ritter                  | 2,6   | 2006      | 53,9 | 46,8 | 28,2  | 7,0  | 8,6    | 6,8   | Stützer                | 2,2  | 2006 | 50,6  | 49,3 | 21,4   | 10,0 | 10,8 | 6,2  |
| <b>21 Hohenlohe</b>     | 3,1   | 2011      | 63,9 | 40,7 | 22,0  | 19,7 | 7,8    | 6,7   | <b>55 Tutt.-Don.</b>   | 2,6  | 2011 | 62,2  | 46,3 | 21,0   | 17,5 | 7,0  | 5,6  |
| Neumann                 | 2,7   | 2006      | 52,9 | 49,8 | 20,9  | 7,6  | 12,1   | 6,8   | Blynger                | 2,4  | 2006 | 51,9  | 46,0 | 20,4   | 9,3  | 16,4 | 5,6  |
| <b>22 Schw.Hall</b>     | 2,8   | 2011      | 61,8 | 35,4 | 25,1  | 22,0 | 8,4    | 6,4   | <b>56 Konstanz</b>     | 2,7  | 2011 | 66,7  | 32,8 | 20,3   | 34,7 | 5,5  | 4,0  |
| Neumann                 | 2,6   | 2006      | 49,3 | 38,3 | 27,6  | 9,9  | 14,4   | 7,3   | Hänke                  | 4,1  | 2006 | 52,1  | 40,6 | 21,3   | 18,9 | 12,3 | 2,8  |
| <b>23 Main-Tauber</b>   | 2,5   | 2011      | 63,9 | 47,7 | 19,8  | 18,4 | 4,4    | 7,2   | <b>57 Singen</b>       | 3,0  | 2011 | 61,5  | 41,5 | 21,6   | 26,5 | 4,0  | 3,8  |
| Grüning                 | 3,2   | 2006      | 52,6 | 54,4 | 21,5  | 5,8  | 8,1    | 7,0   | Kräuse                 | 3,1  | 2006 | 48,0  | 47,2 | 22,9   | 9,4  | 12,9 | 4,6  |
| <b>24 Heidenheim</b>    | 3,6   | 2011      | 62,9 | 37,8 | 29,8  | 18,1 | 3,1    | 7,6   | <b>58 Lörrach</b>      | 2,7  | 2011 | 60,2  | 31,8 | 27,7   | 28,0 | 4,9  | 5,0  |
| Mack                    | 3,3   | 2006      | 53,8 | 43,4 | 33,7  | 6,7  | 6,6    | 6,3   | Genz                   | 3,0  | 2006 | 47,4  | 38,7 | 32,2   | 11,8 | 9,7  | 4,6  |
| <b>25 Schw.GmYnd</b>    | 2,9   | 2011      | 66,3 | 43,9 | 24,4  | 18,8 | 3,9    | 6,1   | <b>59 Waldshut</b>     | 2,2  | 2011 | 60,5  | 39,2 | 24,8   | 23,0 | 5,3  | 5,5  |
| Kempf                   | 2,8   | 2006      | 52,6 | 48,1 | 27,7  | 8,7  | 8,2    | 8,1   | Sanio                  | 2,5  | 2006 | 46,7  | 43,7 | 24,9   | 9,5  | 9,6  | 10,0 |
| <b>26 Aalen</b>         | 4,5   | 2011      | 65,2 | 46,4 | 22,4  | 18,4 | 3,4    | 5,0   | <b>60 Reutlingen</b>   | 2,8  | 2011 | 67,4  | 38,3 | 24,7   | 25,6 | 5,7  | 4,8  |
| Hamm                    | 5,1   | 2006      | 53,2 | 49,1 | 24,2  | 8,5  | 9,0    | 4,2   | Braun-Selz             | 3,4  | 2006 | 57,0  | 40,7 | 24,1   | 15,3 | 11,7 | 9,9  |
| <b>27 Karlsruhe I</b>   | 3,0   | 2011      | 66,0 | 38,0 | 25,2  | 30,2 | 5,3    | 5,6   | <b>61 Hech.-M.Yns.</b> | 2,8  | 2011 | 68,4  | 44,5 | 21,3   | 18,9 | 7,4  | 5,1  |
| Capece                  | 3,9   | 2006      | 52,5 | 36,4 | 28,2  | 16,2 | 11,8   | 3,5   | Jaensch                | 2,5  | 2006 | 55,8  | 47,9 | 21,9   | 11,6 | 11,0 | 5,1  |
| <b>28 Karlsruhe II</b>  | 3,8   | 2011      | 61,6 | 39,6 | 25,1  | 30,3 | 4,8    | 5,5   | <b>62 T.Ybingen</b>    | 3,6  | 2011 | 73,4  | 32,1 | 21,8   | 32,1 | 5,0  | 5,4  |
| Fischer                 | 4,2   | 2006      | 52,9 | 34,6 | 25,9  | 21,0 | 11,7   | 2,7   | Strasdet               | 3,9  | 2006 | 59,2  | 38,3 | 21,7   | 22,7 | 8,8  | 4,6  |
| <b>29 Bruchsal</b>      | 2,3   | 2011      | 65,8 | 44,3 | 25,6  |      |        |       |                        |      |      |       |      |        |      |      |      |



**Die Linke als Protestpartei gegen Stuttgart 21 wird nicht wahrgenommen.**

schwächsten und im Vergleich zu 2006 auch noch zurückgegangen.

Zwar zeigt die Zustimmung von 17% für ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis eine deutlich zunehmende Akzeptanz der Linken, doch galten die Präferenzen mit 52% eindeutig Rot-Grün. Die Linke konnte erstmals nicht Wähler von der SPD und der Grünen gewinnen, sondern hat 33.000 an die Grünen verloren, was sie durch einen sehr hohen Anteil an ehemaligen Nichtwählern sowie CDU- und FDP- Wählern ausgleichen musste. In das Lager der Kleinparteien wie der Piraten hat sie dagegen kaum ehemalige Wähler verloren.

Inwieweit der Stimmungsumschwung in Bezug auf S 21 bei der Wahl der Linken eine Rolle spielt, bleibt fraglich; immerhin hat sich nach der Schlichtung die Meinung der Linkenanhänger hier am stärksten zugunsten von S21 verändert (von 7 auf über 30%).

#### Alternativen verdeutlichen

Die Linke wird in Baden-Württemberg nicht mehr als „Feind“ angesehen, sie ist allerdings vor allem noch Ventil für Protest, Problemlösungen oder gar Re-

gierungsverantwortung traut man ihr nicht zu. Vor allem in den wahlentscheidenden Feldern wurde sie aber auch als Protestpartei nicht wahrgenommen, da vor allem die Grünen mit den Feldern S21 und Atomkraft identifiziert werden. Die Grünen konnten hier mit ihrer jahrzehntelangen Tradition des Anti-AKW-Protests und der Oppositionsarbeit im Landtag Vertrauen gewinnen und mussten sich nicht an vorherigem Regierungshandeln messen lassen.

Die SPD zelebrierte eine Wiederannäherung an die Gewerkschaftsspitzen und führte mit Themen wie Mindestlohn und Eingrenzung der Leiharbeit einen eindeutig linken Wahlkampf; sie hat in diesen Bereichen der Linken wenig Raum für Profilierung gelassen. Sie hofft nun, die unliebsame Konkurrenz der Linken endgültig los zu sein und spielt trotz ihrer Verluste im Windschatten der Grünen den Wahlgewinner.

„Mappus abwählen“ war die zentrale Parole der Wahl – auch die zentrale Aussage der Linken. Jetzt ist die Stunde von Kretschmann und Nils Schmid. Es muss aber angesichts der Erfahrungen mit der Schröder-Fischer-Koalition bezweifelt werden, ob Grüne und SPD das Versprechen, wirtschaftlichen und ökologischen Wandel mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden, tatsächlich einlösen werden. Erste Klippen zeigen sich schon beim Umgang mit S 21, das Schmid unbedingt umsetzen möchte – Kretschmann dann aber sein Gesicht verlieren würde. *Möglicherweise stellt die Desillusionierung über grün-rotes Regierungshandeln eine Voraussetzung für linke Erfolge dar; bei*

den Landtagswahlen in Baden-Württemberg fokussierten sich aber die Hoffnungen auf Wandel nach fast 60 Jahren CDU-Regierung im grün-roten Projekt.

Insofern ist also keinesfalls ausgeschlossen, dass die Linke künftig gute Chancen hat, aus einer etwas gestärkten Ausgangsposition heraus und als einzige Opposition von links eher wahrgenommen zu werden, bei den Wählern auch landespolitisch einen Gebrauchswert zugesprochen zu bekommen und durch Kontinuität Vertrauen zu gewinnen.

Der Linken fehlte in diesem Wahlkampf die Aufbruchsstimmung der WASG-Gründung von 2006. Andererseits sind erhebliche Verbesserungen in Struktur und programmatischer Qualität des allerdings übersichtlichen Kreises der Aktivisten festzustellen, die sich kaum bange machen lassen werden von den Prophezeiungen eines baldigen Untergangs der Linken, gestreut von jenen, die eine künftige Opposition von links fürchten müssen. Die oft versuchte Ausgrenzung der Linken – etwa aus dem Bündnis gegen S21 – hat nicht funktioniert.

Nun kommt es darauf an, Kompetenz zu entwickeln und die gewachsene Akzeptanz zu nutzen, um die doch oft blass gebliebenen Alternativen und deren praktische (und finanzielle!) Umsetzbarkeit zu verdeutlichen. Wichtig dabei wird sein, bei den Zukunftskonzepten die linken Kerne soziale Gerechtigkeit und Frieden glaubhaft und prägnant auch in aktuelle Politikfelder einzubringen.

*Erhard Korn ist Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg*

## In welcher gesellschaftlichen Situation fand die Landtagswahl statt?

Thesen zum Ausgang der Landtagswahl Baden-Württemberg 2011

von Emanuel Peter

Eine Wahlanalyse hat von der allgemeinen Situation auszugehen, in der die Wahl stattfand. Die LT-Wahl fand in einer Zeit des rasanten Wirtschaftsaufschwungs statt, der auf dem Rücken von Leiharbeitern, Ausweitung des Niedriglohnbereichs (besonders Frauen, Mini-Jobber) und verschärfter Ausbeutung in dem Lohndumping-Land BaWü ausgetragen wurde mit dem Versprechen und der Hoffnung, dass einige von dem Aufschwung nach der schärfsten Krise seit den 30-er Jahren profitieren könnten („niedrigste Jugendarbeitslosigkeit bundesweit“). Diese Versprechen der schwarz-gelben Landesregierung sollten ihre jahrelange Verschuldungspolitik und Verschleppung von notwendigen Investitionen und Reformen überdecken und jeglichen Widerstand einnebeln: Reform der Haupt- und Berufsschulen, Ausbau der Kita-Plätze vor allem in

größeren Städten, Reform der Kommunalfinanzen bei wachsendem Investitionsstau). Stuttgart 21 und der selbstherrliche EnBW-Deal von Mappus (und die Wendehalspolitik nach Fukushima) mit ihren enormen Kosten erschütterten aber die Glaubwürdigkeit der bisherigen Politik. (...)

#### Wie ist das Wahlergebnis insgesamt einzuschätzen?

Das Gesamtergebnis dieser Wahl ist ein teilweiser Zusammenbruch einer neoliberal-konservativen Politikmodells von Schwarz-Gelb mit bundespolitischer Ausstrahlung, der von der CDU nicht zufällig als „Kulturschock“ gedeutet wird: Die Regierung Mappus stand mit Bayern und Hessen als „Südländern“ für ein Konzernmodell der extremen Exportorientierung auf dem Weltmarkt, das auf Verschärfung der Ausbeutung in

den Betrieben und des Gegensatzes von Arm und Reich im Inneren mit all seinen Konsequenzen setzt, einschließlich des massiven Polizeieinsatzes gegen die Bevölkerung (S 21). Dazu hatte die CDU in 57 Jahren einen Macht- und Medienapparat aufgebaut, der S 21 über Erklärungen von Landräten und Oberbürgermeistern, der das selektive Schulsystem durch Erklärungen von Schulrektoren und der die Regierungspräsidien, Landräte und Bürgermeister als Hilfstruppen zur Umverteilung von öffentlichen Mitteln von den Kommunen in den maroden Landeshaushalt (Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich, Verletzung Konnexitätsprinzip) benutzt. Von daher ist das Wahlergebnis mitnichten allein auf einen Stimmungswechsel durch Fukushima zurückzuführen, sondern beruht auch auf mittelfristigen inneren Ursachen.

„Mappus weg!“ spiegelt als Losung diese Zuspitzung auf die Abwahl eines verhassten Politikmodells wieder (...).

### Wie hat Die Linke abgeschnitten?

Gemessen an ihren (aktiven) Kräften und Möglichkeiten hat Die Linke einen guten Wahlkampf geführt und ist im Unterschied zu den Kommunalwahlen wirklich flächendeckend angetreten. Die Zwiespältigkeit des Ergebnisses für Die Linke besteht darin: Landesweit haben wir im Vergleich zur LT-Wahl 2006 um 17.853 Stimmen (+14,6 %) zugelegt, relativ aber um 0,3% abgenommen, weil die Wahlbeteiligung um eine Mio. Wähler zugenommen hat und wir nicht genauso schnell gewachsen sind. Selbst bei einer Zunahme um 150 000 Stimmen hätten wir unsere selbst gesteckte Erwartung, in den Landtag einzuziehen (5% + X) nicht erreicht. Die erhöhte Wahlbeteiligung verdeckt also unseren Fortschritt, legt aber zugleich unsere strukturellen Schwächen schonungslos offen. Insgesamt ist das Wahlergebnis Resultat einer besonderen, zugespitzten Situation und eigenen Fehlern, die seit längerem bestehen:

- unter den jüngeren Wählern (bis 30 Jahren) sowie unter den U 18 (Wahl des Landesjugendrings) liegen wir unter einem Prozent, während die Piraten in der Altersklasse 18-24 Jahre 6,2 Prozent erhielten! Die Wahlbeteiligung dieser Altersgruppe legte überproportional um 16,3 % zu und die CDU hatte mit 30,5% hier ihr schlechtestes Ergebnis.

- Obwohl die Wahlbeteiligung der Frauen mit ihren besonderen Problemen der ungleichen Bezahlung, Doppelbelastung und schlechteren Jobs die der Männer erstmals überholt hat, haben wir bei ihnen sowie bei den Rentnern wenig Resonanz.

- Es gibt überall im Land noch „weiße Flecken“, in den Wahlkreisen sind wir vor allem dort schwach, wo wir keine Kommunalvertreter haben.

Der Unterschied zwischen der jetzigen LT-Wahl und den relativ hohen BT-Ergebnissen gründet sich auch darauf, dass wir erst spärlich in den Kommunalgremien vertreten sind und wir kaum als Partei mit landespolitischem Profil wahrgenommen werden. Wir haben mit unserem LT-Wahlprogramm einen ersten kleinen Schritt in Richtung Landespolitik gemacht. (...)

### Welches sind die nächsten Aufgaben der Linken?

1. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ist längst nicht überwunden, die Ungleichgewichte in Euro-Land mit den hohen Defiziten in den Staatshaushalten, der zunehmende Interventionismus „starker“ EU-Länder mittels EZB in EU-Krisenländer und die Hungeraufstände in arabischen Staaten zeigen dies.

## Liebe S 21-AbwählerInnen,

aus Sorge, ohne das Wählerpotential der LINKEN würde angesichts der Tücken des Wahlrechts die Abwahl von Mappus nicht klappen, hatten wir eine Art Leihstimmenaufforderung vor allem an grüne WählerInnen gestartet, die LINKE zu wählen. Kurz vor Torschluss gab es kräftig Gegenwind von Werner Wölfl, Sigrid und Walter Sittler und von Boris Palmer, die – zum Teil ebenfalls aus taktischen Gründen – an das S 21-kritische Publikum appellierten, grün oder rot-grün und nicht LINKE zu wählen.

Ihrem Rat sind die meisten und vermutlich auch sehr viele aus der LINKEN Stammwählerschaft gefolgt. Dafür sehen wir im Nachhinein v.a. zwei Gründe:

- das Risiko, Mappus könnte ohne LINKE im Amt bleiben, tendierte gegen Null, nachdem in den Prognosen kurz vor der Wahl der Vorsprung von Rot-Grün über drei Prozent lag, was auch angesichts des Wahlrechts reichen würde

- in allen bis kurz vor der Wahl veröffentlichten Prognosen lag die LINKE

unter 5%, in keiner einzigen auch nur bei 5,0%. Damit war für viele, auch eingeschworene LINKE-WählerInnen das Risiko einer verlorenen Stimme sehr groß.

Nach Fukushima gab es viele Gründe für den Wahlerfolg der Grünen. Aber auch Wahltaktik hat, wenn auch genau andersrum als von uns geraten, ihren Anteil am grünen Erfolg. Bitter für die LINKE, die sich auch redlich gegen S 21 ins Zeug gelegt hatte, besonders wenn man an ihre Bundestagsfraktion denkt.

Die LINKE sollte sich nicht von ihrem Weg der Öffnung hin zu gesellschaftspolitischen Themen über die engere Verteilungsfrage hinaus abbringen lassen. Ihr Wahlkampf in Sachen S21 war gut und dass sie ihr Potential um die 5% herum nicht ausgeschöpft hat, ist vor allem wahltaktischen Kalkülen ihrer sehr politischen Wählerschaft zu verdanken.

Oben bleiben, dabei bleiben & Gruß von

*Renate Knapper und  
Werner Sauerborn*

Trotzdem setzen die neoliberalen Parteien weiter auf Eroberung von Weltmarktanteilen durch Dumpinglöhne, Umverteilungsstrategien und Sozialabbau im Inneren. Deshalb wird es über den 1.Mai hinaus eine zentrale Aufgabe bleiben, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und damit gegen alle Formen von Dumpinglöhnen zu kämpfen und dies mit dem Kampf gegen die Hartz-IV-Gesetze zu verbinden. Ein erster Schwerpunkt sollte dabei der Kampf gegen die Leiharbeit und deren Ausdehnung (Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1.Mai) sein. Unser soziales Profil kann gerade in diesem Konflikt geschärft werden, weil Die Linke die einzige politische Kraft ist, die dies vertritt.

2. Es ist aber völlig falsch, die soziale Frage gegen Stuttgart 21, Umwelt- Bildungs- oder Gesundheitsfragen auszuspielen. Die Linke muss die entscheidende Kraft in all diesen Konflikten sein, indem wir herausarbeiten, dass die arbeitende Mehrheit der Gesellschaft den gesellschaftlichen Reichtum produziert, den sich eine kleine Minderheit privat aneignet. Um sich immer mehr davon anzueignen, spaltet sie die Gesellschaft in Arm und Reich, untergräbt fundamentale demokratische Rechte und zerstört die Natur als unsere Lebensgrundlage. Dies in den konkret aufbrechenden Konflikten deutlich zu machen und damit den Kampf um soziale und ökologische Verbesserungen zugunsten der Mehrheit zu stärken, ist unsere

Aufgabe als Linke und unser Alleinstellungsmerkmal. Damit verbunden ist die Entwicklung einer gesellschaftlichen Utopie, die erst aus den Auseinandersetzungen entwickelt werden muss und dessen erster Schritt ein „neuer sozial-ökologischer Gesellschaftsvertrag“ (Klaus Ernst) sein könnte.

3. Für die aktuelle Situation heißt das neben dem Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro (s.o.) und den von Klaus Ernst aufgelisteten allgemeinen Aufgaben:

a. Verhinderung von Stuttgart 21, weil dieses Spekulationsobjekt die notwendigen Steuermilliarden für notwendige soziale und kommunale Investitionen blockiert und ökologischer Unsinn ist.

b. Dauerhafte Abschaltung der AKWs und Ausbau der erneuerbaren Energien unter der Leitlinie einer regionalen, dezentralen Energieerzeugung mit demokratischer, kommunaler Kontrolle und bezahlbarer Energie für die Bürger.

c. Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni, Abschaffung der Studiengebühren und vollständige Lernmittelfreiheit. Beseitigung der Entmündigung von Schülern, Eltern und Lehrern durch demokratische Bildungsreformen von unten.

d. Ausbau der Kitas mit besserem Betreuungsschlüssel, Gebührenfreiheit, besonders für AI-leinerziehende und berufstätige Mütter, vollständige Bezahlung

des Ausbaus durch das Land. Sofortiges Ausbildungsprogramm für Erzieherinnen und deren bessere Bezahlung.

e. Ausreichende Finanzen für die Kommunen, Landesprogramm für deren aufgeschobene Investitionen, Durchsetzung des Konnexitätsprinzips, damit die Investitionen nicht mehr als Mittel für Sozialkürzungen und Privatisierung erhalten können.

4. Zweite Aufbauphase der Landespartei: Seit den ernüchternden Ergebnissen der letzten Kommunalwahl 2009 bin ich der festen Überzeugung, dass Die Linke BaWü eine zweite Phase im Aufbau der Landespartei braucht. Ihre Ziele sollten sein:

– Die Bekanntheit der Linken verbessern: Politik vollzieht sich über persönliche Beziehungen und Bindungen. Unsere Mitglieder sollen aufgefordert werden und überprüfen, in welchen Vereinen, sozialen Organisationen und Gewerkschaften sie mitarbeiten können, um die Mehrheit der Bürger mit uns und unseren Zielen bekannt zu machen und einzelne Verbesserungen zu erreichen. Dies ist als Gegenstück zur Ausnutzung des „bürgerschaftlichen Engagements“

anzusehen, mit dem die Neoliberalen in den letzten Jahren den Sozialabbau vorangetrieben haben.

– Die Politikfähigkeit der Linken stärken: Aktionen, Kampagnen für konkrete, nachvollziehbare Ziele im sozialen und demokratischen Bereich, um den Großteil unserer Mitglieder zu aktivieren

– Die Kampagnenfähigkeit der Linken entwickeln: Eine LAG Landespolitik nützt so lange nichts, wie nicht auf Kreisebene interessierte Genossen und lokalen Besonderheiten zu Spezialisten für ein Thema oder Themenfeld entwickeln, dieses Thema systematisch bearbeiten und seine Entwicklung in Organisationen, Parteien und Medien beobachten. Dieses Spezialistentum ist dringend notwendig für eine „Professionalisierung“ linker Politik, für Leserbriefe, Podiumsdiskussionen und für künftige Kandidaturen.

– Partnerschaften gründen: Wir haben eine sehr ungleichmäßige Verteilung in Mitgliedern in unterschiedlich großen Kreisen. Es ist wichtig, dass sich benachbarte Kreisverbände gegenseitig stärken bei Infoständen, Stammtischen

oder Veranstaltungen, so dass für unsere potenziellen Wähler auch ein schwacher KV attraktiv wird und eine zahlenmäßig kleine Mitgliederschaft ermutigt und fortgebildet wird. Auch innerhalb eines KV sollten vereinzelte Mitglieder in einem Ort durch solchen Unterstützungsmaßnahmen gestärkt werden. Dazu werden Themen und Aktionsformen zusammen festgelegt, die für diesen Ort und die Zielgruppe besonders interessant sind.

– Die Kommunen stärken: Jede Gesellschaft, auch eine neue, humane Gesellschaft ohne Ausbeutung und Naturzerstörung braucht eine Grundstruktur. Wir müssen eine kommunale Politik entfalten, die für eine soziale, demokratische und ökologisch nachhaltige Kommune eintritt, damit die Menschen für ihre sozialen Interessen eine Selbstorganisation entwickeln können. Für dieses Ziel sollten wir nicht erst eintreten, wenn wir in den kommunalen Gremien sind, sondern auf der Ebene jeder Gemeinde auch außerhalb der Gremien. Kommunale Politik ist die Grundlage eines Erfolgs der Linken und Ausgangspunkt einer linken Landespolitik!

5. Eine neu einzurichtende AG Landespolitik koordiniert die Aktivitäten auf kommunaler Ebene zwischen dem Kreisvorständen, den Spezialisten vor Ort und dem Landesvorstand. Die AG wird unterstützt von einem Spezialisten in Fragen der Landes- und Kommunalfinanzen, denn sämtliche grün-roten „Reformvorhaben“ werden von uns auf die Frage zugespitzt werden müssen, ob die Umverteilung von Unten nach Oben umgekehrt wird und die Reichen für die Kosten der Krise aufkommen oder nicht. Diese Frage der Steuerpolitik ist die gemeinsame Klammer der unter Punkt 4 aufgeführten konkreten Ziele für die nächste Zeit.

In den kommenden Monaten wird es entscheidend von der Linken abhängen, ob der Spielraum für soziale, ökologische und demokratische Veränderungen, den das Wahlergebnis ermöglicht, auch tatsächlich zugunsten der arbeitenden Bevölkerung genutzt und erweitert werden kann. Wir stehen vor der schwierigen Situation, dass der Machtapparat, den die CDU in 57 Jahren aufgebaut hat, zwar geschwächt ist, aber keineswegs geschlagen ist. Auf die neoliberal geführte SPD und auf machthungrige Grüne wird keinerlei Verlass sein, dass aus dem Regierungswechsel tatsächlich ein Politikwechsel wird. Diesen Wechsel im Sinne der oben genannten Schwerpunkte voranzutreiben, ist unsere Aufgabe und Verantwortung. Unser Potenzial ist wesentlich größer als es das aktuelle Wahlergebnis zeigt, wir müssen es nur richtig nutzen!

*Emanuel Peter, Gemeinderat Rottenburg, Kreisvorstand KV Tübingen*

## Die Protestwahl der Wutbürger

Drei Protestwahlen habe ich in Baden-Württemberg bisher erlebt. 1968 strafte die Anti-68er-Wutbürger die CDU und wählten mit 9,8 Prozent die NPD. Die Demokratische Linke, die ich damals mit Klassenkameraden aus dem Rottweiler Albertus-Magnus-Gymnasium und dem Bischöflichen Konvikt unterstützte, landete bei 2,3%. 1992 zündeten die Wutbürger gerne Asylantenheime an, strafte die CDU mit 39,6% und schickte die Republikaner mit 10,9% in den Landtag. Gott sei Dank waren die Themen Natur und Boden 2011 von den Grünen besetzt, so dass der Tsunami zwar die CDU wieder auf 39 aber die Grünen auf 24 Prozent spülte. Die Linke schaffte sich ab, indem sie mit den Themen S 21 und Atomausstieg Wahlkampf für die Grünen machte. Die Grünen um Kretschmann hatten die Wutbürger beruhigt: „Grün ist kein linkes Konzept“ (FAZ 4.4.2010). So viele fröhliche Gesichter bei meinen grünen Kollegen im Kreistag und Stadtrat wie vor der Wahl und nach dem Tsunami in Japan sah ich noch nie. Bei jeder Hormormeldung über Fukushima knallten anscheinend die Sektkorken. An die 28000 Opfer der Mutter Natur (Erdbeben, Tsunami) dachte niemand. Trotz alledem. Als Linker schreibe ich die Grünen nicht ganz ab. Mein früherer Kreistagskollege, der Weinkenner Daniel Lede Abal, setzte sich durch, zum Ärger der rechten Grünen um unseren

Bionade-Oberbürgermeister. Mit Lede Abal und dem Grünen Landesvorsitzenden Chris Kühn sind wir uns einig, dass Palmers Kohle-Dreckschleuder in Brunsbüttel zum grünen Glaubwürdigkeits-Desaster werden kann. Man kann auch nicht wegen Dioxin-Spuren in Bio-Eiern durchdrehen und dann seelenruhig Polystyrol-Dioxin-Brandbomben an Schulwände kleben. Von den 1000 kg Quecksilber aus Palmers Brunsbüttel-Schornstein und der Gefährdung von Kleinkindern durch Quecksilber-Energiesparlampen ganz zu schweigen. Der Quecksilberflügel der Grünen hatte bisher auf Schwarz-Grün gesetzt. Taktik gelungen, Umarmungspartner tot und hinterher noch einen Tritt für Lisa Federle (CDU), die dafür anfangs gebraucht wurde. Das Tagblatt berichtete am 10. April von „Boris Palmers Traum von vielen Kindern und dem Bekenntnis: „Ich will sie nur von einer Mutter. Da bin ich konservativ.“ Dieses Zitat fiel in einer Diskussion mit Lisa Federle, die unter anderem deshalb ihr Mandat um 22 Stimmen verfehlte, weil sie aus dem Baisinger Hinterland aus der untersten Schublade angegriffen wurde, sie habe Kinder von verschiedenen Männern. Boris Palmer hat die schwarzgrüne Option, die nicht mehr gebraucht wird, brutalstmöglich verabschiedet.

*Anton Brenner, Kreisrat der Linken am 19. April, Kreisecke im „Schwäbischen Tagblatt“ .*

# Politikwechsel ja – aber sozialpolitische Themen wenig mobilisierungsfähig

von Roland Schuster, Kandidat für die LINKE, Mannheim-Nord

Ein Hauptziel der politischen Opposition konnte bei den baden-württembergischen Landtagswahlen erreicht werden: Mappus ist abgewählt worden – dies ist vor allem erdrutschartigen Zugewinnen der Grünen zu verdanken, die ihr Stimmenpotential mehr als verdoppeln konnten.

Der Erfolg der Grünen gründet sich auf den Widerstand gegen Stuttgart 21 und dann in den letzten Wochen der durch die atomare Katastrophe in Japan gestärkte Kampf für das Abschalten der AKWs.

Man kann gespannt sein, wie es damit weitergeht. Wird es eine Volksabstimmung zu S 21 geben? Gibt es in der Regierung erste Zerwürfnisse, wenn der eine Teil für, der andere Teil gegen S 21 ist. Die Forderungen der Anti-AKW-Bewegung gehen inzwischen sehr viel weiter als das ursprüngliche Atomausstiegsszenario von SPD und Grünen. Wie geht die Regierung damit um? Was macht die Atomlobby?

Die Tendenzen in Baden-Württemberg haben sich auch in Mannheim durchgesetzt. Hohe Stimmenzuwächse der Grünen – hervorzuheben ist hierbei der Gewinn des Direktmandats durch Wolfgang Raufelder im Wahlkreis Mannheim-Süd. In Mannheim-Nord hat Stefan Fulst-Blei für die SPD dann doch noch mit sieben Prozentpunkten Vorsprung das Direktmandat geschafft.

Die Zuspitzung der letzten Tage mit „Mappus abwählen!“ hat auch ihm genutzt, und so konnte der geschasste ehemalige SPD-Kandidat und nun unabhängige Einzelkandidat Roland Weiß doch keinen Überraschungserfolg erringen.

Erfreulich ist es, dass in beiden Wahlkreisen die CDU-Kandidaten nur zweite Sieger blieben. Insbesondere Nicolai Löbel, der mit vielen öffentlich wirksamen und medialen Mitteln auch vor vereinfachten oder populistisch bedenklichen Aktionen nicht zurückschreckte, wählte sich am Beginn einer großen persönlichen Karriere. Dafür hat er den Kontakt mit den bundespolitischen Größen der CDU/CSU gesucht und Fernsehen (ZDF) und Presse (Bild) ganz wie sein Vorbild Guttenberg eingesetzt. Dass es nun jetzt trotzdem nicht gereicht hat, ist für den noch jungen Mann vielleicht auch eine gute erzieherische Maßnahme und ein positiver Beitrag für seine Persönlichkeitsentwicklung.

Das Ergebnis für die LINKEN ist auf den ersten Blick desaströs. Das Wahlziel „5% plus X“ wurde mit landesweiten 2,8% weit verfehlt.

Die Partei konnte nicht vom Widerstand gegen Stuttgart 21 oder AKWs profitieren. Ganz im Gegenteil – hiervon haben nur die Grünen profitiert – insbesondere durch die Folgen der atomaren Katastrophe in Japan.

Mappus ist bekanntermaßen einer der Hardliner der Laufzeitverlängerung gewesen, und der Deal mit der EnBW, der das Land noch Milliarden kosten wird, hat ihm letztlich jegliche Glaubwürdigkeit gekostet.

Gerade in den letzten Tagen vor den Wahlen erhöhte sich nochmals der Druck auf Mappus, die Wechselstimmung nahm rapide zu, der Regierungswechsel lag zum Greifen nahe. Nun schien es erstmals realistisch, dass SPD/Grüne alleine die Regierungsmehrheit erreichen können. Die von der LINKEN vertretene Losung „Mappus abwählen nur mit LINKS“ geriet immer mehr ins Abseits, und die insbesondere von führenden SPD-Vertretern verfochtene Losung „Wer LINKE wählt, wählt Mappus“ konnte erfolgreich verfangen.

DIE LINKE blieb mit ihrem prozentualen Wahlergebnis sogar noch hinter dem Ergebnis von 2006 zurück als sie damals als WASG 3,1% erreichte. Kein Trost ist, dass das absolute Stimmenergebnis leicht gesteigert werden konnte, da die Wahlbeteiligung um über 12 Prozentpunkte gestiegen ist. Sicherlich haben auch die Piraten insbesondere in den größeren Universitätsstädten den LINKEN den einen oder anderen Prozentpunkt hinter dem Komma gekostet.

Soweit ist das schlechte Wahlergebnis der LINKEN aber nur oberflächlich erklärt. Denn auch DIE LINKE hat sich sowohl bezüglich Stuttgart 21 als auch gegenüber der Atomenergie eindeutig positioniert.

Aber DIE LINKE ist anders als die Grünen und erst recht als die Piratenpartei eine Partei des sozialen Kurswechsels, eine Partei die sich in Auseinandersetzung mit der Agenda 2010 gebildet hat, für soziale Gerechtigkeit und für einen demokratischen Sozialismus eintritt. Es ist ihr Alleinstellungsmerkmal und trotzdem ist sie nur unzureichend gewählt worden.

Dahinter steckt ein Problem, das tiefer liegt und mit dem sich nicht nur die Linkspartei auseinander zu setzen hat. Der Glaube an soziale Verbesserungen hat in den letzten Jahr(zehnt)en schwer gelitten – gerade bei den unmittelbar Betroffenen. Trotz höherer Wahlbeteiligung bleibt sie in den sozialen Brennpunkten niedrig.

Die soziale Frage betrifft hierbei nicht nur die Unterschichten. Themenstellungen wie „gute Arbeit“ und „sozialistische Gesellschaft“ gehen weit darüber hinaus und sind Zukunftsfragen. Das haben wir in der Vergangenheit zu wenig deutlich machen können.

Massenmobilisierungen werden heutzutage eher nicht von der Klasse der Unterschichten, den ArbeiterInnen, den Gewerkschaften getragen, sondern eher von Mittelschichten und dem Bildungsbürgertum und drehen sich weniger um soziale, sondern um direkt ökologische oder indirekt ökologische Themen (Genfood etc.).

Auf diese Fragen eine Antwort zu finden, wird nicht leicht sein. Letztlich sind ökologische Fragen auch soziale Fragen.

Übrigens auch in der Frage Krieg/Frieden hat die LINKE ein Alleinstellungsmerkmal. Das zeigt die kriegerische Intervention in Libyen. DIE LINKE war die einzige Partei, die gegen die Aufstockung der Bundeswehr in Afghanistan gestimmt hat.

Wie kann die soziale Frage in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Auseinandersetzung gebracht werden?

Die Programmdiskussion hat hier eine wichtige Bedeutung und sie muss zu einem erfolgreichen (vorläufigen) Abschluss führen. Damit deutlich wird: DIE LINKE ist die Partei der sozialen und gesellschaftlichen Alternative.

Wahrscheinlich geht es auch nur mit beharrlicher Arbeit und Überzeugungskraft. Wir, DIE LINKE, müssen viel mehr Mitglieder werden und müssen breiter aufgestellt sein – mehr Frauen und mehr junge Menschen. Der Wahlkampf hat mir persönlich gezeigt, dass DIE LINKE ein sehr hohes Potential bei Menschen – insbesondere bei den jungen – mit Migrationsintergrund hat. Dieses Potential ist aber nicht ansatzweise ausgeschöpft. Hier ergibt sich für unsere Partei eine wichtige Herausforderung und wäre zudem auch eine Antwort auf die von anderer Seite geführte Wertebatte und die betriebene gesellschaftliche Spaltung („abendländisch“ versus „orientalisch“). Nur mit mehr Mitgliedern und einer breiteren Aufstellung werden wir gegen den gesellschaftlichen Mainstream, der die LINKE ausgrenzt oder sogar bekämpft, bestehen.

Also: Unser Parteiprojekt DIE LINKE ist nicht am Ende, sondern steht am Anfang. Es wird den Rückschlag aus den Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wegstecken.

# Lasst uns streiten! Für Gerechtigkeit und Frieden

## Beschluss des Parteivorstandes vom 30. April 2011

Seit dem Zusammenschluss von PDS und WASG im Juni 2007 verbinden viele Menschen große Hoffnungen und Erwartungen mit der vereinigten, starken LINKEN. Viele Wählerinnen und Wähler wollten und wollen die mit der jungen Partei DIE LINKE verbundene neue soziale Idee in Landtagen und im Bundestag vertreten sehen. Lasst uns diese Hoffnungen nicht enttäuschen!

An den gesellschaftlichen Verhältnissen hat sich nichts geändert. Wir sind davon überzeugt: Unser Land braucht mehr denn je eine starke LINKE. DIE LINKE ist in den vergangenen Jahren weiter gewachsen, allein 2010 hat sie etwa 5000 neue Mitglieder hinzugewonnen. Wir verstehen uns als Partnerin für soziale Gerechtigkeit, gegen Armut, Diskriminierung und Ausgrenzung, für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, für den sozial-ökologischen Umbau, für Frieden und Demokratie

Deshalb unterstützt der Parteivorstand die Erklärung des Geschäftsführenden Parteivorstandes vom 20. April 2011 und ruft dazu auf, unsere Forderungen deutlich in den Vordergrund zu stellen und die politisch notwendigen Aktivitäten zu entwickeln. Dabei geht es uns vor allem um folgende Themen:

### Atomkonzerne zur Kasse bitten! Die Energiewende sozial gestalten!

DIE LINKE fordert eine soziale Energiewende. Das setzt voraus, mit der Macht der Energiekonzerne zu brechen. Ihre Profite müssen auch der Finanzierung einer Energiewende und von Sozialtarifen für Menschen mit geringem Einkommen dienen. Hierzu muss die staatliche Energiepreisaufsicht wieder eingeführt werden. Wir streiten für den sofortigen Einstieg in den Atomausstieg. Wir streben an, eine zukunftsgerichtete Ausrichtung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien und eine dezentrale Erzeugung und Verteilung sicherzustellen. Erforderlich ist die Rekommunalisierung der Energieversorgung, denn Strom gehört nicht an die Börse, sondern in die Hand der Bürgerinnen und Bürger. Die ökologische Frage ist für uns untrennbar mit der sozialen Frage verbunden. Umweltbewusstsein darf nicht denjenigen vorbehalten sein, die es sich leisten können.

### Eigentum rekommunalisieren! Privatisierung stoppen!

DIE LINKE ist die einzige Partei, die die Frage nach dem Zusammenhang von Demokratie und Eigentum stellt. Des-

halb fordern wir, dass wirtschaftliche Entscheidungen demokratischer Kontrolle unterworfen werden. Insbesondere sprechen wir uns gegen die weitere Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge – von Energie, von Bildung, von Gesundheit, von Wohnungen, von Wasser und Abwasser, von kommunalen Betrieben – aus. Wir wollen endlich das Eigentum in den Besitz der Bürgerinnen und Bürger zurückgeben. Das heißt besonders in der Region: radikaler Privatisierungsstopp!

### Guter und bezahlbarer Wohnraum für alle!

Wohnen zur Miete wird insbesondere in den Städten immer teurer und für viele in ihren angestammten Wohnvierteln unbezahlbar. Gründe dafür sind Privatisierungen, Spekulationen und ein eklatantes Regelungsdefizit. Wir streiten für gesetzliche Mietobergrenzen und das Eindämmen von Immobilienspekulationen durch die Einführung einer Steuer auf die Gewinne bei Weiterverkäufen. Zudem muss die Umlage auf Mieterinnen und Mieter bei Modernisierungen ihrer Wohnungen geringer und zeitlich befristet werden.

### Gute Arbeit für alle!

Gute Arbeit, das heißt für uns sichere und ausreichend bezahlte Arbeit zu menschenwürdigen Bedingungen. DIE LINKE kämpft dafür, dass alle Beschäftigten am wirtschaftlichen Aufschwung beteiligt werden. Die Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in mehreren osteuropäischen EU-Ländern zum 1. Mai 2011 ist ein guter Schritt hin zu einem vereinten Europa. Sie ist ein schlechter Schritt ohne einen Lohndumping-Schutzschirm, der einer noch massiveren Niedriglohnstrategie der Unternehmen und der Ausbeutung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tür und Tor öffnet. Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro noch in dieser Wahlperiode. Er muss flankiert werden durch ein Ende der Schikanie von Erwerbsloser durch die Sanktionen bei Hartz IV. Löhne sinken auch dann, wenn man jede Arbeit annehmen muss, egal, wie unwürdig und schlecht sie bezahlt ist. Wir fordern gute und sichere Jobs für alle! Die Bundesregierung brüstet sich mit den niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit Jahrzehnten, verschweigt aber, dass Deutschland inzwischen das Land mit dem größten Niedriglohnsektor ist. DIE LINKE bleibt bei ihrer Forderung, dass Hartz IV überwunden und stattdessen

eine bedarfsorientierte soziale Grundversicherung für alle Menschen, die über kein ausreichendes Einkommen oder Vermögen verfügen, eingeführt werden muss.

### Keine Unterstützung für Kriege!

DIE LINKE fordert einen sofortigen Stopp des Krieges in Libyen und lehnt den Einsatz von Bundeswehrsoldaten ab. Betreten Bodentruppen libyschen Boden, sind sie Teil des Krieges. Die Bundesregierung sollte darauf drängen, dass die NATO und die EU zur Deeskalation beitragen und nicht weiter durch Bombardierungen und Waffenlieferungen den Krieg anheizen. Darüber hinaus bekräftigt DIE LINKE ihre Forderung nach dem sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Wir beteiligen uns an den zahlreichen Protestaktivitäten der Friedensbewegung anlässlich des zehnten Jahrestages des Afghanistankrieges.

### Millionärssteuer jetzt!

Der Bankenkrise folgt die Eurokrise. Mit dem Rettungsfonds der EU werden Staaten zu unsozialen Sparmaßnahmen wie Lohn- und Rentenkürzungen sowie Privatisierungen gezwungen. Das bereitet den Boden für ein Erstarken von Rechtspopulismus in Europa wie zuletzt die Wahlerfolge von Rechtspopulisten in Finnland. DIE LINKE findet sich mit einer Verschärfung von Sozialabbau nicht ab. Anstatt bei Arbeitern, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentnern, Schülern und Studierenden zu sparen, fordern wir die Einführung einer Millionärssteuer zur Beseitigung von Armut.

Wir bleiben dabei: Unser Programm ist soziale Gerechtigkeit! Nach der Verabschiedung unserer programmatischen Eckpunkte im März 2007 haben wir unsere Programmdebatte auf den Weg gebracht. Es gibt erfreulich viele Wortmeldungen, die alle in die Diskussion einbezogen werden. Der Parteivorstand wird sich in seinen Beratungen im Mai und Juli zu einem Leit Antrag für den Programmparteitag in Erfurt verständigen. Die Gliederungen und Zusammenschlüsse werden aufgefordert, diesen Leit Antrag zu diskutieren und ihre Ideen und Vorschläge zur Änderung bis zum 7. Oktober 2011 einzureichen. Die Programmdebatte bietet uns die Möglichkeiten, konkrete Reformforderungen zu benennen und weiterzuentwickeln. Zugleich können wir damit unser Profil als sozialistische Partei schärfen, indem wir mit unserem Programm eine grundlegende Alternative zum Kapitalismus formulieren. Wir sind sehr froh über die

große Diskussionsfreudigkeit und überzeugt davon, dass wir im Oktober 2011 auf dem Parteitag in Erfurt und dann endgültig mit dem Mitgliederentscheid im Dezember 2011 ein überzeugendes Parteiprogramm verabschieden werden.

Wir werden uns in den nächsten Tagen und Wochen mit allen Landesvorsitzenden, Landessprecherinnen und -sprechern sowie mit den Kreisvorsitzenden treffen, um gemeinsam über unsere weitere strategische Ausrichtung, über Möglichkeiten, die Strukturen unserer Partei in den Ländern zu stärken, Mitglieder zu gewinnen und zur aktiven

Mitarbeit zu mobilisieren, zu beraten.

Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, die Wahlkämpfe, die im Jahr 2011 noch vor uns liegen, erfolgreich zu absolvieren. Alle Genossinnen und Genossen sind aufgerufen, den Wiedereinzug starker linker Fraktionen in die Bremische Bürgerschaft und in die Landtage Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zu unterstützen. Auch die Mitglieder des Parteivorstandes werden sich an Straßenwahlkämpfen und weiteren wahlkampfunterstützenden Aktivitäten beteiligen.

DIE LINKE ist in einer schwie-

rigen Phase, die wir nur gemeinsam überwinden können. Dazu braucht man Ausdauer, dazu braucht man Disziplin, dazu braucht man gute Nerven, dazu braucht man Zusammenarbeit, und dazu braucht man vor allem eine gemeinsame Idee. Und unsere Idee ist die einer gerechten Gesellschaft. Wir sind die Partei der Solidarität. Und wir sind die Partei der demokratischen Erneuerung, denn ohne Demokratie kann eine solidarische Gesellschaft nicht leben. Arbeiten wir zusammen für eine demokratische Erneuerung unseres Landes, arbeiten wir zusammen für eine neue soziale Idee.

## Zur strategischen Aufstellung der Linken

von Michael Schlecht, MdB, Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE

In der aktuellen Diskussion der Linken um die strategische Aufstellung hört man immer wieder, dass wir mit unseren sozialen Themen zu eng aufgestellt seien. „Mindestlohn, gegen die Rente ab 67, weg mit Hartz IV hat uns lange Zeit Erfolge beschert. Aber er reicht nicht mehr aus“, so Katja Kipping im „Tagespiegel“ vom 18. April.

### Mindestlohn, Renten mit 67 und Hartz IV zu schmal?

In der Tat: Beim gesetzlichen Mindestlohn hat sich auch die SPD dieses Thema zu Eigen gemacht mit einer Forderung von 8,50 Euro. 1,50 hat Alleinstellungsmerkmal hat nur begrenzte Zugkraft.

Aber gerade die Rente mit 67, die Gerechtigkeit in der Rente und vor allem Hartz IV sind für die Lebenswirklichkeit der Menschen aktueller denn je. Wir sind nach wie vor die einzigen, die an der Rente mit 65 festhalten. Die Grünen stehen bei diesem Thema so dicht an der Seite von Union und FDP, dass kein Blatt Papier dazwischen passt. Und Hartz IV ist nach wie vor das eigentliche sozialpolitische Megathema. Es geht ja hierbei nicht „nur“ um fünf Millionen unmittelbar betroffener Menschen. Es geht um 20 bis 30 Millionen Erwerbstätige! Sie alle wissen, dass sie bei Verlust des Arbeitsplatzes nach einem Jahr in ein tiefes Loch fallen. Nicht nur, dass „Armut per Gesetz“ droht. Nicht nur, dass sie ihr in einem langem Arbeitsleben erarbeitetes Häuschen oder die Eigentumswohnung verkaufen müssen. Nein, sie wissen, dass sie zu jedem miesen und schlecht bezahlten Job gezwungen werden können. Für 2,50 das Klo putzen, für 3,50 den Hof kehren, das ist die Ansage. Ohne Rücksicht auf die bisherige berufliche Biografie, ohne Rücksicht auf bisherige Tätigkeiten und Qualifikationen droht die Entwürdigung. Dies alles weil SPD/Grüne, die Steinmeiers, Künasts und Trittins den Zumutbarkeitsschutzes abgeschafft haben.

Hinzu kommt das ganze Elend der

Leiharbeit, besser „Sklavenarbeit“. Man bekommt 30 bis 50 Prozent weniger als der Kollege aus der „Stammbelegschaft“. Und man kann jederzeit rausfliegen.

Und dann die Mini-Jobs. Davon kann man nicht leben und nicht sterben. Fünf Millionen Menschen, davon 80 Prozent Frauen sind darauf angewiesen, ihren Lebensunterhalt nur mit Mini-Jobs abzusichern. Und sie werden in der Regel mit mickrigen Löhnen bezahlt. Als Trost gilt dann: „Ist ja netto gleich brutto.“

### Sozial-ökologischer Umbau

Wo man zurzeit auch hinhört, welchen Debattenbeitrag man auch liest: Der Linken fehle ein Konzept für den sozial-ökologischen Umbau. Da fragt man sich schon, wie Beschlusslagen eigentlich rezipiert worden sind. Oder mehr selbstkritisch: wie und ob wir ausreichend unsere beschlossenen Positionen in die eigene Mitgliedschaft hinein verbreiten.

DIE LINKE fordert seit Jahren ein Zukunftsprogramm, das der Sache nach auch das Adjektiv „sozial-ökologisch“ verdient. Nach dem letzten Stand soll mit 125 Milliarden Euro jährlichen Mehrausgaben unser Land umgebaut werden.

Dabei geht es natürlich auch um den ökologischen Umbau. Es geht um einen massiven Schub für alternative Energieerzeugung. Dafür sind erhebliche öffentliche Investitionen notwendig. Um möglichst effizient diesen Umbau voranzubringen müssen profitorientierte Entscheidungsprozesse zurückgenommen werden. Deshalb will DIE LINKE die Rekommunalisierung der Energieerzeugung, den Auf- und Ausbau von Stadwerken in öffentlicher Trägerschaft. Die „Eigentumsfrage“ ist so durchdekliniert eine Schlüsselfrage gerade beim Umbau der Energieversorgung.

DIE LINKE will durch das Zukunftsprogramm mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze schaffen. Eine Million davon tariflich bezahlt im öffentlichen Dienst. Unter anderem für mehr Er-

zieher und für mehr Lehrerinnen. Wir brauchen vor allem mehr Kitaplätze, bessere Schulen mit kleinen Klassen bzw. Lerngruppen sowie eine bessere personelle Ausstattung der Universitäten. Und im Bereich der Kultur, Gesundheit, gesellschaftliche Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge herrschen viele Missstände, die beseitigt werden müssen. Soweit eine kurze Skizze der inhaltlichen Ziele.

### Rückverteilung von Oben nach Unten

Eines ist vollkommen klar: Der sozial-ökologische Umbau wird viel Geld kosten. Wir sind die einzige politische Kraft in Deutschland, die dieses Geld durch eine Massive Umverteilung von oben nach unten beschaffen will. Herzstück ist die Wiedereinführung der Vermögensteuer in Gestalt der Millionärsteuer.

Grün-Rot in Baden-Württemberg hat keine Idee, woher sie die acht Milliarden Euro nehmen soll, die nach Auskunft des mittlerweile in öffentlicher Hand befindlichen Energieversorgers EnBW notwendig sind, um den Ausbau regenerativer Energie voranzubringen. Rot-Grün beugt sich dem Diktat der



Schuldenbremse, und in Ermangelung von fehlenden Ideen bei den Einnahmen werden keine neuen Lehrerstellen geschaffen. Vielmehr sollen am Ende der Legislaturperiode Lehrerstellen gestrichen werden!

Kurzum: Neben der Frage der öffentlichen Kontrolle ist das Geld entscheidend für den sozial-ökologischen Umbau. Dies herauszustellen ist das linke Alleinstellungsmerkmal! Wer den sozial-ökologischen Umbau den „Marktsteuerungen“ überlassen will vergackert das Publikum und wird Schiffbruch erleiden.

### Wie halten wir es mit den Hartz-IV-Parteien?

„Rot-Grün-Rot ist ausgeträumt. Die deutsche Sozialdemokratie will das aus inhaltlichen Gründen nicht, und die Grünen werden – sollte es für Rot-Grün nicht reichen – immer einer einfachen Zweierkoalition mit der CDU einem komplizierten Dreiecksverhältnis mit der Linkspartei den Vorzug geben“, so der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel am 18. April in der „Welt“.

Und wer „träumt“ jetzt in der Linken noch von Rot-Grün-Rot? Vielerorts setzt Ernüchterung ein. Das war so im Saarland, als die Regierungsbildung unter Einschluss der Linken an einer korrupten grünen Partei scheiterte. In Thüringen war es dann die SPD, die das Bündnis mit der Linken verweigerte. Auch in Sachsen-Anhalt wird von den linken Spitzenkandidaten im Nachgang betont, dass die SPD von vornherein einen „Politikwechsel mit der Linken als Bündnispartner (nicht) in Erwägung gezogen“ habe, so die Magdeburger Volkstimme.

Bei der Ansage von Gabriel sich den Luxus von irgendwelchen Bündnisträumereien zu leisten, ist fahrlässig, klare Positionierungen sind gefragt. Nur so gewinnt DIE LINKE Profil. Nur durch klare Positionierungen bleiben wir für die Interessenvertretung von vielen klar erkennbar.

Im Grundsatz muss gelten: Alle vier Parteien sind Konkurrenten. Wir sollten uns immer von politischen Sachfragen in unserer Haltung leiten lassen. In Einzelfällen kann dann sogar eine größere Nähe zu Union und FDP bestehen als zu SPD und Grünen. Die UNO-Resolution zu Libyen ist solch ein Fall.

SPD und Grüne versuchen die negative Erinnerung an die Jahre 1998 bis 2005 bzw. bis 2009 verblasen zu lassen und setzen auf die Vergesslichkeit der Wählerinnen und Wähler. Da die Grünen bereits seit sechs Jahren in der Opposition sind, gelingt ihnen dies am Besten. Und wenn das Anti-AKW-Thema durch die schrecklichen Ereignisse in Japan wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird, dann haben sie es leicht von dieser Entwicklung zu profitieren.

Seit ihrer Gründung stehen die Grünen für die Ablehnung der Kernenergie.

Dies wird auch nicht durch das Versagen in der SPD/Grünen-Regierung beinträchtigt. 1998 wollte man „so schnell wie möglich aus der Atomenergie aussteigen.“ Sieben Jahre waren zu kurz für „schnell“. Hätten SPD und Grüne mit dem damaligen Umweltminister Trittin ihre Wahlversprechen eingelöst, so bräuchte heute niemand Angst vor deutschen AKW zu haben.

Die SPD versucht den Abstand zu ihrer Regierungszeit vor allem durch Positionverschiebungen in sozialpolitischen Fragen zu gewinnen. Sie tritt ein für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Die SPD will den Beginn des Stufenplanes zur Einführung der Rente mit 67 um vier Jahre verschieben, beharrt jedoch wie zu Zeiten Münteferings auf der vermeintlichen Notwendigkeit der „67“ bis 2029. In der Leiharbeit rückt sie auch von ehemaligen Positionen ab und will vor allem die gleiche Bezahlung – Equal Pay –, jedoch mit einer Einarbeitungszeit durch Modifikation des Tarifvorbehaltes erreichen. Von einer Reregulierung der Minijobs ist bislang bei der SPD nichts bekannt. Vor allem gibt es praktisch keine Modifikation der SPD-Position beim Arbeitslosengeld II. Es wurde zwar eine weitere Erhöhung um drei Euro bei der Grundsicherung ab 2012 im Vermittlungsausschuss erreicht. Dies wird aber nicht als Erfolg, sondern eher als Verhöhnung der Betroffenen empfunden. Bei den Hartz IV Sanktionen gibt es bei der SPD keinerlei Umdenken.

Durch faktische Positionsveränderungen und der Vergesslichkeit des politischen Publikums gelingt es SPD und Grünen, ihre gemeinsame Regierungszeit immer mehr in den Hintergrund treten zu lassen. Im Grundsatz war das

nicht anders zu erwarten. Damit hat auch das Alleinstellungsmerkmal der Linken gelitten.

### Folgende Punkte können als Gegenstrategie für DIE LINKE Ausgangspunkte sein:

Unsere sozialpolitischen Themen müssen wir weiter zuspitzen. Vor allem in den Punkten, in denen wir noch das weitgehendste Alleinstellungsmerkmal haben, müssen wir die Position schärfen und immer wieder die Auseinandersetzung suchen. Hierunter fallen zum Beispiel die Rente und das Renteneintrittsalter mit 67, das Arbeitslosengeld II bezüglich der materiellen Ausgestaltung und des Sanktionssystems. Ebenfalls ist gerade auch unter frauenpolitischen Gesichtspunkten die Überwindung des Systems geringfügiger Beschäftigung – Minijobs – von zentraler Bedeutung; bei der SPD gibt es hierzu bislang keine Bewegung.

DIE LINKE sollte selbstbewusst mit unserem Konzept des sozio-ökologischen Umbaus auftreten und vor allem unsere Alleinstellungsmerkmale herauszustellen. Zum Beispiel: Rekommunalisierung und öffentliche Kontrolle der Energieversorgung, sowie der Millionärsteuer inklusive unseres steuerpolitischen Konzeptes.

Bei jeder sich bietenden Gelegenheit muss dem Vergessen über die SPD/Grüne-Regierungszeit entgegen gewirkt werden. Dies darf nicht das allein beherrschende Thema sein, dass DIE LINKE kommuniziert, es muss wohllosiert sein und es muss gegen die „richtigen“ Personen gerichtet sein.

*Die Langfassung mit acht Seiten A4 kann heruntergeladen werden unter: [www.michael-schlecht-mdb.de](http://www.michael-schlecht-mdb.de)*

## Der Koalitionsvertrag steht – der Politikwechsel bleibt aus Grün-Rot hält nicht, was vor der Wahl versprochen wurde!

Von Sybille Stamm

Schwarz-Gelb wurde abgewählt. Grün-Rot tritt an mit dem Slogan „Der Wechsel beginnt“ – so der Titel des auf beiden Parteitag am 7.Mai einstimmig beschlossenen Koalitionsvertrages.

Ohne Zweifel gibt es positive Ansätze – so sollen z.B. die Studiengebühren wieder abgeschafft und die Verschlechterungen im Landespersonalvertretungsgesetz zurückgenommen werden.

Dennoch steht der Koalitionsvertrag nicht für einen wirklichen Politikwechsel, weder in der Bildungspolitik, noch in der Ökologiefrage oder in der Sozialpolitik.

Werfen wir einen Blick auf die **Bildungspolitik** – ein Schwerpunkt- und Lieblingsthema der Grünen und der SPD:

Entgegen anderer Wahlversprechungen: das dreigliedrige Schulsystem, das Kinder aus sozial schwachen Familien extrem benachteiligt, bleibt bestehen. Obwohl Grün-Rot im Koalitionsvertrag anerkennt, dass es „sozial ungerecht“ ist, sollen Gymnasien, Realschulen und sogar die Hauptschulen bleiben.

Die Forderung nach einer Gemeinschaftsschule bis zur 10.Klasse, von beiden Koalitions- Parteien vertreten, bleibt



„freiwillig“. Das heißt, Schulen, die dafür „tragfähige und pädagogisch anspruchsvolle Konzepte“ vorlegen, können die Erlaubnis bekommen, Gemeinschaftsschulen einzurichten. Die bisher vorliegenden Anträge wurden von der alten Regierung abgelehnt – die sollen jetzt bewilligt werden.

Selbst wenn nun auserwählte Gemeinschaftsschulen auf freiwilliger Basis der Schulträger eingerichtet werden, werden viele ängstliche Eltern ihre Kinder weiter auf die Gymnasien schicken – und nichts ändert sich wirklich. Wenn die leistungsstärksten SchülerInnen weiter auf die Gymnasien gehen, bleibt die Gemeinschaftsschule ein unverbindliches Experiment und schafft nicht mehr Chancengleichheit! Wir brauchen mehr Energie und Verbindlichkeit für das gemeinsame Lernen. Allein auf örtliche Initiativen einzelner Schulen zu setzen, wird wenig ändern.

Das achtjährige Gymnasium bleibt so bestehen, wie es von Schwarz-Gelb eingeführt wurde. Zwar sollen die Schulen die „Wahlfreiheit zwischen zwei Geschwindigkeiten“ zum Abitur haben, es bleibt jedoch bei der Konkurrenzsituation zwischen dem acht- und neunjährigen Abschluss.

Ganztagsschulen sollen als Regelform im Schulgesetz verankert und gefördert werden. Das begrüßen wir, werden aber einen wachsamen Blick auf die Umsetzung haben.

Trotz der positiven Perspektive, dass wir endlich als eines der letzten Bundesländer ein Bildungsurlaubsgesetz für ArbeitnehmerInnen kriegen sollen – fünf bezahlte Arbeitstage pro Jahr sind zugesagt – sind die Koalitionsvereinbarungen zur **beruflichen Bildung** eine Provokation. Obwohl alle wissen, dass der tausendfache Fachkräftemangel in Baden-Württemberg hausgemacht ist, weil die Betriebe zu wenig ausgebildet haben und zu wenig ausbilden, beschränkt sich die neue Landesregierung wiederum nur auf ohnmächtiges Appellieren. „Wir fordern die Wirtschaft auf, ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen...“ Das hat seit Jahrzehnten nicht funktioniert und wird auch in Zukunft nicht funktionieren. Betriebe müssen gezwungen werden, auszubilden oder sie müssen zahlen. Deshalb fordern die Gewerkschaften seit langem ein Ausbildungsplatzumlagegesetz.

Wer nicht ausbildet, muss zahlen! Die LINKE hat entsprechend des gut funktionierenden Umlagegesetzes in der Ausbildung im Krankenhausbereich in Baden-Württemberg gefordert, dieses Umlageverfahren auf den gesamten öffentlichen Dienst auszuweiten und eine bundesweite Initiative für ein Ausbildungsplatzumlagegesetz zu starten. Das wäre



der richtige Weg. Hier muss dringend nachgebessert werden!

### Es gibt keinen vereinbarten Atom-ausstieg

Grün-Rot sagt, dass sie die bereits abgeschalteten Atomkraftwerke Neckarwestheim I und Philippsburg I „dauerhaft stilllegen wollen“. Im Koalitionsvertrag steht aber nichts über die beiden anderen Atomkraftwerke Neckarwestheim II und Philippsburg II, die weiterlaufen.

Das Land besitzt 47 % Anteile an der EnBW, weitere 47 % gehören den oberschwäbischen Landkreisen) – die Landesregierung könnte also das dritte und vierte Atomkraftwerk abschalten, ohne dass der Konzern Anspruch auf Schadensersatz hätte. Das ist umso bedauerlicher, als Neckarwestheim II nach bisheriger Planung der Bundesregierung als letztes Atomkraftwerk erst 2036 abgeschaltet werden soll. Im Koalitionsvertrag werden alte neoliberale Wettbewerbsdogmen beschworen. Da heißt es „Wir wollen die Rahmenbedingungen für einen intensiven Wettbewerb zwischen EnBW, Stadtwerken und allen anderen Marktteilnehmern ... sicherstellen.“ Nein – die LINKE will, dass alle Atomkraftwerke schnellstmöglich abgeschaltet werden, Geld in erneuerbare Energien investiert wird und das Konzept dezentraler Energieversorgung vorangetrieben wird. Da stehen die Stadtwerke im Mittelpunkt und nicht die EnBW, die von den vier großen Stromkonzernen mit 51 % Atomstrom den bundesweit größten Anteil einspeist.

Die Zielsetzungen für den Ersatz der Atomenergie durch erneuerbare Energien bleiben nebulös – und unverbindlich. Da muss dringend nachgebessert werden!

### Die „soziale Frage“ stellen...

Um das Positive privilegiert zu benennen: es soll ein Tarifreuegesetz gezimmert werden, das Betriebe bei öffentlichen Aufträgen an bestehende Tarifverträge bindet, zumindest jedoch einen Mindestlohn von 8,50 Euro zur Voraussetzung macht, soweit keine Tarifbindung besteht, und – nicht unwichtig – die Landesregierung startet eine bundesweite Initiative zur Rücknahme der „Befristung ohne sachlichen Grund“ im Teilzeit- und Befristungsgesetz...

Das wars dann auch schon. Alles andere liegt im Bereich des „es sollte, es

könnte, es müsste, es wird angestrebt...“ Nehmen wir die Leiharbeit: die soll im öffentlichen Dienst „zurückgedrängt“ werden, „Equal Pay“ wird angestrebt – von einer Beschränkung der Leiharbeit auf Ausnahmen, wie es die alte Gesetzgebung vorsah, ist nicht mehr die Rede.

Wer wirkliche Chancengleichheit will, muss bei den Kleinsten anfangen. Das haben nicht nur wir gefordert, das stand auch auf dem Ticket von Grünen, SPD und CDU. Das will die neue Regierung jetzt nicht mehr wissen. Dafür sei kein Geld vorhanden. Jetzt ist der **Verzicht auf gebührenfreie Kitas angesagt**. Die Notwendigkeit wird im Koalitionsvertrag zwar noch betont, aber aus Geldsorgen abgelehnt. Stattdessen soll in Verhandlungen mit öffentlichen und privaten Trägern eine „soziale Staffelung“ der Kita-Gebühren angestrebt werden. Einmal ganz abgesehen davon, dass das zu neuen Diskriminierungen führt, ist es sozial- und familienpolitisch ein Skandal. Wer wirkliche Chancengleichheit will, wer für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie eintritt, der muss Kindergärten und Kindertagesstätten kostenlos zur Verfügung stellen! Die LINKE wird diese Forderung massiv weiterverfolgen!

### Ohne Frauen ist kein Staat zu machen ... oder doch?

Mehr als 50 % der baden-württembergischen Bevölkerung sind Frauen und Mädchen. Die großen Hoffnungen auf einen Politikwechsel in der Gleichstellungsfrage werden im Koalitionsvertrag bitter enttäuscht. Auf 85 Seiten ist diese Frage Grün-Rot gerade mal 17 Zeilen wert! Das dürfen sich die Frauen nicht bieten lassen! Keine Initiative für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft, kein verbindlicher Ausbau der Anzahl und Rechte von Frauenbeauftragten, keine Spur einer Absichtserklärung, zumindest in der Landesverwaltung die Hälfte der Führungspositionen mit Frauen zu besetzen.

Krokodilstränen, weil der Frauenanteil im Landtag auf eine neue Tiefstmarke von 18 % gesunken ist – in der FDP-Fraktion ist überhaupt keine Frau mehr vertreten – und dann die freundliche Absichtserklärung, man werde prüfen, ob das Landeswahlrecht daran schuld sei... Wir sind das einzige Bundesland, in dem es bei der Landtagswahl nur eine Stimme gibt für Kandidaten – und da wird in der Regel in den 70 Wahlkreisen ein

Mann gewählt – und für die Partei. Wir sind das einzige Bundesland, in dem es keine Landesliste gibt. Natürlich fallen die Frauen dann unter den Tisch; ebenso übrigens wie die kleinen Parteien von diesem Wahlrecht benachteiligt werden.

Deshalb muss es ein dringendes Anliegen in der nächsten Legislaturperiode sein, das Landeswahlrecht zu demokratisieren!

### **Der Skandal im Koalitionsvertrag: Stuttgart 21...**

... wird gebaut, auch wenn der von Geisler vorgeschlagene Stresstest im Juni ergibt, dass die Leistungsfähigkeit des unterirdischen Bahnhofs geringer als der renovierte Kopfbahnhof ist und die Kosten die Grenze von 4,5 Mrd. Euro übersteigt. Das Land steigt dann nicht etwa aus dem unsinnigen Projekt aus, sondern beteiligt sich nicht an den höheren Kosten. Frau Merkel hatte ja bereits vor der Wahl lauthals verkündet, der Bund würde das dann schon übernehmen. Unterstellt, das passiert, soll dennoch nach Artikel 60 der Landesverfassung eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Das kommt demokratisch und harmlos daher – wer könnte etwas gegen Bürgerbeteiligung durch Volksabstimmung haben. Fakt ist jedoch, dass niemals in der Geschichte Baden-Württembergs das in der Verfassung vorgeschriebene Quorum von einem Drittel der Wahlberechtigten erreicht wurde. Fakt ist, dass die Hürden in unserer Verfassung die höchsten in ganz Deutschland sind, und Fakt ist, dass beide Regierungsparteien in ihren Wahlprogrammen einen erleichterten Volksentscheid, z.B. nach bayerischem Vorbild gefordert haben. Jetzt besteht die SPD auf einer Abstimmung nach altem Verfassungsrecht, S 21 anstrebend und wohl wissend, dass diese Abstimmung über den Ausstieg aus S

21 schon wegen des Quorums gar nicht gewonnen werden kann. Das riecht nach Wahlbetrug...

Für uns kann das nur heißen: den Widerstand aufrechterhalten, wenn möglich verstärken, mit demokratischem, zivilen Ungehorsam und – soweit es geht, friedlich den Bau von S 21 verhindern!

### **Öffentlich ist wesentlich – halbherzige Stärkung der Kommunen und des öffentlichen Eigentums**

Gemessen an unseren Forderungen – keinen Personalabbau im öffentlichen Dienst, keine weitere Privatisierung öffentlichen Eigentums, stattdessen offensive Rekommunalisierung der für die Daseinsvorsorge wichtigen Bereiche wie Wasser, Energie, Gesundheit, Verkehr etc. – sind die Absichtserklärungen im Koalitionsvertrag enttäuschend.

Bereits zwei Wochen nach der Wahl verkündete der neu gewählte grüne Ministerpräsident, dass in absehbarer Zeit 1500 LehrerInnenstellen eingespart werden könnten. Auch wegen des Protestes der DGB-Gewerkschaften wurde diese Aussage relativiert. Wer Ganztagschulen fördern und kleinere Klassen will, der darf Planstellen im Schulbereich nicht streichen, sondern muss sie ausbauen!

Zwar wird im Koalitionsvertrag ein „starker und leistungsfähiger“ öffentlicher Dienst gefordert, gleichzeitig jedoch eine „Aufgabenkritik“ und ein „Personalentwicklungsplan 2020“ angekündigt. Davon erwartet die neue Regierung „einen namhaften Beitrag zur mittelfristigen Haushaltskonsolidierung“. Jeder Personal- oder Betriebsrat kennt diese scheinbar sachlichen Absichtserklärungen – in der Regel bedeuten sie die Ankündigung von Personalabbau. Genau das jedoch muss verhindert werden!

Die Rettung der LBBW und der

Rückkauf von EnBW-Anteilen hat die Steuerzahlen im vergangenen Jahr elf Milliarden Euro gekostet. Ohne Neuverschuldung ging das nicht über die Bühne. Die Privatisierung der LBBW, die gerade auf Kosten der BürgerInnen saniert wird, wird abgelehnt – über den Plan der alten Landesregierung, die EnBW wieder zu verscherbeln und an die Börse zu bringen, erfährt man im Koalitionsvertrag kein Wort. Das macht misstrauisch...

Überhaupt fehlen konkrete Angaben, wie die Versprechungen im Koalitionsvertrag finanziert werden sollen. Da wird vorsichtig über eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die „stärkere Beteiligung sehr hoher Privatvermögen“ geredet – eine konkrete Forderung, die seit 1996 gestrichene Vermögenssteuer, die allein den Ländern zugute kommt, wieder einzuführen, sucht man vergebens im Koalitionsvertrag. Wir wissen „wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben“. Aber weiß das die neue Landesregierung auch?

### **Die Linke wird die Politik der neuen Regierung kritisch begleiten**

Im besten Sinne der Warnung Berthold Brechts an die einfachen Leute „Legt den Finger auf jede Rechnung – ihr müsst sie bezahlen...“ werden wir wachsam sein. Die LINKE wird die positiven Politikansätze kritisch-solidarisch unterstützen. Wir werden dort, wo es nicht reicht in der praktischen Politik der neuen Landesregierung, im Bündnis mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen wie der gegen S 21 Forderungen auf die politische Tagesordnung setzen, die es für ein sozial-ökologisches, demokratisches und sozial-gerechtes Baden-Württemberg durchzusetzen gilt. *Sybille Stamm ist Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand*

## **Was verspricht der grün-rote Koalitionsvertrag den Kommunen?**

**Von Thomas Trüper**

Der grün-rote Koalitionsvertrag liest sich wie ein Füllhorn. Er enthält viele Punkte, für die sich auch die Linke im Wahlkampf eingesetzt hat. Ob aus den Punkten eine Linie wird, die erkennbar und wirksam die Landespolitik auf Unterstützung einer solidarischen Gesellschaft, auf Armutsbekämpfung, auf ökologische Umgestaltung umstellt, wird sich weisen müssen. Die Mehrheit ist knapp – nicht nur im Parlament. Die Landesverwaltung hat sich über ein halbes Jahrhundert auf das Tanzen nach der schwarzen Pfeife eingestellt. Und die wirtschaftliche Macht im Lande wird sich nicht auf der Nase herumtanzen

lassen. Wenn der CDU-Fraktionsführer Südmersen im Mannheimer Gemeinderat beispielsweise der neuen Kultusministerin Warminski-Leitheußer, bislang Dezernentin in Mannheim, schlicht und giftig „Schiffbruch“ wünscht, so zeigt dies ein hohes Maß an Verbitterung. Die Beine sind schon gestellt. Immerhin sind die Koalitionäre realistisch genug, für die Legislaturperiode erst mal den Beginn des Wechsels zu versprechen.

### **Bildungspolitik**

Ein zentrales Anliegen der Koalition ist die Bildungspolitik. Hier kündigt sie Vereinbarungen mit den kommunalen

Spitzenverbänden über die Umsetzung wichtiger Elemente in der gesamten Bildungskette: Umsetzung des schon seit einigen Jahren aufgelegten Orientierungsplans mit einem integrierten Sprachförderprogramm für die Kindergärten, mehr Schulsozialarbeit, Mittagessen in den Ganztagschulen. Wird die Koalition hierzu mehr Mittel bereitstellen? Da sie sich auf strikte Beachtung des Konnexitätsprinzips festgelegt hat, muss sie wohl auch die Vereinbarungen mit Finanzmitteln hinterlegen. „Wir werden prüfen, ob die Vereinbarungen des Krippengipfels von 2007 in Quantität und Qualität noch Bestand haben.“

Wir streben Verhandlungen über eine Neujustierung der Finanzierungsvereinbarungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen an, um eine Drittelbeteiligung des Bundes an den tatsächlich anfallenden Kosten zu erreichen.“

Die einzige nennenswerte von den Ländern regulierbare Steuerquelle will die Koalition speziell für die Deckung der geplanten Mehrkosten im Bildungsbereich kräftiger sprudeln lassen: Sie will die Grunderwerbssteuer von 3,5% auf 5% anheben. Das würde die Einnahmen von ca. 700 Mio. Euro auf eine Milliarde erhöhen. Von dieser Einnahmeart tritt das Land bisher etwa die Hälfte des Aufkommens direkt an die Kommunen ab.

Im Schulbereich will die Koalition – ohne das Schulsystem grundlegend zu ändern – den Schulträgern, also in der Regel den Kommunen, in Zusammenarbeit mit den Schulkonferenzen die Entscheidung über den jeweils gewünschten Schultyp freistellen. Die Koalition favorisiert dabei die Gemeinschaftsschule: „Unsere bildungspolitischen Ziele lassen sich in der Gemeinschaftsschule für alle Kinder bis Klasse 10 am besten erreichen. Sie erschließt ein großes Potenzial: Sie schafft mehr Chancengleichheit, gewährleistet mit einer guten Ressourcenausstattung die bestmögliche individuelle Förderung und sichert insbesondere in ländlichen Räumen wohnortnahe Schulstandorte mit einem breiten Angebot an Schulabschlüssen. Wir werden die Gemeinschaftsschulen im Schulgesetz verankern und den Kommunen dadurch ermöglichen, Gemeinschaftsschulen verlässlich einzurichten, wenn sie dies wollen.“ Damit wird beispielsweise in Mannheim die seit langem dringend geforderte zweite Integrierte Gesamtschule im Süden möglich.

Bei der Ausstattung mit Lehrkräften verspricht die Koalition so allerhand, was eine ursprünglich gewollte demografisch bedingte Einsparung nicht möglich machen dürfte: Weniger Stundenausfall, größere Krankheitsvertretungsquoten, Personal für Arbeitsgemeinschaften, Befriedigung inklusionsbedingter Mehrbedarfe, Rückgängigmachung der Streichung zweier Poolstunden an G-8-Gymnasien. Den Realschulen, die mit zunehmenden Schwierigkeiten wegen der Heterogenität ihrer Schülerschaft zu kämpfen haben, sollen mit Hausaufgabenbetreuung, Ergänzungsstunden und Arbeitsgemeinschaften unterstützt werden.

Das Werkrealschulkonzept wird nicht weiter verfolgt, stattdessen sollen alle Hauptschulen in ein 10. Schuljahr ohne Notenbarrieren anbieten. Von der Zweizügigkeit als Schulstandortvoraussetzung solle jedoch offenbar nicht abgerückt werden. Den berufsbildenden Schulen soll ebenfalls mehr Unter-



stützung und Verlässlichkeit ermöglicht werden.

### Sozialer Arbeitsmarkt – Perspektiven für Langzeitarbeitslose

Ohne den ganzen Hartz-Komplex zu kritisieren, stellt sich die Koalition gegen die jüngsten Kürzungsmaßnahmen der Bundesregierung im Bereich „Eingliederungstitel“. Hier will sie ggf. eine (der zahlreichen geplanten) Bundesratsinitiativen starten. Die Koalition möchte den Rückzug der abtretenden Landesregierung aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik revidieren und insbesondere Langzeitarbeitslosen „sozialversicherungspflichtige Beschäftigung“ ermöglichen. „Wir bekennen uns zu öffentlich geförderter Beschäftigung“. Maßnahmen der Optionskommunen bzw. der JobCenter sollen durch Landesmittel flankiert werden, z.B. durch Berufsbildungsmaßnahmen für junge Mütter. Die Einwirkungsmöglichkeiten der Kommunen auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik sollen gestärkt werden: „Bei den Jobcentern aus Kommunen und Arbeitsagentur nach neuem Recht, den Gemeinsamen Einrichtungen, setzen wir uns dafür ein, dass die Kommunen ihren bundesgesetzlich zugestandenen Handlungsspielraum tatsächlich zugunsten einer regional und individuell abgestimmten Arbeitsmarktpolitik nutzen können.“

Für die Kommunen führt jede Vermittlung eines Langzeitarbeitslosen in eine versicherungspflichtige Beschäftigung zur Entlastung bei den Kosten zur Unterbringung. Allerdings macht der Koalitionsvertrag nicht deutlich, an welche Art von Beschäftigung gedacht ist: Die „Bürgerarbeit“ könnte damit ebenso gut gemeint sein wie die früheren ABM-Modelle. Auf jeden Fall ruft der Koalitionsvertrag nicht nach Wiederherstellung der stark reduzierten „Zusatzbeschäftigungen“ à la Ein-Euro-Job. Auffällig ist, dass keine Quantifizierung der ange-dachten zusätzlichen Mittel erfolgt.

### Kommunale Wirtschaft

„Wir setzen uns dafür ein“, heißt es im Koalitionsvertrag, „dass die Gestaltungsspielräume der Kommunen bei Leistungen der Daseinsvorsorge durch europäische Wettbewerbsregelungen nicht ausgehöhlt werden. Es sind die Kommunen, in denen diese Leistungen bürgernah und verantwortlich erbracht sowie demokratisch kontrolliert werden können. Deswegen machen wir uns für den Fortbestand kommunaler Unternehmen stark, etwa bei Strom, Wasser und Nahverkehr. Dazu gehören auch der Erhalt des dreigliedrigen Bankensystems mit öffentlich-rechtlichen Sparkassen und der öffentlich-rechtliche Rundfunk.“ Damit dürfte der Privatisierungsdruck auf die Gemeinde nachlassen.

Im Wohnungsbau will die öffentliche Förderung wieder hochfahren, nachdem sich auch hier die Vorgängerregierungen weitgehend zurückgezogen hatten. Der preisgünstige Mietwohnungsbau soll im Vordergrund stehen. Der von der EU-Kommission verlangte Verkauf der LBBW-Wohnungsbestände soll an Investoren veräußert werden, die durch lange Kooperation mit den Kommunen ausgewiesen sind. Auch für Mannheim kein unwichtiges Thema. Im Wohnungsbau will die Landesregierung auf innerstädtische Baulückenkataster dringen und die Neuausweisung von Bauland stark einschränken.

Verkehrspolitisch sollen die Städte dabei unterstützt werden, Maut-Ausweichverkehre einzudämmen. Ferner will die Koalition die Verlagerung von Warenverkehr auf die Schiene und auf die zu modernisierenden Wasserstraßen forcieren. Für die Mannheimer Häfen sicherlich eine wichtige Perspektive.

Im Kulturbereich verspricht die Koalition eine gleichwertige Förderung der Kommunal- und Staatstheater – eine alte Mannheimer Forderung für das Nationaltheater. Die freien Bühnen sollen durch landesweite Förderrichtlinien Subvention erfahren.

**Finanzierung (?)**

Und am Ende muss alles bezahlt werden. Oben wurde bereits dargelegt, dass die Koalition von dem Hebesatzrecht für die Grunderwerbssteuer Gebrauch machen möchte. Alles andere plant sie – da bleibt auch nichts anderes übrig – durch Bundesratsinitiativen in die Gänge zu bekommen, als da wären:

- Kinder- und Jugendhilfeausgaben sowie die Eingliederungshilfen für Behinderte in den föderalen Finanzausgleich einbeziehen
- Stabilisierung und Ausbau der Gewerbesteuer durch Verbreiterung auf Selbständige
- Weiterentwicklung der Grundsteuer (Umstellung auf Verkehrs- statt Einheitswerte)
- Initiativen zur stärkeren Beteiligung von großen Privatvermögen zur Finanzierung von Landesaufgaben sowie zur Anhebung des Spitzensteuersatzes, allerdings erst deutlich oberhalb der heutigen Tarifstufe. (Klingt nach Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einer Reichensteuer).

Zunächst jedoch muss die neue Landesregierung den Kassensturz veranstalten: „Nach 57 Jahren CDU-Regierung steht das Land vor einem gewaltigen Schuldenberg. Allein in der abgelaufenen Legislaturperiode wurden rund 11 Mrd. Euro zusätzliche Kredite zur Haushaltsdeckung und für die Beteiligungen an der EnBW und der LBBW aufgenommen. Die mittelfristige Finanzplanung der bisherigen Landesregierung weist für die Jahre 2011 bis 2014 eine jährliche Finanzierungslücke von 3 Mrd. Euro aus.“ Demgegenüber will die neue Landesregierung die grundgesetzliche Schuldenbremse umsetzen. „Mit einem „Finanzplan 2020“ werden wir eine für alle Ressorts verbindliche Orientierungsplanung einführen, um die strukturelle Nullverschuldung nachhaltig zu erreichen. Eventuelle Steuermehreinnahmen gegenüber der bisherigen Finanzplanung werden wir vorrangig zur Schließung der Deckungslücken in der bisherigen Finanzplanung verwenden. Mit einem korrespondierenden „Personalentwicklungsplan 2020“ wollen wir die personalwirtschaftlichen Voraussetzungen für einen guten und aufgabengerechten öffentlichen Landesdienst nachhaltig sichern.“ Diese rigiden Sparziele stehen im Koalitionsvertrag absolut – der Erfolg der Bundesratsinitiativen in den Sternen.

Resümee: Die grün-rote Koalition verspricht den Kommunen Vieles. Vor allem einen kräftigen Konsolidierungskurs und einen Wechsel auf einen Wechsel in Berlin.

*Thomas Trüper ist Stadtrat der LINKEN in Mannheim*

# Grün-Rot: bei öffentlichen Schulen streichen, bei privaten erhöhen?

Von Alfred Küstler

Den vielleicht größten gesellschaftlichen Umbau strebt die künftige Landesregierung im Schulwesen an, angesichts der Mehrheitsverhältnisse nicht ohne Risiko (immerhin hat die CDU, auch wenn sie nicht mehr in der Regierung ist, in sechzig von siebzig Wahlkreisen eine Mehrheit).

Im Koalitionsvertrag sind enthalten: Abschaffung der Schulartempfehlung nach der Grundschule, die Eltern sollen entscheiden, ob das Kind auf die Haupt-, Realschule oder das Gymnasium geht. Schulversuche mit Unterricht in allen Schularten bis zum 10. Schuljahr werden erlaubt, das sind die sogenannten Gemeinschaftsschulen. Neben dem achtjährigen Gymnasium (2004 eingeführt) soll auch wieder als Schulversuch das neunjährige Gymnasium erlaubt werden. Diese angebliche Stärkung des Elternwillens, die „Schule von unten“, birgt starke Risiken für die öffentlichen Schulen und kann in der Praxis zu einer sozialen Selektion nach Wohnort und Elternschaft führen.

Trotz Schulempfehlung aufs Gym-

nasium gehen, das werden vor allem Akademikerkinder. Untersuchungen in Bundesländern, die keine Schulempfehlung haben, legen nahe, dass Nicht-akademikerkinder eher vom Besuch von Gymnasium oder Realschule abgehalten werden. Die Empfehlung des Lehrers wirkt hier unverbindlicher.

Für die Vermutung, die öffentlichen Schulen werden durch die neue Landesregierung eher geschwächt zugunsten weltanschaulich geprägter Schulen, spricht leider einiges. Auf einen Proteststurm der Lehrgewerkschaften stieß die Ankündigung, dass Lehrerstellen wegen der rückläufigen Schülerzahlen abgebaut und die freiwerdenden Haushaltsmittel in den Schuldenabbau fließen werden. Diese Formulierung findet sich daraufhin zwar so nicht mehr im Koalitionsvertrag, aber in der Sache hat sich nichts geändert, wenn es heißt: „Zur Finanzierung der hierfür notwendigen Mehrausgaben (für Ganztagsbetreuung u.ä.) werden wir Haushaltsmittel verwenden, die aufgrund sinkender Schülerzahlen frei werden.“ Im Klartext:

## Waldorf-/Rudolf-Steiner-Schulen in Baden-Württemberg

Die Privatschulen sind keineswegs „Initiativen des freien Elternwillens“, sondern ausschließlich eng verbunden mit weltanschaulichen Institutionen, den christlichen Kirchen oder der Anthroposophie. Wie die Schulen der christlichen Kirchen und die Schulen der sogenannten Reformpädagogik gehören die anthroposophischen Schulen dem Verband der Privatschulen Baden-Württembergs an. Sie selber sind organisiert in der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschule in Baden-Württemberg e.V.

Das sind 56 Schulen mit rund 23 800 Schülern. Im Gegensatz zu den kirchlichen Schulen und den Schulen der Reformpädagogik sind die Waldorf- und Rudolf-Steiner-Schulen keine staatlich anerkannten Schulen. Staatliche anerkannte Schulen müssen nach den staatlichen Lehrplänen unterrichten und bieten die gleichen Abschlussprüfungen an wie staatliche Schulen. Die Waldorf-/Rudolf-Steiner-Schulen haben eigene Lehrpläne, die in der Öffentlichkeit meist mit positiv besetzten Vokabeln vorgestellt werden: „Waldorfpädagogik fördert neben der Erkenntnisfähigkeit Wahrnehmung, Kreativität, Initiative und Verantwortungsbewusstsein. In den Mittelpunkt ihrer Erziehung stellt sie die Würde des Individuums. Damit zielt sie auf die Inklusion und Integration aller

ihr anvertrauten Kinder ab. Sie verantwortet [ein merkwürdiger Begriff, heute normalerweise nur noch im Steuerrecht gebräuchlich, alk] durch das breite Unterrichtsangebot wesentliche Schlüsselqualifikationen wie Erkenntnisfreude und Kompetenz, Aufgeschlossenheit, Toleranz, Teamfähigkeit, Eigenständigkeit, Kommunikationsfähigkeit und Handlungsbereitschaft.“ Dazu komme, dass es keine Zeugnisse und kein Sitzenbleiben gibt.

Hintergrund der Lehrpläne ist aber die esoterische Religion von Rudolf Steiner: Etwas verschlüsselt liest sich das so: „Ein entscheidendes Prinzip des Lehrplans an Waldorf- und Rudolf-Steiner-Schulen liegt in der Abstimmung der Unterrichtsinhalte und Unterrichtsformen auf die Prozesse kindlichen Lernens und die Stufen menschlicher Entfaltung in Kindheit und Jugend. Der Unterricht ist von Schulbeginn an auf das Ziel innerer menschlicher Freiheit hinorientiert.“ Oder etwas deutlicher bei der Abwehr staatlicher Aufsicht über Lerninhalte und Methoden:

„Als Freie Schulen haben die Waldorfschulen die hierarchisch organisierte Außenlenkung der staatlichen Schulen durch eine freiheitliche Verfassung ersetzt. Die Selbstverwaltung erfolgt durch Eltern und Lehrer gemeinsam

Doch weniger Lehrer, denn nur hierdurch können bei sinkenden Schülerzahlen Mittel frei werden.

Der Verband der Privatschulen Baden-Württemberg (VDP) ist angetan: „Der VDP begrüßt das von der designierten Landesregierung vorgestellte Schulkonzept. Jan Schlimgen, VDP-Geschäftsführer: Auf keinen Fall dürfe den Schülern, Eltern und Lehrern jedoch ein Schulsystem aufgezwungen werden. Vielmehr geht es um den Erhalt und Ausbau einer vielfältigen Bildungslandschaft in einer pluralen Gesellschaft.“

Auch mit einem weiteren Punkt im Koalitionsvertrag dürften die Privatschulen, insbesondere die Waldorf-/Rudolf-Steiner-Schulen, zufrieden sein. Die letzteren waren vehement mit ihrer Forderung nach Erhöhung der Zuschüsse aufgetreten und gingen gerichtlich vor. Im Koalitionsvertrag wurden sie jetzt bedacht:

„Die Schulen in freier Trägerschaft sind eine wichtige Ergänzung des öffentlichen Schulwesens. In den nächsten Haushaltsjahren werden wir deshalb die gerechte Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft im Dialog mit den Verbänden umzusetzen.“ Also mehr Geld für die privaten Schulen!

Der landesweite Trend zu Privatschulen dürfte damit zunehmen. 2008

und stellt ein sehr zukunftsorientiertes soziales Erfahrungsfeld dar. Die pädagogische Leitung wird von der wöchentlichen Lehrerkonferenz wahrgenommen, an der alle Lehrer gleichberechtigt mitwirken. Das Bemühen um das Verständnis des Menschen, seiner Lebensgesetze und um Fortentwicklung der Pädagogik auf der Basis der anthroposophischen Geisteswissenschaft bildet die gemeinsame Grundlage.“ Als Beispiel sei der „Lehrplan“ für Klasse 1 aufgeführt: „Gestaltendes Lernen: Vom Formenzeichen zu den Buchstaben; vom Rhythmus zu den Zahlen; Märchen als Nahrung für die Seele usw.“

Nun behaupten die Waldorf-/Rudolf-Steiner-Schulen, sie würde ja gar nicht die Inhalte der Anthroposophie den Kindern und Jugendlichen vermitteln, das sei entsprechend dem anthroposophischen Entwicklungsstufenmodell gar nichts für Kinder, sondern nur für Erwachsene. Das trifft schon zu, aber die Vermittlungskette läuft über die Lehrkräfte: sie sollen durch ihr Beispiel die Kinder formen und prägen, und die Lehrer müssen die anthroposophische Lehre anerkennen.

Hier kann nicht ausführlich auf die „anthroposophische Geisteswissenschaft“ eingegangen werden, wie sie Rudolf Steiner Anfang der 1900er Jahre entwickelt hat.

Es ist eine Mischung aus Versatzstü-

cken von Goethes Naturlehre, buddhistischer Karmalehre und verschiedener Sekten, die damals versuchten Religion und moderne Naturwissenschaft in Übereinstimmung zu bringen, indem der Natur eine „Seele“ zugesprochen wurde, hinter der eine Geist(er)welt steckt, die der Eingeweihte erkennt.

Die Figur des Eingeweihten macht den undemokratischen Charakter der anthroposophischen Religion aus. In den Anfangsjahren war diese Lehre dem offenem Rassismus zugeneigt: die indogermanische Rasse sei eine höherwertige Wurzelrasse, Schwarze und Juden minderwertig usw. Das wird inzwischen als „zeitbedingte“ abgetan, geblieben ist aber das elitäre Bewusstsein.

Zu realen Lebens- und Geschäftswelten ausgebaut wurde die Steinersche Ideologie beim biodynamischen Landbau (bekannt ist der Demeter-Landbau), bei dem mit Mond- und anderen Geisterkräften der herkömmlichen Landwirtschaft der Kampf angesagt wird. Diese Art der Agrarwirtschaft hat mit dem Weleda-Konzern und ähnlichen Firmen eine Verlängerung zu Medizin und Körperpflege gefunden.

In der Partei Die Grünen schließlich findet die Steiner-Religion eine politische Repräsentanz. Das heißt nicht, dass alle Grüne Steiner-Anhänger sind, aber vor allem in Baden-Württemberg stellen sie einen bedeutenden Parteiflügel.

## LINKE fordert: Beobachtung beenden!

DIE LINKE in Baden-Württemberg geht davon aus, dass der Verfassungsschutz des Landes künftig wichtigere Aufgaben übernehmen wird als die Beobachtung der eigenen Partei. „Der am 14. April von Innenminister Heribert Rech vorgelegte Bericht“, so Landessprecher Bernd Riexinger, „wird der letzte dieser Art sein“.

Riexinger erwartet, dass die neue Landesregierung dem Beispiel anderer Bundesländer folgen wird, die die Partei DIE LINKE nicht mehr in ihren Verfassungsschutzberichten erwähnen. Das gelte für das CDU geführte Saarland genauso wie für das SPD geführte Land Rheinland-Pfalz.

Positiv wertet der Landessprecher das Verhalten von Grünen- und SPD-Politikern im Wahlkampf, die eine Ausgrenzung der LINKEN bei Podiumsdiskussionen mehrmals ausdrücklich kritisiert haben. So hat der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer ein Podium mit dem Kandidaten der Linkspartei ermöglicht, obwohl das Kultusministerium die Teilnahme der LINKEN generell verboten ließ. Nach einer gerichtlichen Auseinandersetzung musste das Ministerium die Anweisung zurücknehmen.

DIE LINKE fordert die Umwandlung des Landesamtes für Verfassungsschutz in ein von der Landesregierung unabhängiges wissenschaftliches Institut, das die Einhaltung der Verfassung und die Respektierung von Bürgerrechten laufend überprüft und darüber berichtet. Die Programme und Aktivitäten aller politischen Parteien und Bewegungen sollen dabei gleichermaßen analysiert und ausgewertet werden.

## Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

*Offener Brief an die designierten Herren Ministerpräsident von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann und stellv. Ministerpräsident von Baden-Württemberg Nils Schmid, an die Abgeordneten von GRÜNE und SPD, an die Fraktionen von CDU und FDP,*

Sehr geehrter Herr Kretschmann, sehr geehrter Herr Schmid, sehr geehrte Damen und Herren, anlässlich des europaweiten Protesttags 5. Mai zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und anlässlich des bevorstehenden Politikwechsels und der baldigen neuen Regierungsbildung in Baden Württemberg wenden wir uns mit diesem offenen Brief an Sie. Zunächst wollen wir Ihnen zu Ihrer wirklich gelungenen und innovativen Koalitions-

vereinbarung gratulieren. Wir begrüßen darin sehr die spürbare Einsicht, dass die Interessenvertretung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen Querschnittspolitik ist und somit ALLEN Bürgern gut tut.

Besonders erfreut uns hier Ihr Wille, das Landesgleichstellungsgesetz grundlegend zu überarbeiten und mit einklagbaren Rechten auszustatten sowie die Einführung eines wirklichen Wahlrechts für Eltern, ob ihre Kinder eine Sonderschule oder eine Regelschule besuchen werden. Natürlich begrüßen wir auch sehr Ihre Aussage, dass „die von der UN-Behindertenrechtskonvention geforderte Inklusion, also die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen, ...“ ein vorrangiges Ziel der neuen Landesregierung“ ist.

Selbstverständlich haben wir dennoch noch einige Forderungen an Sie, wobei wir dabei denken und hoffen, dass wir hier ebenfalls nur offene Türen einrennen werden.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik der Partei DIE LINKE in Baden Württemberg fordert von der kommenden Regierung:

– Die Einrichtung einer Landesbehindertenbeauftragten-Stelle mit einer Person, die selbst eine Behinderung hat und der genügend Ressourcen und Freiräume zur Erledigung der im Koalitionsvertrag schon erwähnten Aufgaben zur Verfügung gestellt werden.

– Die Beibehaltung des Landesbehindertenbeirats. Dieser ist zwar von der alten Regierung selbstherrlich, völlig undemokratisch und mit nur einer einzigen Funktion, nämlich einer Alibifunktion eingerichtet und ausgestattet worden, kann und wird aber aufgrund einer vielfältigen Vertretung von unterschiedlichen Behinderungen, Lebenssituationen bis hin zu politischen Einstellungen als zuarbeitendes Gremium der Basis für die/den Behindertenbeauftragten von großem Wert sein.

– Die einmalige oder mehrmalige Bestellung von VertreterInnen aus Behindertenverbänden und -einrichtungen, Interessenvertretungen, Koordinations-treffen, Werkstatt- und Heimbeiräte, Landesarbeitsgemeinschaften, städtische und Kreisbehindertenbeauftragte und Einzelpersonen, die sich im Behindertenbereich engagieren und sich berufen fühlen. Dieser Kreis soll ein Verfahren entwickeln, wie sich der Landesbehindertenbeirat zusammen setzt, wie die/der Behindertenbeauftragte ermittelt wird und welche Aufgabenbereiche und Arbeitsstrukturen sowohl Beirat, als auch Beauftragte/r bekommen sollen.

*Im Auftrag der Landesarbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik,*

*Antje Claußen-Fischer, Gotthilf Lorch*



## DIE LINKE hat den Schuss nicht gehört oder wie schreibe ich einen Koalitionsvertrag

Was ist bloß los mit den Böblinger Linken? Da laufen sie am 1. Mai mit einem Transparent rum „Alle Lehrerstellen beibehalten! Wahlzusagen einhalten.“ Ja haben die denn den Schuss nicht gehört? Die Landesregierung – so stand das in der Zeitung – will doch 1.500 neue Lehrer einstellen!

„Nein“, sagen wir: Wenn Sozialabbau geplant wird – und die neue Landesregierung plant einen Sozial- und Stellenabbau (sowohl die SPD als auch die Grünen haben in ihren Wahlprogrammen das so drinstehen) – wenn also das geplant ist, dann bedarf es einer klugen Strategie, das so zu verkaufen, dass der Widerstand so gering wie nur möglich ausfällt.

Wie macht man das?

Das politische Drehbuch sieht so aus: Als allererstes gebe ich den Stellenabbau bekannt. Dann gibt es einen Aufschrei der Betroffenen. Dann dementiere ich, wobei ich aber darauf achte, nicht zu widerrufen. Und dann setze ich noch eins drauf, indem ich bekanntmache, anfangs nicht nur nicht zu kürzen, sondern noch draufzusatteln. Und zuletzt muss ich noch irgendwo in meinen Koalitionsvertrag reinschreiben, dass ich bei nächstbesten Gelegenheit den Sozial- und Stellenabbau durchziehen kann.

Und niemand wird mir vorwerfen können, er kenne meine Absicht nicht.

Nach diesem Drehbuch ging's:

„Wir werden Lehrerstellen abbauen“, sagten sie. Gewerkschaften, Lehrer, CDU und FDP sagten dann: „Wahlbetrug.“ Die Antwort war: „Ja, ja, so schlimm wird's nicht“, um dann hinterherzuschieben: „... und außerdem stellen wir erst mal 1.500 Lehrer ein.“

Das ist der Stand heute.

Fehlt noch die Klausel im Koalitionsvertrag. Aber da braucht man nicht lange suchen, denn er beinhaltet quasi ein Finanzminister-Schmid-Ermächtigungsgesetz, und das liest sich dann so:

„Das Finanzministerium soll verstärkt vorausschauende Wirtschaftlichkeitskontrollen im gesamten Bereich der Landesregierung durchführen. In den nächsten fünf Jahren sollen alle Landesprogramme in den Fachministerien daraufhin überprüft werden, ob mit den jeweiligen Kosten eine entsprechend angemessene Gegenleistung für die Bürger oder die Wirtschaft einhergeht. Programme, deren Aufwands- und Ertragsverhältnis dabei schlecht bewertet werden, sollen entweder umgestellt oder eingestellt werden.“

So geht das.

*Stefan Dreher*

## Berlin-Fahrten mit Bundestagsabgeordneten

Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Ulrich Maurer findet vom 17. bis 20. Oktober 2011 wieder eine Berlin-Fahrt statt. Das ist eine dreitägige politische Bildungsfahrt, die in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisiert wird. Die Fahrt bietet Gelegenheit, die Arbeit des MdB und der Fraktion DIE LINKE. kennen zu lernen. Dazu gibt es ein interessantes politisches Rahmenprogramm mit Besuchen von Mahn- und Gedenkstätten, Stadtrundfahrt und vieles mehr. Fahrt, Unterbringung in Doppelzimmern und Verpflegung werden vom Deutschen Bundestag getragen.

Anfragen oder Anmeldungen bitte über das Wahlkreisbüro des Abgeordneten. Wahlkreisbüro Ulrich Maurer MdB, Marienstr. 3 A, 70178 Stuttgart, Ansprechpartnerin: Rosemarie Bleicher, Tel.: 0711-2293227, Fax: 0711-2293228, Email: ulrich.maurer@wk.bundestag.de

Auch die Wahlkreisbüros von Heike Hänsel, Karin Binder, Michael Schlecht, Annette Groth und Richard Pitterle nehmen Anfragen bezüglich Bildungsfahrten nach Berlin entgegen.

## Kritik an Polizeistrategie am 1. Mai in Heilbronn

**Protestierende gegen Nazi-Aufmarsch wurden eingeschüchtert und drangsaliert**

MdB Pitterle (DIE LINKE) kritisiert Ordnungsbürgermeister der Stadt Heilbronn Harry Mergel (SPD). Die von Ordnungsbürgermeister Mergel erlassene „Allgemeinverfügung über ein Betretungs- und Versammlungsverbot im Bereich des Hauptbahnhofs und Teilen der Bahnhofsvorstadt am 1. Mai 2011“ hat zugunsten des NPD-Aufmarsches Teile der Stadt zu einer demokratiefreien Zone gemacht, kritisiert der baden-württembergische Finanzpolitiker und Rechtsanwalt Richard Pitterle. Er war am 1. Mai als parlamentarischer Beobachter vor Ort, um sich selbst über die Situation zu informieren.

Auch wenn die Stadt Heilbronn aufgrund eines Beschlusses des Verwaltungsgerichts gezwungen war, einen Aufmarsch der demokratiefeindlichen NPD zuzulassen, hatte sie nicht die Verpflichtung jeden Protest gegen diese im Keim zu ersticken und den NPD-Hetzern den Anblick von Gegendemonstranten zu ersparen. Darauf lief jedoch die gesamte Strategie der Polizei am 1.

Mai in Heilbronn hinaus. Die Konsequenz war die Verhaftung von hunderten jungen Menschen in den früheren Morgenstunden, die friedlich am frühen Morgen demonstrieren wollten. Richard Pitterle findet die Allgemeinverfügung für unverhältnismäßig und rechtswidrig.

Nazigeegnerinnen und Nazi-gegner, sowohl sehr junge als auch viele ältere Menschen, wurden von der Polizei in ihrem Grundrecht auf freie Bewegung eingeschränkt und vor dem Bahnhof ab 9 Uhr bis 18 Uhr eingekesselt. Erst auf Drängen der vor Ort anwesenden Bundestagsabgeordneten Karin Binder (Karlsruhe) und Richard Pitterle (Sindelfingen) wurde den eingekesselten Menschen erlaubt in kleinen Gruppen unter Polizeiaufsicht die Toilette aufzusuchen. Der Ordnungsbürgermeister Mergel hielt es nicht für nötig vor Ort zu erscheinen, um sich ein Bild über die Auswirkungen seiner Allgemeinverfügung zu machen.

Richard Pitterle ist überzeugt davon, dass das Vorgehen des Heilbronner



**Richard Pitterle beobachtet die Polizeiaktion in Heilbronn**

Ordnungsbürgermeisters kein Beitrag zu dem von früheren Bundeskanzlern geforderten „Aufstand der Anständigen“ gegen die Rechtsextremisten gewesen ist. Die durchgezogene Polizeistrategie sollte einschüchtern. „Wir brauchen jedoch eine Ermutigung für den Protest gegen die Gegner der Demokratie.“

### **Abgeordnetenbüro Karin Binder, Karlsruhe:**

## **Pfefferspray-Einsatz durch Polizei nimmt massiv zu**

In Heilbronn wurden am 1. Mai mehrere hundert Personen, die gegen einen Naziaufmarsch protestieren wollten, über viele Stunden ohne Zugang zu Trinkwasser und Toiletten eingekesselt und so an ihrem Demonstrationsrecht gehindert. In Berlin wurde durch die Bundespolizei am späten Abend massiv Pfefferspray verwendet. Polizisten haben laut taz „wahllos Umstehende mit Fäusten traktiert und immer wieder Pfefferspray eingesetzt.“ Selbst Beamte in Zivil wurden Opfer ihrer uniformierten Kollegen. Zwei Zivilfahnder, die von Pfefferspray getroffen und durch Faustschläge im Gesicht verletzt wurden, erstatteten nun Anzeige. Sanitäter sprachen von über 200 durch Pfeffer-

spray verletzten Personen, die sie zu versorgen hatten.

Der Reizstoff-Einsatz nimmt unerträgliche Ausmaße an. Dieses „Hilfsmittel der Gewalt“ soll eigentlich nur Verwendung finden, wenn andere Maßnahmen nicht greifen. In der Praxis wird Pfefferspray jedoch als bequemes Mittel anstelle von Deeskalation genutzt. Demonstranten werden wie lästige Insekten einfach weggesprayt. Die teils schädlichen Wirkungen von Pfefferspray findet dabei keine Beachtung, obwohl gesundheitsbedrohliche Folgen solcher Attacken bekannt und mehrere Todesfälle belegt sind. DIE LINKE im Bundestag fordert deshalb ein weitgehendes Verbot von Pfefferspray.

Nach einem Gutachten, das vom Büro der Bundestagsabgeordneten Karin Binder aus Karlsruhe erstellt wurde, sind Menschen mit Atemwegserkrankungen und Personen, die Medikamente einnehmen, besonders gefährdet. Pfefferspray ist daher zum Einsatz durch Polizeikräfte als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt und zur Ausübung unmittelbaren Zwanges nicht geeignet. Der Reizstoff kann nicht so eingesetzt werden, dass der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt. Gegenüber Demonstranten ist es den Be-

amten nicht möglich, im Einsatzgeschehen gesundheitliche Vorbelastungen oder den Einfluss von Medikamenten einzuschätzen.

Besonders schwer wiegt, dass keine vorsorgenden Maßnahmen zum Schutz von Personen vorgesehen sind, die Pfefferspryangriffen von Polizeikräften ausgesetzt sind. Es muss jederzeit sichergestellt sein, dass zur Erstbehandlung und ärztlichen Betreuung ausreichend Rettungskräfte vor Ort sind und diese die Verletzten auch erreichen können. Bei Demonstrationen mit hoher Teilnehmersdichte ist es kaum möglich, bei Pfefferspray-Opfern erste Hilfe zu leisten oder die Betroffenen zu Rettungsplätzen zu geleiten. Damit kann Pfefferspray aufgrund der unkalkulierbaren Wirkung auch nicht als das geeignete Mittel ausgewählt werden, welches den Einzelnen und die Allgemeinheit am wenigsten beeinträchtigt.

Fazit des Gutachtens: Der Einsatz von Pfefferspray zum Einsatz bei Polizeikräften als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt und zur Ausübung unmittelbaren Zwanges ist in Deutschland zu verbieten. Die gesundheitlichen Risiken von Pfefferspray müssen grundlegend erforscht und generell Teil forensischer Untersuchungen sein.



## Anfrage im Karlsruher Gemeinderat: Atomarer GAU – und was dann?

In der Nähe von Karlsruhe liegen die AKWs Philippsburg I und II sowie das Institut für Transurane. Letzteres hat eine Genehmigung für die Lagerung von 180 kg Plutonium und 1000 kg Uran. Käme es dort zu einem GAU läge Karlsruhe innerhalb der 40 km-Evakuierungszone, die die Internationale Atombehörde anlässlich des GAUs in Fukushima gefordert hat. Tatsächlich ist derzeit um Philippsburg nur eine Zwei-Kilometer-Zentralzone und eine Mittelzone bis zu etwa 10 km festgelegt. Das AKW Philippsburg I – derzeit stillgelegt – ist noch nicht mal gegen Flugzeugabstürze gesichert. Fachkreise gehen davon aus, dass im Karlsruher Klinikum gerade mal sieben Betten zur Behandlung von hochverstrahlten Menschen zur Verfügung stehen. Die IPPNV (Internationale Ärzteorganisation gegen Atomkrieg und Atomenergie) hat empfohlen, die Katastrophenpläne für GAUs in deutschen AKWs öffentlich zu machen. Anfang Mai wurde in einer Sendung des Deutschlandfunks (Eine Reise durch Deutschland nach dem GAU) deutlich, dass die vorliegenden Katastrophenpläne Makulatur sind. Es gibt kein Management eines GAUs in der dichtbesiedelten BRD. Es gibt nur die Katastrophe. Eine Frage bringt die Sache besonders auf den Punkt: Welche Maßnahmen sind vorgesehen, wenn zehntausende Bürger/innen aus Karlsruhe und der Region nach einem GAU in Philippsburg oder im Institut für Transurane in Panik ihr Heil in der Flucht suchen per ÖPNV, PKW, der DB usw.? Ein Katastrophenmanager erklärte im Deutschlandfunk dazu: Evakuierungen sind hierzulande schlicht nicht durchführbar.

Das ist mit Fakten vor Ort zu unterlegen um die Dringlichkeit des Atomausstiegs belegen zu können. Deshalb hat die LINKE im Karlsruher Gemeinderat eine dezidierte Anfrage an die Stadtverwaltung gestellt. Wie sind die Planungen bei einem GAU in Philippsburg oder

## LINKE will soziale Energiewende

Der Vorsitzende der LINKEN, Klaus Ernst, formuliert für seine Partei im Vorfeld der parteiübergreifenden Gespräche über den Atomausstieg eine strikte Regulierung der Strompreise und eine „Rekommunalisierungskomponente“ als unverzichtbare Vorgaben für ein Gelingen der Energiewende. Ernst erwartet bei Regierung und Stromkonzernen nur dann Bewegung, wenn der „Druck von der Straße“ hoch bleibe. Er erklärt:

Die Energiewende hat nur dann Erfolg, wenn es einen breiten gesellschaftlichen Konsens gibt. Der Königsweg ist eine Verankerung des Atomausstiegs im Grundgesetz. Wir brauchen vor allem eine soziale Ausgestaltung. Es müssen Vorkehrungen getroffen werden, damit die Verbraucher die Energiewende nicht am Ende durch steigende Preise bezahlen. Elektrizität und Mobilität dürfen keine Privilegien der Besserverdienenden werden. Eine

Energiewende ohne Wiedereinführung der Strompreiskontrolle und ein Strompreismoratorium ist für uns nicht machbar. Wir müssen den Mut haben, das überkommene Stromkartell grundsätzlich in Frage zu stellen. Es reicht nicht aus, das Eigentumsrecht der Stromriesen an schrottreifen Atomkraftwerken in Frage zu stellen. Es geht ums Ganze. Energieerzeugung und Stromnetze gehören in die Hand der Bürger und nicht an die Börse. Wir wollen, dass die Energiewende um eine Rekommunalisierungskomponente ergänzt wird. Es gibt einen Trend zurück zum Stadtwerk. Der Bund muss Kommunen, die sich auf diesen Weg machen, bei der Gründung unterstützen und die Stromriesen dazu zwingen, Konzessionen und Anteile zu realistischen Preisen herauszurücken. Bundesregierung und Stromriesen werden sich aber nur dann bewegen, wenn der Druck von der Straße hoch bleibt.

beim Institut für Transurane? Wie ist die Stadt Karlsruhe einbezogen?

Die Antwort der Stadtverwaltung ist Ende Mai zu erwarten.

Die Anfrage ist einzusehen unter [www.dielinke-ka.de](http://www.dielinke-ka.de), dann weiter unter Stadtrat.

Dieter Emig

## Atomausstieg umgehend vollziehen

Christoph Ozasek, Sprecher der LINKEN in der Regionalversammlung Stuttgart und Mitglied des Planungsausschusses, erklärt zur aktuellen Debatte um die Laufzeiten der Atommeiler:

„DIE LINKE weist in ihrem neuen Atomausstiegskonzept den zügigen Weg aus der Atomkraft. Bis 2014 können alle AKWs in Deutschland ohne Beeinträchtigung der Versorgungssicherheit vom Netz gehen. Elf Atommeiler können zudem aufgrund überschüssiger Kraftwerkskapazitäten bereits heu-

te zurückgebaut werden. Hierzu zählt insbesondere Neckarwestheim II, das aufgrund seiner gefährdeten Lage in einem Erdbebengebiet zum Schutz der Bevölkerung sofort vom Netz gehen muss. Die Studie der LINKEN weist zudem in aller Deutlichkeit nach, dass der rot-grüne Atomdeal mit einem endgültigen Ausstieg nach 2020 einzig die Interessen der Atom- und Kohlelobby bedient hat und für die aktuelle Debatte völlig unbrauchbar ist. Auch die Verlautbarungen der Ethikkommission bezüglich eines Ausstiegs im Jahr 2021 ist keine Antwort auf die berechtigten Ängste der Menschen vor der Risikotechnologie.“

Ozasek weiter: „Die neue Landesregierung muss umgehend die gesetzlichen Grundlagen im Planungsrecht für einen zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg schaffen. Der neue Windatlas zeigt immense Potentiale für Onshore-Windenergieanlagen auf. DIE LINKE will diese nutzen und setzt energiepolitisch grundsätzlich auf dezentrale Energieerzeugung auf Basis regenerativer Energien in Verbindung mit der Rekommunalisierung aller Netze. Insbesondere die Stadtwerke sind Motoren für die Energiewende und wollen regional investieren. Der designierte Umweltminister Untersteller ist angehalten, umgehend seinen Einfluss auf die EnBW zu nutzen, den Rückbau der vier AKWs in Baden-Württemberg einzuleiten und die Netze mit Auslaufen der Konzessionsverträge in kommunale Hand zu überführen.“

Das Atomausstiegskonzept der LINKEN findet man auf der website der Bundestagsfraktion, <http://www.linksfraktion.de/>



Demonstrationen: „Atomkraft: Schluß!“ Am 28. Mai in Freiburg, Mannheim und Ulm und bundesweit in 21 Städten. Info: [www.anti-atom-demo.de](http://www.anti-atom-demo.de). **Freiburg:** um 13 Uhr auf dem Stühlinger Kirchplatz. **Mannheim:** um 13 Uhr, Ehrenhof des Mannheimer Schlosses. **Ulm:** um 14 Uhr, Ulm Hauptbahnhof



# Warum muss die Stadt elitäre Krippe fördern?

STUTTGART. Im Jugendhilfeausschuss am 28. März beantragte das Jugendamt die „Förderung neuer Träger von Kindertageseinrichtungen“. Dabei geht es um private Einrichtungen, zum Beispiel der Kirchen und Betriebs-Kitas. Es ist auch in Ordnung, wenn von Elterninitiativen oder muslimischen Vereinen Einrichtungen geschaffen werden. Inzwischen ist auch ein lukrativer Markt entstanden, auf dem Firmen Kinderbetreuung anbieten. Was am 28.3. mit den Stimmen der Grünen, der CDU, FDP und Freien Wähler beschlossen wurde, hat aber ein sehr schlechtes Gschmäckle. Es geht um die „Pädagogische Kinderförderungs-gesellschaft Early Bird Club mbH“.

Early Bird eröffnet zum Beginn des Kindergartenjahrs 2011/2012 eine bilinguale Kinderkrippe für null- bis dreijährige Kinder mit drei Gruppen. Eine muttersprachliche Erzieherin soll mit den Kindern Englisch sprechen. In einer Villa im Grünen, nahe der Villa Berg, „haben selbst die Kleinsten Blick nach draußen“, es gibt Reformpädagogik, die Ausstattung ist vom Feinsten, Betreuung findet von sieben bis 17.30 Uhr statt, für Kinder im ersten, zweiten und dritten Lebensjahr gibt es jeweils eine zehnköpfige Gruppen, pro Gruppe gibt es zwei Betreuerinnen sowie weiteres Personal, Ernährung auf „biologischer“ Basis.



Durch die Aufnahme in die Regelförderung der Stadt bekommt die Kita das Anrecht auf finanzielle Förderung nach der städtischen Richtlinie. Die beträgt bei Krippenkindern 10.390 Euro pro Kind und Jahr, also bei einer Gruppe von zehn Kindern 103.900 Euro im Jahr. Dazu kommen Zuschüsse für Verwaltungskosten von 4.180 Euro und für Fachberatung von 1.280 Euro jeweils pro Gruppe und Jahr sowie 90 Prozent der Miete oder 2.500 Euro pro Jahr für die Abschreibung der Gebäude. Außerdem wird in Ganztageseinrichtungen noch ein Essenszuschuss von 1,10 Euro pro Tag gezahlt.

Diese finanzielle Unterstützung ist in Ordnung, soweit eine Einrichtung sozusagen im Auftrag der Stadt ein öffentliches Anliegen (frühkindliche Bildung und Betreuung) erfüllt. Nach dem Subsidiaritätsprinzip muss die Stadt diese Aufgabe sicherstellen, sie kann sie aber an Dritte übertragen. Sie muss dies sogar, wenn sie Bedarf feststellt und andere Kräfte aus der Gesellschaft dies übernehmen. Nur zahlen muss die Stadt für eine Einrichtung immer, wenn der Bedarf da ist.

Bei Early Bird richtet sich das Angebot aber ganz sicher nicht an die Allgemeinheit bzw. ist nicht konzipiert für alle Familien. Dafür sorgt allein der Preis: Betreuung zwei Tage in der Woche 380 Euro, drei Tage 540 Euro, fünf Tage 740 Euro im Monat. Dazu kommen 4,50 Euro pro Tag für das Essen, eine Anmeldegebühr von 320 Euro und eine Jahresgebühr von 120 Euro. Im Internet werden diese Preise versüßt durch den Hinweis, dass sich bei einem zu versteuernden Einkommen von 40 000 Euro für Ledige und 60 000 Euro für Verheiratete ca. 100 Euro im

Monat als Steuerrückzahlung ergeben. Außerdem wurde schon vor dem Beschluss im Jugendhilfeausschuss auf der Internetseite damit geworben: „Liebe Eltern, nach derzeitigem Stand erhalten wir einen städtischen Zuschuss für den Early Bird Club, der es uns erlauben wird, die Betreuungspreise zu senken.“ Laut Beschlussvorlage des Jugendamtes kostet die Betreuung dann statt 740 Euro nur noch 350 Euro. Mit dem städtischen Zuschuss werden Betreuungsplätze verbilligt für Familien, die gar keine Hilfe brauchen. Diese Einrichtung kann und würde auch ohne städtischen Zuschuss Bedingungen für die Kinder und nicht zuletzt auch für die beschäftigten Erzieherinnen schaffen, von denen die städtischen Erzieherinnen nur träumen können.

Die SPD hat im Jugendhilfeausschuss gegen die Aufnahme von Early Bird in die Regelförderung gestimmt. Da ich kein Stimmrecht habe, konnte ich nur dagegen sprechen und darauf hinweisen, dass diese Einrichtung aufgrund ihrer Exklusivität und den hohen Kosten nicht allen Kindern, d.h. nicht der Allgemeinheit zur Verfügung steht. Das Ärgernis ist doppelt: Mit städtischen Zuschüssen wird ein exklusives Angebot verbilligt. Gleichzeitig werden die so geförderten Plätze auf den Bedarf in der Stadt Stuttgart angerechnet, sind aber – wie gesagt – nicht allen Kindern zugänglich.

*Ulrike Küstler, Stadträtin Die Linke*

## Falsche Signale

Mit Grün-SPD in der Landesregierung wird die Welt nicht automatisch besser. Martin Sökler (SPD) verschweigt in seiner Mittwochspalte Wesentliches. Die von der SPD bei jeder Wahlveranstaltung hoch und heilig versprochene Gebührenfreiheit im dritten Kindergartenjahr haben die GRÜNEN im Koalitionsvertrag für die nächsten fünf Jahre verhindert. Selbst CDU-Mappus hatte das zugesagt und in Rheinland-Pfalz gehört es schon zur Selbstverständlichkeit. Dafür erhielt die SPD ein Ministerium mehr als rechnerisch üblich.

Und Daimler-Chef Zetsche durfte, nachdem er die neuen Rekorde seiner Konzerngewinne verkündet hatte, mit Palmers Zuspruch als Oberlehrer die Tübinger Kinderuniversität beehren. Wir unterstützen, wenn es Fortschritte in der Bildungslandschaft gibt.

Aber das sind die falschen Signale zum Zeitpunkt einer Regierungsübernahme.

*Bernhard Strasdeit, Kreisrat der Tübinger LINKEN, im Schwäbischen Tagblatt*

## Rechtmäßige Arbeit

Der Bundesrechnungshof hat das Stuttgarter JobCenter herb kritisiert für 1,5-Euro-Jobs, die gegen die gesetzlichen Regeln verstoßen: zusätzlich und im öffentlichen Interesse stehend. Das Bundessozialgericht hat nun das Mannheimer JobCenter verurteilt, einem Hartz-IV-Empfänger rückwirkend den Tariflohn samt Sozialversicherungen zu zahlen. Es hatte einem Arbeitslosen einen 1-Euro-Job zugewiesen, der nicht zusätzlich war. Im Fall des Stuttgarter Kulturwerks führt diese Frage nun zum Konflikt zwischen Arbeitsagentur und Stadt. Der einzige soziale und gerechte Ausweg ist, was SÖS und Linke schon lange fordern: die Umwandlung von 1,5-Euro-Jobs in reguläre Arbeitsverhältnisse. Das hat für die Stadt sogar den Vorteil, dass das Risiko der Altersarmut für die Betroffenen sinkt und damit die öffentlichen Ausgaben. *Beitrag der Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke im Amtsblatt der Stadt Stuttgart vom 5. Mai.*



## Freiburg: Sozialpolitisches Trauerspiel von schwarz-grün

„Es ist ein sozialpolitisches Trauerspiel was CDU und Grüne diese Woche gemeinsam im Freiburger Gemeinderat abliefern“, so der Kommentar von Prof. Dr. Lothar Schuchman, Stadtrat der LINKEN, zu den Entscheidungen des Gremiums kein Sozialticket einzuführen und städtische Immobilien und Immobilien der Freiburger Stadtbau im Streubesitz zu verkaufen.

Sowohl das Sozialticket als auch der Nichtverkauf von ca. 115 Wohnungen wären ein wichtiger Beitrag gewesen Rahmenbedingung zu schaffen und zu erhalten, die es ermöglichen, dass sich alle Menschen ein Leben in Freiburg leisten können.

Öffentliches Wohneigentum kann genutzt werden um günstige Mieten anzubieten. Ein Sozialticket hätte Menschen mit wenig Geld mehr und vor allem gleichberechtigten Zugang zu Bussen und Straßenbahnen ermöglicht.

## Freiburg: doch noch Verkauf städtischer Wohnungen?

Die Drucksache G-11/134 vom 29. April hat es in sich: unter der Überschrift: „Veräußerung von Streubesitz“ heißt es hier: „Aufhebung der Bindungswirkung aus dem Bürgerentscheid vom 12.11.2006 (Anträge von Junges Freiburg/Die Grünen, CDU und Freie Wähler)“. Beschließen will die Ratsmehrheit im Gemeinderat am 10.05. die „Veräußerung von städtischen Immobilien im Streubesitz und Immobilien der Freiburger Stadtbau“.

Einmal davon abgesehen, dass der Gemeinderat nicht über Verkäufe der Stadtbau beschließen kann, ist unsere Fraktionsgemeinschaft aus grundsätzlichen Erwägungen gegen diesen Beschlussantrag. Der Bürgerentscheid gegen den Verkauf der Stadtbau und der städtischen Wohnungen hat nach der Gemeindeordnung nach Ablauf der dreijährigen Bindungswirkung weiterhin die Wirkung eines einfachen Gemeinderatsbeschlusses. Das schließt nicht aus, dass im Einzelfall städtische Liegen-

„CDU und Grüne lassen mit ihrer Politik ärmere Menschen abermals im Regen stehen. So wichtig wie der ökologische Umbau der Gesellschaft ist, das Thema soziale Gerechtigkeit haben die Grünen leider nicht im Fokus – das muss man den Menschen auch ganz deutlich sagen. Aus Sicht der Freiburger LINKEN gilt es dringend die Folgen der unter Schröder-Fischer eingeführten völlig unsozialen Hartz-IV-Gesetzgebung in den Kommunen abzuschwächen. Zusätzlich muss der Druck auf Landes- und Bundesregierung erhöht werden, damit es endlich zu einer gerechten Steuer- und Arbeitsmarktpolitik kommt, die nicht nur zu Gunsten der Konzerne und Superreichen verläuft und auf dem Rücken der Mehrheit der Menschen ausgetragen wird“, so Lothar Schuchmann, Kreissprecher der Freiburger LINKEN.

schaften auch verkauft werden, wie dies am 1.12.2009 mit dem Verkauf von 24 Häusern im Rahmen des „Reihenhausprogramms für Haushalte mit niedrigem Einkommen“ geschehen ist. Es schließt aber aus, dass die Stadt und ihr Liegenschaftsamt freie Hand hat beim Verkauf städtischer Wohnungen. Die Stadt hat nicht endlos Grundstücke und Wohnungen, sie muss damit sorgsam umgehen, um eine aktive Wohnungspolitik nach sozialen Kriterien betreiben zu können. Und die Stadt ist verpflichtet, ihre Grundstücke und Wohnungen insbesondere denen zur Verfügung zu stellen, die von geringem Lohn leben müssen.

Doch das Gegenteil geschieht in Freiburg, das für viele immer unbezahlbarer wird. Auch über die Einführung des Sozialtickets wird der Gemeinderat am 10.5. entscheiden. Auch dies nach Auffassung unserer Fraktion zwingend, will die Stadt den ÖPNV für viele Tausend Geringverdiener in Freiburg öffnen. Am 17.5. wird der Gemeinderat dann in

dritter Lesung über verbleibende strittige Anträge und auch unseren Antrag auf Anhebung des Gewerbesteuersatzes um fünf Prozentpunkte entscheiden. Hier hat der Gemeinderat die Chance, in Zeiten eines Wirtschaftsbooms und gleichzeitig leerer kommunaler Kassen rund fünf Millionen Euro pro Jahr zusätzliche Einnahmen zu beschließen.

*Michael Moos, Fraktionsvorsitzender der Unabhängigen Listen (UL)*

## Konstanz: Kein Uni-Ausbau auf dem Rücken der Studierenden!

Konstanzer Gemeinderat 14. April: Mit überwältigender Mehrheit (die Linke Liste enthielt sich als einzige Gruppierung) wurde das Aufstellungsverfahren zur Bebauungsplanänderung der Uni beschlossen. Der Bebauungsplan von 1965 wird jetzt von der Stadtverwaltung überarbeitet. Grund für die anstehenden Änderungen am Bebauungsplan ist, dass an der Universität Konstanz die letzten Flächen gerade bebaut wurden und werden, die der aktuelle Bebauungsplan als Baufläche vorsieht. Bis 2060 soll die Uni 50% Fläche hinzugewinnen (120.000 m Geschossfläche).

Denn laut Rektorat muss die Uni (angeblich) wachsen. Im Moment für 6.000 Studierende ausgelegt, tummeln sich hier mittlerweile über 10.000 Studis. Die Tendenz ist durch den Doppeljahrgang 2012 steigend. Ob die Studierendenzahlen in Konstanz nach 2015 wieder abflauen, wie von Uni-Kanzler Jens Apitz prognostiziert, steht jedoch in den Sternen.

### Ausbau Uni Konstanz: „Klingt doch gut...“

Angesichts der Raumknappheit an der Uni selbst und der Tatsache, dass die Uni Konstanz der größte Arbeitgeber der Stadt ist, ist es kaum verwunderlich, dass die verantwortlichen StadträtInnen fast ausschließlich „Hurra“ schreien, wenn es darum geht, der Uni weitere bauliche Möglichkeiten zu verschaffen. Verwunderlich war, dass in der entsprechenden Ausschusssitzung des Gemeinderats zwar die StadträtInnen die z.B. Wohnraumknappheit in ihren entsprechenden Redebeiträgen anschnitten, aber die bauliche Weiterführung der Campus-Uni als fast unausweichbare Maßnahme darstellten und damit sämtliche Bedenken vom Tisch wischten.

### Seminarräume für Abi-Doppeljahrgänge?

Bis auf ein paar Seminarräume zur Bewältigung des Doppeljahrgangs gibt es in den Gemeinderatsvorlagen kaum et-

was zu lesen, was studentischen Interessen in irgendeiner Weise dienlich sein könnte. Aber auch die Realisierung der versprochenen Seminarräume bis WS2012 scheint fragwürdig, da zum einen der Bebauungsplan erst im Oktober durch den Gemeinderat gehen soll und zum anderen bei Annahme langwierige europaweite Ausschreibungsverfahren anstünden.

Doch abseits der Seminarräume sollen vor allem Gebäude für die Forschung bereitgestellt werden. So soll die Ornithologie demnächst 12.000 m<sup>2</sup> zusätzlich erhalten. An dieser Stelle drängt sich die Frage auf, warum natürlich nistende Brutvögel plötzlich einem Vogellabor weichen sollen?

#### **Poker um Exzellenzgelder**

Die Vorlagen lesen sich eindeutig, und die Anwesenheit von Uni-Kanzler Jens Apitz in der entsprechenden Ausschusssitzung des Gemeinderats war es auch: Man braucht die Bebauungsplanänderung für den nächsten Bewerbungszeitraum der Exzellenzinitiative bis 2017. Daran hängen pro Jahr immerhin 20 Millionen Euro für die Uni Konstanz. Das entspricht derzeit ungefähr einem Sechstel des Universitätsetats.

Doch diese 20 Millionen kommen nur geringfügig der Lehre zugute; wenn überhaupt durch die vielen DoktorandInnen-Programme, die damit einherge-

hen und wodurch DoktorandInnen auch ein gewisses Kontingent an Lehrstunden halten müssen. Aber der Punkt ist ein anderer: Die Exzellenz-Gelder kommen fast einseitig der Forschung zugute und konzentrieren sich in dubioser Weise auf ziemlich viele baden-württembergische Universitäten. Ob die Universität Konstanz den Exzellenztitel aber behält, ist nicht nur aus diesem Grund im Moment fraglich. Mit einer im Gemeinderat bewilligten Bebauungsplanänderung könnte man sich jedoch den JurorInnen gegenüber wohl in ein besseres Licht rücken.

#### **Paradigmenwechsel statt Elitenplattitüde**

Richtig wäre, diese Gelder so umzuverteilen, dass erstens die Lehre davon angemessen profitiert und zweitens so, dass jene Hochschulstandorte Seminarräume damit bauen können, bei denen die Leute bereits jetzt auf den Fluren vor den Hörsälen sitzen. Kurz: Es müsste stattdessen um Breitenförderung gehen.

#### **Mit Exzellenzinitiative werden Studierende nach Konstanz geworben**

Aus der Gemeinderatsvorlage zum demographischen Wandel in der Stadt Konstanz geht hervor, dass die am größten wachsende Bevölkerungsgruppe die der zwischen 18- und 30-Jährigen ist. Dieses Wachstum nahm erst ab dem

Zeitpunkt so entscheidend zu, als die Uni Konstanz als „exzellente“ ausgezeichnet wurde. Offensichtlich werden also mit dem Exzellenzstatus Studierende nach Konstanz geworben, welche die Folgen ihres Zuzugs in die Stadt nicht abschätzen können.

#### **Brauchbare Politik sieht anders aus**

Das möchten wir an dieser Stelle noch einmal klar herausstellen: Es geht uns um Breitenförderung. Diese sähe für uns sinnvoller Weise so aus, dass man in anderen Uni-Städten neben genügend universitären Einrichtungen auch ausreichend Wohnraum zur Verfügung stellt. Es gibt mittlerweile auch in der Bundesrepublik Universitätsstädte, in denen ganze Stadtteile brachliegen.

Die derzeitige „Leuchtturm-Politik“, die u.a. mit der Exzellenzinitiative verfolgt wird, läuft solchen Bestrebungen jedoch entgegen.

Sozial und gerecht kann es eben nicht sein, den Wohnraum einer Stadt auf Biegen und Brechen zu verteuern und Bevölkerungsgruppen wie Familien, Studierende, etc. auf Basis der Mietpreise gegeneinander auszuspielen. Das mindeste, was wir also verlangen, ist ein ehrlicher Umgang der Uni mit dem Exzellenz-Status gegenüber Erstis und solchen, die es in Erwägung ziehen, am Bodensee zu studieren.

*www.die-linke-konstanz.de*

## **Gesine Löttsch: Kommunalpolitik ist das Herzstück der Partei**



Beim Parteienabend der LINKEN anlässlich der 36. ordentlichen Hauptversammlung des Städtetages, trafen sich am 3. Mai im Stuttgarter Kunstgebäude mehr als 80 Kommunalpolitiker unserer Partei zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch. Gleich zu Beginn ihrer Rede gratulierte die Parteivorsitzende, Gesine

Löttsch, Stefan Weigler, Bürgermeister aus Wolgast, zu seiner Wahl ins Präsidium des Städtetages. Auch aus Baden-Württemberg nahmen zahlreiche Stadt- und Kreisräte der LINKEN an der Veranstaltung teil. Bernhard Straßdeit begrüßte die Gäste im Namen des Landesverbandes und der linken Kommunalpolitiker im Südwesten.

#### **Auszug aus dem Redebeitrag von Gesine Löttsch:**

Ich freue mich, dass so viele Kommunalpolitiker gekommen sind und wir die Möglichkeit haben, über unsere gemeinsame Arbeit zu sprechen. Ich möchte mich bei Euch für Eure Arbeit als Kommunalpolitiker der Partei DIE LINKE bedanken. Ein besonderer Dank gilt heute den Präsidiumsmitgliedern des Städtetages Angelika Gramkow (OB Schwerin) und Dieter Holtz (BM Sassnitz). Ihre Arbeit wird nun auch durch Stefan Weigler, unserem Bürgermeister aus Wolgast, verstärkt. Er wurde heute ins Präsidium des Städtetages gewählt. Dazu gratuliere ich ihm, sicherlich auch in Eurem Namen sehr herzlich. Ich betone ausdrücklich die gemeinsame Arbeit, weil ich der festen Überzeugung bin, dass eine Partei nur so erfolgreich ist, wie ihre Kommunalpolitiker vor Ort. In meinen Sprechstunden im Wahlkreis

stelle ich immer wieder fest, dass die Bürgerinnen und Bürger natürlich erst wissen wollen, wie es mit ihrem Wohn- geld, mit dem Bildungsgutschein, mit der Müllentsorgung, mit der Schule oder der Schwimmhalle weitergeht, doch dann sind sie in der Regel sehr offen mit mir über sehr grundsätzliche Gesellschaftsthemen zu sprechen. Da geht es im wahrsten Sinne des Wortes um Krieg und Frieden! Deshalb ist es mir wichtig, dass wir uns gemeinsam über die grundsätzliche Politik der Partei verständigen, denn Ihr werdet vor Ort gefragt, welche Ziele unsere Partei verfolgt und wie ein demokratischer Sozialismus aussehen soll. Auf diese Fragen müssen wir alle eine gemeinsame Antwort geben können. (...)

Euch brauche ich nicht die Situation der Kommunen erklären, damit habt ihr jeden Tag intensiv zu tun. Ich will ein paar Kernforderungen nennen, die wir uns als Partei auf die Fahnen geschrieben haben:

1. Gemeinsam kämpfen wir für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen. Die Gewerbesteuer muss bleiben und noch weiter ausgebaut werden.

2. Wir brauchen in den Kommunen einen öffentlichen Beschäftigungssektor. Die Milliarden- Kürzungen der

Bundesregierung bei der Förderung von Langzeitarbeitslosen sind indiskutabel.

3. Wir wollen keinen weiteren Verkauf von öffentlichem Eigentum. Die Daseinsvorsorge ist zu wichtig, um sie den Profitinteressen einzelner Konzerne zu überlassen.

Immer dann, wenn ich Kommunalpolitiker frage, was aus ihrer Sicht die drei wichtigsten Forderungen der Linken in ihrer Stadt sind, werde ich etwas nachdenklich angeschaut. Das liegt natürlich daran, dass unsere Kommunalpolitiker mit tausend kleinen Dingen befasst sind, um das Leben in einer Stadt zu organisieren. Trotzdem ist es wichtig, dass

wir als Partei in jeder Stadt und in jeder Kommune sagen können, was für uns die drei wichtigsten Ziele sind, die dann auch noch bei den Bürgern ankommen müssen. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Eigentumsfragen in den nächsten Jahren eine entscheidende Rolle in den Kommunen spielen werden. Der finanzielle Druck der Bundesregierung auf die Kommunen wird noch größer werden. Die Schuldenbremse wird dazu genutzt, die Bürgerinnen und Bürger weiter zu enteignen.

In Hessen stimmten 30% der Wählerinnen und Wähler gegen die Schuldenbremse! Diese Wählerinnen

und Wähler haben den Pferdefuß der Schuldenbremse erkannt. Deshalb halte ich es für sinnvoll, wenn wir die Eigentumsfrage auch in den Kommunen immer wieder in den Mittelpunkt stellen. Krankenhäuser, Schulen, Wasserbetriebe oder Verkehrsbetriebe gehören in die Hände der Bürgerinnen und Bürger. Öffentliches Eigentum ist Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Wenn eine Bürgermeisterin oder ein Dezernent all sein öffentliches Eigentum verkauft hat, dann sind seine Handlungsspielräume so eng, dass er kaum noch eine wirksame Sozial- oder Umweltpolitik betreiben kann (...).

## Tobias Pflüger: Gegen EU-Kriegseinsatz in Libyen

Tobias Pflüger, Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN und dort zuständig für Friedens- und Europapolitik, erklärte zur Entscheidung der Europäischen Union, ein Einsatzkonzept für einen EU-Militäreinsatz in Libyen zu beschließen:

DIE LINKE bedauert die Entscheidung der Europäischen Union (EU) als entscheidenden Schritt hin zu einer direkten Teilnahme der EU und damit Deutschlands am Krieg um Libyen. Die Aussagen der Regierungskoalition gegen eine Teilnahme am Krieg um Libyen stellen sich nun als pure Wahlkampfmanöver und Lügen heraus.

Sollten wie geplant EU-Battlegroups eingesetzt werden, wäre dies der erste Einsatz der EU-Kampfgruppen überhaupt. Nicht nur Militärs weisen darauf hin, dass eine „militärische Absicherung humanitärer Hilfe“ einen möglichen Bodentruppeneinsatz auch deutscher Truppen bedeuten würde. Dies wäre dann unstrittig ein weiterer Kriegseinsatz der Bundeswehr.

DIE LINKE wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Teilnahme der EU und Deutschlands am Krieg um Libyen und wird sich weiterhin aktiv an Protesten gegen den Krieg um Libyen und insbesondere gegen die NATO-Bombardierungen beteiligen.

## Sahra Wagenknecht: LINKE mit Streikenden in Griechenland solidarisch

„DIE LINKE ist mit den Streikenden in Griechenland solidarisch. Der von EU und IWF diktierte Sparkurs ist ökonomischer Unsinn und ein soziales Verbrechen“, erklärt Sahra Wagenknecht anlässlich des heutigen Generalstreiks in Griechenland. Die



stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE weiter:

Das angebliche Rettungsprogramm für Griechenland hat sein Scheitern unter Beweis gestellt. Seit vor einem Jahr das erste Kreditpaket für Griechenland geschnürt wurde, haben sich die Probleme sowohl in Griechenland als auch in anderen Ländern der Eurozone weiter zugespitzt. Dies war vorherzusehen. Schließlich haben dieselben neoliberalen Rezepte, die Griechenland verordnet wurden, schon viele Dutzend Entwicklungsländer ruiniert. Wer immer noch glaubt, durch Kürzung von Löhnen, Sozialleistungen und umfangreiche Privatisierungen ließen sich die ökonomischen Probleme Griechenlands bewältigen, ist ein marktradikaler Betonkopf. Schließlich haben diese Maßnahmen nur dazu geführt, dass der Schuldenberg weiter gewachsen und die Produktion regelrecht eingebrochen ist.

Umso schlimmer, dass der EU-Kommission, der EZB und dem IWF nichts anderes einfallen, als Griechenland noch mehr von derselben tödlichen Medizin zu verschreiben. Dabei wäre das Gegenteil nötig. Statt das Land durch Spar- und Kürzungsorgien immer weiter in die Rezession zu treiben, müsste die griechische Wirtschaft durch Investitionen gestärkt und eine umfassende Entschuldung vereinbart werden. Ein Schritt in diese Richtung wäre ein transparenter Schuldenaudit, bei dem alle griechischen Verbindlichkeiten offengelegt werden und die Bevölkerung anschließend darüber mitentscheiden kann, welche Zahlungsansprüche akzeptiert, reduziert oder gänzlich annulliert werden.

## Michael Schlecht: Marshall-Plan für Krisenstaaten statt Bankenrettung

„Die gescheiterte Griechenland-Rettung ist eine Mahnung für Portugal. Die von der EU verordneten Kürzungspakete haben der griechischen Wirtschaft das Genick gebrochen. Das gleiche Schicksal droht der portugiesischen Wirtschaft,

wenn die Staats- und Regierungschefs der EU nicht endlich einen Kurs volkswirtschaftlicher Vernunft einschlagen“, erklärt der Chefvolkswirt der Fraktion DIE LINKE, Michael Schlecht, der sich dazu auch in einem offenen Brief an den portugiesischen Ministerpräsidenten Socrates gewandt hat. Schlecht weiter:

„Die Kritiker der Griechenland-Hilfen aus den Reihen von Union und FDP proben einen Aufstand der Unanständigen. Immerhin waren sie es, die das Drehbuch für die griechische Tragödie mit verfasst haben. Den griechischen Ministerpräsident Papandreou bitte ich, dem Druck nach weiteren Maßnahmen gegen seine Bevölkerung nicht nachzugeben.“

Wer Europa retten will, muss Hilfen zum Wiederaufbau geben. Wir brauchen einen Marshall-Plan für die Krisenstaaten, finanziert über eine Besteuerung Reicher und Vermögender, zum Beispiel durch Einführung einer Millionärssteuer. Die Zinsforderungen der Kapitalmärkte müssen darüber hinaus beschnitten werden. DIE LINKE fordert die Einführung von Euro-Bonds sowie die Finanzierung von Staatskrediten über eine Europäische Bank für öffentliche Anleihen, um die Wucherzinsen der Banken zu drücken.

Die Hauptursache der Schuldenkrise in Europa sind die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Euro-Zone. Sie sind vor allem eine Folge der gigantischen Außenhandelsüberschüsse Deutschlands, die sich in den letzten zehn Jahren auf nicht weniger als 1,5 Billionen Euro beliefen. Damit muss Schluss sein. Eine Abkehr von der extremen deutschen Exportorientierung erfordert jedoch einen deutlichen Anstieg der Löhne hierzulande.

DIE LINKE lehnt es ab, dass die Bevölkerung in den Krisenstaaten und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in



Deutschland immer wieder für die Banken haften. Eine solche Politik ist brandgefährlich, denn sie wird Rechtspopulisten in Europa nach oben spülen.“

## Heike Hänsel: Krieg verhindert Entwicklung und verschlechtert humanitäre Lage

Rede am 14. April im Deutschen Bundestag:



Im Parlament und in der Öffentlichkeit werden die Demokratiebewegungen in Ägypten, Tunesien und anderen arabischen Ländern mit viel Sympathie begleitet. Kaum jemand aber spricht

über die politische Situation in Afghanistan. Es wird in der Öffentlichkeit und den Medien übersehen und auch gezielt ignoriert, dass es auch in Afghanistan demokratische und soziale zivilgesellschaftliche Kräfte gibt, die sich gegen das Karsai-Regime und die NATO-Besatzung wenden und dafür auch in immer größerer Zahl auf die Straße gehen.

So z.B. Ende Februar als in der Provinz Kunar durch eine Nato-Bombardierung 63 Menschen getötet wurden, darunter 50 Zivilisten. Sie sind davon überzeugt, dass diese Befreiung nur von den Afghaninnen und Afghanen selbst kommen kann und nicht durch Bomben. Diese zivilgesellschaftlichen Kräfte sind keine bezahlten NGOs, sondern größtenteils ehrenamtliche Organisationen, Frauenrechtsbewegungen, Studentengruppen, Menschenrechtsgruppen und OpfervertreterInnen.

Im Januar dieses Jahres hatte die Fraktion Die Linke zehn Afghaninnen und Afghanen in Berlin zu Gast, um auf der Konferenz „Das andere Afghanistan“ Perspektiven für eine friedliche und demokratische Entwicklung zu diskutieren. Sie kritisierten, dass die westlichen Regierungen seit 2001 einseitig pro-westliche fundamentalistische Kräfte in ihrem Land gestärkt haben, die nach militärischen und geostrategischen Interessen ausgesucht wurden. Bei den Petersberger Konferenzen 2001 und der Kabuler Konferenz 2010 waren maßgeblich Kriegsverbrecher, Warlords und andere Personen eingeladen, die Blut an den Händen haben – kritische zivilgesellschaftliche Kräfte aber waren nicht beteiligt. Sie erfahren auch keinen Schutz und keine Unterstützung, sondern sind Opfer von Anschlägen, müssen oft im Geheimen agieren und bleiben bei wichtigen politischen Verhandlungen außen vor. Dies ist ein Skandal!

Deshalb werden wir gemeinsam mit Friedensgruppen im Herbst, anlässlich

der 2. Petersburger Konferenz, diese kritikreichen Stimmen aus Afghanistan sichtbar machen.

Seit zehn Jahren herrscht Krieg in Afghanistan, Milliarden von Euro fließen in diesen Krieg. Nach Berechnungen des Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung von 2010, kostet die Fortsetzung des Bundeswehrein-satzes in Afghanistan Deutschland rund drei Milliarden Euro pro Jahr. Insgesamt dürfte dem DIW zufolge die deutsche Beteiligung am Afghanistan-Krieg etwa 36 Milliarden Euro kosten.

Währenddessen ist die humanitäre Lage in Afghanistan gleichbleibend schlecht.

Afghanistan liegt auf Platz 181 und damit auf dem vorletzten Platz des Human Development Index (HDI). Rund 80 Prozent der Frauen und 60 Prozent der Männer sind Analphabeten, weniger als 19 Prozent der Bevölkerung haben Zugang zu medizinischer Versorgung und sauberem Wasser. Laut Weltbank liegt die Säuglingssterblichkeit bei 199 Kindern pro 1000 Geburten. Sie ist damit fünfzigmal so hoch wie in Deutschland. Die Armut wächst, Hunger bedroht mehr als ein Drittel der afghanischen Bevölkerung.

Erfolge in der Entwicklungszusammenarbeit werden durch den Krieg konterkariert. Die Zahl der zivilen Opfer steigt seit 2006 dramatisch an, auch die Zahl der Menschen, die vor den Kriegshandlungen fliehen, steigt weiter an. Im Human Development Index heißt es, dass sich 2,8 Millionen Afghaninnen und Afghanen – das ist jeder zehnte Einwohner – auf der Flucht befinden, oft ohne ausreichende humanitäre und gesundheitliche Versorgung. Auch ein Bericht der International Crisis Group bemängelt, dass der Krieg den Zugang der afghanischen Bevölkerung zu Gesundheitsversorgung, Bildung und anderen sozialen Dienstleistungen stark eingeschränkt hat. Angriffe auf Schulen, z.B. das Abbrennen oder erzwungene Schließen von Schulen, die Verwendung von Schulen für militärische Zwecke sowie Drohungen gegen das Lehrpersonal und Schülerinnen und Schüler nehmen zu.

In ihrem Antrag fordern die Grünen, dass der Aufbau des afghanischen Bildungssystems unterstützt und Mittel für Bildungsprojekte verdoppelt werden sollen.

Unsere Fraktion lehnt diesen Antrag ab. Der Bildungsansatz entspricht eher einer Elitenbildung und ist damit weit entfernt von dem Grundsatz Bildung für alle. Zudem wird der militärische Schutz von Bildungseinrichtungen erwogen und trägt so zur gefährlichen Vermischung zwischen Zivilem und Militärischem bei. Nach Angaben von NGOs sind zivile Projekte und Schulen nämlich durch

die Nähe des Militärs eher gefährdet denn geschützt.

Die SPD-Fraktion kommt in ihrem Antrag zu der fatalen Fehleinschätzung, dass der ISAF-Einsatz dazu beitrage, in Afghanistan ein sicheres Umfeld für den zivilen Aufbau und Entwicklung zu schaffen. Das Gegenteil ist richtig: der Militäreinsatz muss beendet werden, damit sich überhaupt erst eine Perspektive für eine friedliche und soziale Entwicklung eröffnen kann! Mit dem ISAF-Einsatz sind Wiederaufbau, Demokratie und Sicherheit in weite Ferne gerückt. Wir teilen allerdings die Forderung des SPD-Antrags, die humanitäre Hilfe stärker auf ländliche Räume auszurichten und nicht nur auf die Regionen mit militärischer Bedeutung für die NATO-Truppen zu konzentrieren. Seit langem fordern wir: Entwicklungshilfe muss dort stattfinden, wo Bedarf für die Bevölkerung besteht, nicht für die Bundeswehr! Es freut uns, dass mittlerweile auch die SPD-Fraktion zu dieser Erkenntnis gekommen ist.

Die NATO ist ein Unsicherheitsfaktor in Afghanistan. Der Bombenangriff bei Kundus im Jahr 2009 hat dies in aller Deutlichkeit gezeigt. DIE LINKE fordert deshalb den sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Nur wenn die Waffen schweigen und die afghanischen Konfliktparteien in einen politischen Friedens- und Aussöhnungsprozess eingebunden werden, kann der Wiederaufbau erfolgreich sein.

Wir fordern dazu auf, die friedlichen zivilgesellschaftlichen Kräfte endlich wahrzunehmen und ihre Forderungen zu unterstützen! Die Bundesregierung samt ihrer Vorgänger-Regierungen hat jahrelang zahlreiche diktatorische Regime im arabischen Raum unterstützt und militärisch aufgerüstet. Jetzt werden sie aufgrund des starken Drucks aus der Bevölkerung nach und nach fallen gelassen. Doch gleichzeitig geht die Unterstützung für das korrupte Karsai-Regime und zahlreicher krimineller Kriegsfürsten in Afghanistan weiter. Diese Politik ist in höchstem Masse unglaubwürdig!

Wer also eine wirkliche Verbesserung der humanitären Lage in Afghanistan erreichen will und die Interessen der Bevölkerung ernst nimmt, muss diesen Krieg beenden, und die Bundeswehr aus Afghanistan abziehen. Nicht erst 2014 sondern sofort!



# **DIE LINKE.**

BADEN-WÜRTTEMBERG

## **Landesgeschäftsstelle**

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

## **Geschäftsführender Landesvorstand**

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart  
Bernd Riexinger, Tel.: 0711-639771, eMail: BRiexinger-Linke@web.de  
Bernhard Strasdeit, Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, eMail: strasdeit@t-online.de  
Dorothee Diehm, mobil: 0160-5330030, Sabine Rösch-Dammenmiller, Tel.: 07332-4988, mobil: 0162-9231196, eMail: roeda@gmx.de  
Sybille Stamm, Tel.: 0711-2573671, mobil: 0170-2138651, eMail: Sybille.Stamm@t-online.de

## **Landesschatzmeister**

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@t-online.de

## **Landesschiedskommission**

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

## **Spenden und Beiträge**

DIE LINKE. Baden-Württemberg  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70  
Konto 289582700

## **Kontakte zu den Kreisverbänden der LINKEN**

### **Baden-Baden/Rastatt**

Beate Schneider, 76530 Baden-Baden, 07221/72845, Mail: bea-schneider@web.de  
Norbert Masson, 76477 Elchesheim-Illingen, 07245/6051, Mail: badnerbu@aol.com, Net: www.baden-baden.die-linke-bw.de

### **Biberach**

Herbert Wilzek, 88427 Bad Schussenried, 07583-1451, herbert.wilzek@gmx.de, www.die-linke-biberach.de

### **Bodensee**

Gottfried Heil, Tel.: 07541-55097, Mail: gottfried.heil@dielinke-bodensee.de, www.dielinke-bodensee.de

### **Böblingen**

Harry Ladwig, Tel.: 07152-52368, Mail: post@linke-bb.de, Net: www.linke-bb.de

### **Breisgau/Hochschwarzwald**

Thomas Langner, Tel.: 07661/9035231, Mail: vorstand@dielinke-breisgau.de, Net: www.dielinke-breisgau.de

### **Calw**

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Alt-

hengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: all-prohandel@web.de

### **Emmendingen**

Adelbert Ringwald, 79215 Elzach, Tel.: 07682-328315, eMail: info@ringwald-elzach.de

### **Esslingen**

Bernd Heinrich Freer, 72622 Nürtingen, Tel.: 07022/67739, Mail: heinrichfr@gmail.com, Net: www.die-linke-esslingen.de

### **Freiburg**

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761/29280730, Mail: info@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

### **Freudenstadt**

Dorothee Diehm, 72270 Baiersbronn, Tel.: 0160-5330030, Mail: dorothee.diehm@igmetall.de • Haci Dalli, 72250 Freudenstadt, Tel.: 07441-84704, Mail: haci-dalli@web.de

### **Göppingen**

Thomas Edtmaier, 73033 Göppingen, Tel.: 07161/4019042, Mail: info@edtmaier-home.de

### **Heidelberg / Rhein-Neckar**

Geschäftsstelle DIE LINKE. Heidelberg/Rhein-Neckar, Bergheimer Str. 147, 69115 Heidelberg, Tel.: 06221/7293533, Mail: info@dielinke-rhein-neckar.de, Net: www.dielinke-rhein-neckar.de  
Detlef Gräser, Panoramastr. 17, 69198 Schriesheim, Tel.: 06203/661621, Mail: detlef.graesser@dielinke-rhein-neckar.de  
Renate Flühr, Scheffelstr. 5, 74889 Sinsheim, Tel: 07261/947015, renaete.fluehr@dielinke-rhein-neckar.de

### **Heidenheim**

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@linke-heidenheim.de.

### **Heilbronn**

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131-910366, ehinger.hasso@web.de, Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Offenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@linkspartei-bw.de.

### **Hohenlohe /Schwäbisch-Hall**

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Ingersheim, Tel.: 07940-931750, Mail: Ernst-Kern@gmx.de.

### **Karlsruhe**

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

### **Konstanz**

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

### **Lörrach**

Günter Gent, 79650 Schopfheim, eMail: g.gent@freenet.de • Brigitte Tondar-Sigl, 79677 Schönau, eMail: Brigitte.Tonda-sigl@gmx.de

### **Ludwigsburg**

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141-57320, kemmerle\_ludwigsburg@yahoo.de, • Barbara Hoffmann, Kornwestheim, Tel.: 0177-340 4500, eMail: fbh.hoffmann@t-online.de, Net: www.ludwigsburg.die-linke-bw.de

### **Main-Tauber**

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

### **Mannheim**

Kreisverband Mannheim, T6, 37, 68161 Mannheim, Tel: 0621-1227218 (mit AB)  
• Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-306216, Mail: ttrueper@aol.com. • Marianne Marten, Lutherstr. 15, 68169, Mannheim, Tel.: 0621-312681, Mail: marten.m@online.de

### **Neckar-Odenwald-Kreis**

Über Geschäftsstelle DIE LINKE Heidelberg/Rhein-Neckar, Tel.: 06221-7293533, info@dielinke-rhein-neckar.de

### **Ortenau**

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenau.de • Sören Becker, 77731 Willstätt, Tel.: 0171-7932024, Mail: soeren.becker@dielinke-ortenau.de

### **Ostalb**

Christa Klink, 73434 Aalen, 07361/41743, klink.christa@t-online.de

### **Pforzheim**

Kreisverband Pforzheim/ Enzkreis, Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel.: 07231-4240345, claus.spohn@online.de

### **Ravensburg**

Reinhard Gumz, 88353 Kißlegg, Tel.: 07563-8202, Mail: gumz.girbig@t-online.de, Net: www.linkspartei-ravensburg.de

### **Rems-Murr**

Claudia Howeg, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-965469, eMail: arneclaudiahoweg@arcor.de • Reinhard Neudorfer, eMail: reinhard.neudorfer@die-linke-rems-murr.eu

### **Reutlingen**

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de • Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

### **Schwarzwald-Baar-Heuberg**

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Mail: enikoe.riek-nagy@arcor.de, Paul Wachter, Tuttlingen, Mail: paul-wachter@t-online.de, Tel.: 07461-6558

### **Sigmaringen**

Karl A.M. Friedrich, 88356 Ostrach, Tel.: 07585/935003, eMail: karlmagnusfriedrich@t-online.de, Net: www.dielinke-sigmaringen.de

### **Stuttgart**

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, Fax 0711-72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

### **Tübingen**

Dr. Emanuel Peter, 72108 Rottenburg am Neckar, 07472-42096, emanuelpeter@gmx.de

### **Ulm / Alb-Donau**

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de • Walter Schmid, Fon/Fax 07331/44625, eMail: r.u.w.schmid@web.de

### **Waldshut**

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754-929243, Mail: paul.barrois@web.de, Net: www.die-linke-kv-waldshut.de, Friedrich Gebhard, 79771 Klettgau, mail: ankabafri@t-online.de

### **Zollernalb**

Jochen Lange, Mühlackerstr.13, 72336 Balingen, Tel.: 07433-9978566 oder 01520-7087995, eMail: info@die-linke-zollernalb.de

## Zusammenschlüsse

### **AG Antifa**

Reinhard Neudorfer, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-54806, eMail: ckramerneudorfer@onlinehome.de

### **AG Bildung**

Erhard Korn, 71711 Steinheim/Murr, Tel.: 07144-23431, eMail: eukorn@web.de

### **AG Europa**

Bernd-Otto Kuper, Berner Str. 3, 79109 Freiburg, Tel.: 0761-54871, eMail: bokuper@web.de

### **AG Frieden**

Thomas Haschke, 70469 Stuttgart, Tel.: 0711-81477965, eMail: thomas.haschke@gmx.de

### **AG Frauen**

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170-5842439, eMail: Silvia.Ofori@t-online.de

### **AG Betrieb und Gewerkschaften**

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131-910366, ehinger.hasso@web.de

### **AG Bürgerrechte und Demokratie**

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Straße 14, 69469 Weinheim, Telefon: 06201-876758, eMail: carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de

### **AG Gesundheit und Soziales**

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg, Tel.: 0761-131516, Fax: 0761-135871, eMail: lothar\_schuchmann@gmx.de

### **AG Queer**

Christian Stähle, Tel. 0171-9181900, Mail: staehle@linke-stadtrat-goepfingen.de

### **AG Religion**

Frank Winkel, Tel.: 07331-824194, Mail: frank\_winkel@t-online.de

### **AG rote reporterInnen**

Gregor Mohlberg, Tel: 0721-3548577, eMail: gregor.mohlberg@dielinke-bw.de

### **AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik**

Antje Claaßen, antje.claassen@die-linke-zollernalb.de. Telefon 07477-256564. Gotthilf Lorch, Tübingen, 07071/369783, eMail: gotthilf.lorch@amici-tue.de

### **AG Ökologische Plattform**

Heinrich Dubell, Tel.: 0174-3874071, eMail: h.dubell@online.de

### **Kommunistische Plattform**

Herbert Eckhoff, Tel. 07331-66520, eMail: herbert.eckhoff@t-online.de

## Hochschulgruppen

### **DIE LINKE.SDS**

**Freiburg:** jt.meier@gmx.de • **Heidelberg:** www.sds-heidelberg.de • **Karlsruhe:** die-linke@usta.de • **Konstanz:** Martin.Berger@gmx.de • **Ludwigsburg:** urdenc@gmail.com • **Mannheim:** sds@dielinke-ma.de • **Tübingen:** www.solid-sds.de •

### **Linksjugend [‘solid]**

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

## Bundestagsabgeordnete

### **Wahlkreisbüro Ulrich Maurer**

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-

2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

### **Wahlkreisbüro Heike Hänsel**

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071-208810, Fax: 07071-208812, heike.haensel@wk.bundestag.de, www.heike-haensel.de

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, ulm@heike-haensel.de

### **Wahlkreisbüro Karin Binder**

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de  
Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de

### **Wahlkreisbüro Michael Schlecht**

T6 37, 68161 Mannheim, Tel. (0621) 401713-7, Fax: (0621) 401713-9, michael.schlecht@wk2.bundestag.de, www.michael-schlecht.net

Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de

Bürgerbüro Heidelberg, Bergheimer Str. 147, 69115 Heidelberg, Tel: 06221/7293531, Fax: 06221/7293530, Mail: edgar.wunder@michael-schlecht.net

### **Wahlkreisbüro Annette Groth**

Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel. (07231) 4240343, Fax: (07231) 4240346, annette.groth@wk.bundestag.de, www.annette-groth.de

Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, Inge.Jakowlew@dielinke-bodensee.de

### **Wahlkreisbüro Richard Pitterle**

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel. (07031) 8184868, Fax: (07031) 8184869, richard.pitterle@wk.bundestag.de, www.richard-pitterle.de  
Regionalbüro Heilbronn, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. (07131) 8971992, Fax: (07131) 8971993, richard.pitterle@wk2.bundestag.de

## Kommunalmandate

### **Drei LINKE im Regionalparlament Stuttgart**

Wolfgang.Hoepfner@region-stuttgart.org  
Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org  
Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org  
www.dieLinke-rv-stuttgart.de

### **24 Mandate der LINKEN in 17 Kreistagen**

**Biberach**, Ulrich, Widmann, uliwidmann@aol.com, Riedlingen • **Böblingen**, Ronald Borkowski, bkx.leo@t-online.de, Leonberg • **Bodensee**, Roberto Salerno, roberto.salerno@gmx.de, Meckenbeuren • **Esslingen**, Peter Rauscher, p.rauscher@ntz.de, Nürtingen • **Heidenheim**, Horst Mack, kanzlei@beuerle.de, Heidenheim • **Heilbronn**, Johannes Müllerschön, johmuellerschoen@nexgo.de, Offenau • **Konstanz**, Michael Krause, michaelkr79@web.de, Konstanz • **Ludwigsburg**, Hans-Jürgen Kemmerle, kemmerle\_ludwigsburg@yahoo.de, Ludwigsburg; Peter Schimke, peter.schimke@gmx.de, Vaihingen • **Main-Tauber**, Dr. Hans-Hermann Fahrenkrog, fahrenkrog.glasdoc@t-online.de, Wertheim • **Ortenau**, Reinhard Bross, reinhardbross@aol.com, Schutterwald • **Ostalb**, Udo Eisenmann, mail@udo-eisenmann.de,

Böbingen; Veronika Stossun, stossun@online.de, Aalen • **Ravenburg**, Till Bastian Dr., till.bastian@ravensburg2009.de, Isny • **Rems-Murr**, Dominik Rathgeb, dominikrathgeb@gmx.net, Schorndorf • **Reutlingen**, Petra Braun-Seitz, p.braun-seitz@t-online.de, Reutlingen; Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de, Reutlingen • **Rhein-Neckar**, Edgar Wunder, wunder@naa.net, Sandhausen; Carsten Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de; Joachim Buchholz, joachim-buchholz@web.de, Leimen • **Tübingen**, Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de, Tübingen; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de; Bernhard Strasdeit, strasdeit@t-online.de, Tübingen • **Zollernalb**, Eberhard Jaensch, eberhard.jaensch@web.de, Hechingen

### **39 Mandate der LINKEN und linker Bündnislisten in 26 Städten**

**Aalen**, Roland Hamm, roland.hamm@gmx.de; Cora Berreth, coraberreth@gmx.de • **Esslingen**, Werner Bolzhauser, kulturamrandede@kulturamrandede.de • **Freiburg**, Michael Moos, michael.moos@linke-liste-freiburg.de; Hendrijk Guzzoni, h.g@linke-liste-freiburg.de; Ulrike Schubert, ulmischubert@gmx.de; Lothar Schuchmann, lothar\_schuchmann@gmx.de • **Geislingen**, Holger Schrag, holger.schrag@sch-it.de • **Göppingen**, Christian Staehle, staehle@linke-stadtrat-goepfingen.de • **Heidelberg**, Hildegard Stolz, hilde.stolz@t-online.de; Dr. Arnulf Weiler-Lorentz, arnulf.lorentz@onlinehome.de • **Heidenheim**, Horst Mack, horst.mack@linke-heidenheim.de; Norbert Fandrich, lisa.fandrich@t-online.de • **Heilbronn**, Hasso Ehinger, ehinger.hasso@web.de • **Karlsruhe**, Nikolaos Fostirooulos, niko@fostirooulos.de; Sabine Zürn, sabinez@viacanal.de • **Kehl**, Raymond Hof, hof@buerstner.com • **Konstanz**, Vera Hemm, vera.hemm@t-online.de; Holger Reile, lago2@aol.de • **Kornwestheim**, Friedhelm Hoffmann, die-linke-kornwestheim@t-online.de • **Lahr**, Lukas Oßwald, lukas.forstarbeiten@gmx.de • **Leimen**, Joachim Buchholz, joachim-buchholz@web.de • **Ludwigsburg**, Werner Hillenbrand, wh-asg@t-online.de • **Mannheim**, Thomas Trüper, ttrueper@aol.com • **Pforzheim**, Claus Spohn, claus.spohn@online.de • **Reutlingen**, Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de • **Rotenburg am Neckar**, Emanuel Peter, emanuel-peter@gmx.de • **Schwäbisch Gmünd**, Peter Müller, peter.müller.sg@gmx.de; Sebastian Fritz, seba-fritz8@web.de • **Sindelfingen**, Richard Pitterle richard.pitterle@linke-bb.de • **Singen**, Rebecca Tanner, reb.tanner@googlemail.com • **Stuttgart**, Ulrike Küstler, ulrike.kuestler@stuttgart.de; Thomas Adler, tomadler@01019freenet.de • **Tübingen**, Gerlinde Strasdeit, strasdeit@t-online.de; Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de • **Ulm**, Uwe Peiker, uwe.peiker@t-online.de • **Weinheim**, Carsten, Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de

■ **Linke Politik in schwarz-gelben Zeiten**  
DGB-Veranstaltung mit Sahara Wagenknecht u.a.: Linke Politik in schwarzgelben Zeiten – Gesellschaftliche Entwürfe jenseits des Kapitalismus in **Freiburg am Freitag, 27. Mai** um 20 Uhr im AOK Forum am Fahnenbergplatz.

■ **Marx is' muss-Kongress**  
Mit Oskar Lafontaine, Bernd Riexinger u.a. in Berlin. Bus aus Freiburg und Heidelberg nach Berlin über freiburg@marx21.de. Datum: 2. bis 5. Juni in der Alten Feuerwache in Berlin-Kreuzberg. Infos: www.marxismuss.de

■ **Appell zur Friedensliebe**  
*Kampagne [www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de](http://www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de): Erklärung an die grün-rote Regierung in Baden-Württemberg zu deren Amtsantritt*

Zum Jahresbeginn 2011 ist aus der ehemaligen, vom Grundgesetz strikt auf die Verteidigung beschränkten Wehrpflichtarmee eine reine Berufsarmee geworden – eine Armee im Einsatz. Die Bundeswehr versucht zu zunehmend größeren Einfluss auf das Bildungswesen zu nehmen, um die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland in Zeiten des Afghanistankrieges zu legitimieren. Mittlerweile haben acht Bundesländer Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr unterzeichnet, die der Bundeswehr bzw. den Jugendoffizieren Vorrang in den Bildungseinrichtungen einräumen. In Baden-Württemberg wurde diese Vereinbarung am 4. Dezember 2009 mit dem Kultusministerium getroffen. Vor der Landtagswahl am 27. März 2011 haben sich die ExpertInnen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD für die Kündigung der Kooperationsvereinbarung ausgesprochen. Schülerinnen und Schüler sollten das Recht auf umfassende und differenzierte Informationen über das Thema Friedenssicherung und Kriegseinsätze haben, damit sie sich hierzu selbst eine Meinung bilden können. Das Auftreten der Bundeswehr in Schulen bedeutet eine institutionalisierte Bevorzugung militärischer Sichtweisen und verstößt gegen das Gebot zur Fried-

densliebe aus Art. 12 Abs.1. der Verfassung des Landes Baden-Württemberg.

Die Friedenserziehung ist sowohl in der Verfassung als auch im Schulgesetz des Landes Baden-Württemberg verankert. Der Bundeswehr darf daher im Bereich Schule und Bildungswesen kein Podium geboten werden. Die Förderung von Projekten der Friedenserziehung ist nun auch Bestandteil des Koalitionsvertrages. Das ist gut so. Denn die Erziehung unserer Kinder zu einer Konfliktbewältigung, die ohne jegliche Form der Gewaltanwendung auskommt, muss uns am Herzen liegen. Die Friedenserziehung ist nicht erst in der Schule, sondern von klein an durch unser Vorbild und unser praktisches Handeln der nächsten Generation zu vermitteln. Eines ist die Regierung von Bündnis 90/Die Grünen und SPD aber noch schuldig, wie vor der Wahl angekündigt: Lösen Sie die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr auf! Der versprochene Politikwechsel sollte auch die Nachhaltigkeit bei der Lösung von Konflikten ernst nehmen. Wir bitten Sie, diesen Appell zu unterzeichnen und zu verbreiten.

ba-wue@dfg-vk.de, im Betreff bitte „Unterstützung Appell“ angeben.

Dieser Appell wurde initiiert von: Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ und Die AnStifter – Bürgerprojekte gegen Gewalt und Vergessen • Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“: <http://www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de> • Friedensethik in Schulen – Entschließung der Friedensbeauftragten der ev. Landeskirche in Baden-Württemberg.

**Am 22. Mai findet in Karlsruhe eine Fachtagung der DFG/VK statt zur Militarisierung der Gesellschaft am Beispiel Schule:** 10 bis 18 Uhr; Ort: Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Gartenstr. 29 a, 76133 Karlsruhe.

Koordination DFG-VK Baden-Württemberg, Mail: ba-wue@dfg-vk.de. Kosten/Anmeldung: 25 Euro für Normalverdiener, 10 Euro für Geringverdiener inkl. Essen und Getränke. Teilnehmerzahl begrenzt, Anmeldung

bis 18. Mai bei der DFG-VK Karlsruhe, c/o Sonnhild und Ulli Thiel.

■ **Christopher-Street-Day in Stuttgart, Karlsruhe und Ulm**

Wie in den vergangenen Jahren werden auch 2011 zehntausende Menschen an den politischen Paraden der schwul-lesbischen Community in Stuttgart, Karlsruhe und erstmals in Ulm teilnehmen. Fast 80.000 ZuschauerInnen und AktivistInnen säumten im letzten Jahr in Mannheim die Demoroute, während in Stuttgart – dem größten CSD in Süddeutschland – knapp 200.000 TeilnehmerInnen für die Rechte von Schwulen, Lesben und Transgendern auf die Straße gingen. DIE LINKE zeigte auch in diesem Jahr mit eigenen Paradewagen und Infoständen Gesicht, bestärkt die schwul-lesbische Community in ihrem Kampf gegen Diskriminierung und wirbt für das schwul-lesbische Profil der Partei. Der CSD erinnert an den ersten öffentlichen Widerstand von Lesben und Schwulen in der Christopher Street, als die New Yorker Polizei am 28. Juni 1969 versuchte, eine Feier von Schwulen gewaltsam aufzulösen. Seither gilt das Datum als Geburtsstunde der schwul-lesbischen Bewegung. Weltweit begehnen Schwule, Lesben und Transgender Jahr um Jahr in vielen Städten den Christopher Street Day mit bunten Paraden und Aktionswochen, um für die rechtliche und soziale Gleichstellung zu kämpfen.

Wir suchen wie in jedem Jahr GenossInnen die tatkräftig an einem oder mehreren Terminen mitmachen. CSD in **Karlsruhe: Samstag, 4. Juni.** CSD in **Stuttgart: Samstag, 30. Juli.** CSD in **Ulm: Samstag, 13. August.** Wendet euch bei Interesse an die Landesarbeitsgemeinschaft Queer der LINKEN unter [queer@die-linke-bw.de](mailto:queer@die-linke-bw.de).

■ **Europäische Sommerakademie von attac in Freiburg**

Attac Deutschland veranstaltet in diesem Jahr mit Attac Sektionen aus 16 anderen europäischen und (nord-)afrikanischen Ländern unsere gemeinsame Sommeruniversität. Diese „European Network Academy for social Movements“ (ENA) wird vom **9. bis 14. August 2011** in den Räumen der Universität Freiburg i.Br. stattfinden. Fünf Tage lang werden sich 1000 Attac-Engagierte aus mindestens 25 Ländern Europas und Nordafrikas mit AktivistInnen der sozialen Bewegungen austauschen, voneinander und miteinander lernen, diskutieren, Wege und Strategien aus den weltweiten Krisen erarbeiten und die europäische Handlungsfähigkeit sozialer Bewegungen weiterentwickeln. Wir erhoffen uns von der ENA einen wichtigen Beitrag für die bessere Verständigung, Vernetzung und Zusammenarbeit der europäischen Zivilgesellschaft. Die sich füllende Homepage ist unter <http://www.ena2011.eu/> zu erreichen.

## Nachruf für Sascha Wagener

Im März haben wir Sascha Wagener, unseren Freund, Genossen und unermüdlich engagierten Mitarbeiter im Freiburger Regionalbüro, verloren. Er starb im Alter von 33 Jahren am Sonntagmorgen, 13. März 2011, in Folge eines tragischen Unfalls. Wir vermissen seine Freude und seinen Optimismus. Erst vor einem Jahr nach Freiburg gezogen, hat er neue Ideen und Energie nach Freiburg und Südbaden gebracht und unermüdlich DIE LINKE im Landtagswahlkampf unterstützt. Ohne ihn wäre vieles nicht möglich gewesen. Unser herzliches Beileid gilt seiner Freundin und seiner Familie. Wir werden ihn nicht vergessen.

**Die Linke Kreisverband Freiburg**

